

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljahr 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat.  
 Eingetragene in die Post-Versandungs-  
 Preisliste. Unter Kreuzband für  
 Deutschland und Österreich-Ungarn  
 2 Mark, für das übrige Ausland  
 3 Mark pro Monat. Postabonnements  
 nehmen an: Belgien, Dänemark,  
 Schweden, Italien, Jugoslawien, Portugal,  
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonnen-  
 zeile oder deren Raum 50 Pfg. für  
 politische und gewerkschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg.  
 „Kleine Anzeigen“, das erste (leit-  
 gedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere  
 Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Schil-  
 den-Anzeigen das erste Wort 10 Pfg.,  
 jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über  
 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.  
 Inserate für die nächste Nummer müssen  
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition ist  
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphisch-Adresse:  
„Sozialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 7. Mai 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.  
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Der Schutz des überseeischen Handels.

I.

Wenn nach der Schwüle ernster diplomatischer Verhandlungen das drohend aufgelegene Kriegsgewölke plötzlich zur Entladung kam, dann war es wohl schon immer das Bestreben eines jeden Kriegführenden, mit seinem Troß so rasch als möglich in das Gebiet des Feindes einzufallen, um das eigene Land vor den Greueln des Krieges zu bewahren. Hatte sich aber ein Meer in früheren Zeiten auch nur um eine kurze Strecke vom heimatischen Boden entfernt, so stellten sich seiner Verpflegung bald unüberwindliche Hindernisse entgegen, und es war daher — wollte es nicht die schwersten Entbehrungen tragen oder gar am Hunger zu Grunde gehen — direkt auf Raub und Plünderung angewiesen. Da nun im Kriege die grauenhaftesten Affekte menschlicher Gier und Rachsucht entfesselt werden, so wurde der Kampf gegen Leben und Eigentum des Feindes mit rücksichtsloser Brutalität geführt.

Doch je mehr infolge des Aufblühens der kapitalistischen Produktionsweise die Interessengemeinschaft der Völker wuchs, je intimer sich die finanziellen und kommerziellen Verbindungen der Nationen gestalteten, desto stärker wurde auch bei allen Mächten das Bestreben, das Privateigentum nach Möglichkeit zu schonen. Denn jeder materielle Nachteil des einen Kriegführenden bedeutete häufig für den anderen Teil nicht nur Schädigung seines Ausführhandels und seiner Industrie, sondern auch direkten Verlust an Geld und Gut. Und da auf der anderen Seite die kolossale Entwicklung des Verkehrsweßens und der Lebensmittelindustrie eine geregelte Verproviantierung riesiger Menschenmassen ermöglichte, so wurde schließlich von allen zivilisierten Nationen die Unverletzlichkeit des Privateigentums anerkannt. Der Krieg wird also jetzt nicht mehr gegen die Bürger des feindlichen Staates, sondern nur noch wider die gegnerische Staatsregierung und deren Armee geführt; Privateigentum wird nur dann vernichtet, wenn es aus taktischen und strategischen Gründen unumgänglich notwendig erscheint.

Doch das gilt nur für den Landkrieg. Im Seekriege herrschen dagegen noch immer die barbarischen Bräute des Mittelalters, und mehr als einmal ist von den verschiedensten Mächten erklärt worden, daß die Wegnahme des feindlichen Eigentums zur See und die Vernichtung des gegnerischen Seehandels eines der ersten Mittel sei, um den Feind zur Nachgäbe zu zwingen. Alle internationalen Konferenzen, die sich mit der Sicherung des Privateigentums zur See befaßten, haben denn auch ein äußerst dürftiges Resultat ergeben. Damit soll nicht etwa den bisherigen internationalen Verhandlungen jeder Wert abgesprochen werden; denn zweifellos bedeuten die Bestimmungen der Pariser Deklaration vom Jahre 1856 gegen die frühere Zeit der zügellosen Kaperfreiheit einen Fortschritt; besagen sie doch, daß die neutrale Flagge auch feindliche Ware mit Ausnahme der Kriegskonterbande schützt und daß neutrale Ware mit Ausnahme der Kriegskonterbande auch unter feindlicher Flagge nicht weggenommen werden darf. Aber das Unzulängliche dieser Abmachungen geht hervor aus den Rechten, die nach den Satzungen der Pariser Deklaration den kriegführenden Mächten verblieben. So dürfen noch immer folgende Schiffe gelapert werden:

1. alle Handelsschiffe des Feindes,
2. alle neutralen Schiffe, die Kriegskonterbande führen, und
3. alle neutralen Schiffe, die die Blockadeerklärung einer im Krieg befindlichen Macht mißachten und den Blockadegürtel durchbrechen.

Wahrscheinlich wäre es schon lange zu einer grundsätzlichen Anerkennung des Privateigentums gekommen, wenn Deutschlands weltweite Staatslenker nicht gewesen wären. Natürlich stehen sich die Interessen mehrerer an dieser Frage beteiligten Mächte diametral gegenüber. Länder mit schwachem überseeischen Handel und starker Kriegsmarine werden natürlich für weitgehendste Kaperfreiheit eintreten und im Kriegsfall alles daran setzen, ihre Gegner militärisch und wirtschaftlich zu isolieren. Die in handelspolitischer Beziehung bedeutenden Mächte dagegen werden bemüht sein, das Beschlagnahmerecht der Kriegführenden nach Möglichkeit einzuzengen und das Privateigentum zu schützen. Unter Berücksichtigung der Industrien und der Kriegsmarinen der nachstehend angeführten Länder würde sich also ergeben, daß Frankreich und Rußland Feinde des Handelschutzes, dagegen England, Deutschland und Amerika — die drei größten Handelsstaaten der Welt — Freunde desselben sind. Rußland beispielsweise hat handelspolitisch nichts zu verlieren; es würde dagegen im Falle eines zweiten Krieges mit Japan die Handelsschiffe der ganzen Welt mit Durchsuchungen belästigen wollen. Frankreichs Verhalten wurde bis vor kurzer Zeit durch Rücksichtnahme auf England bestimmt. Frankreich würde in einem Kriege gegen England versuchen, durch seine Kreuzer die englische Lebensmittelfuhr zu unterbinden; das ist für Frankreich die einzige Möglichkeit, seinen Widersacher zu schädigen. Rußland und Frankreich sind also tatsächlich gegen

den Schutz des Privateigentums. Wie verhalten sich nun die drei anderen Staaten?

Amerika ist schon auf der Pariser Konferenz für den unbedingten Schutz eingetreten, und noch heute nimmt es dieselbe Stellung ein. Die Haltung der deutschen Diplomaten auf den letzten internationalen Konferenzen war eine mindestens zweifelhafteste, und England —?

Englands Diplomaten haben mit vielem Geschick gearbeitet. Englands voraussichtlicher Gegner war bis vor mehreren Jahren noch Frankreich. Wäre es nun zu einem Kriege zwischen England und Frankreich gekommen, dann wäre es um die englische Einfuhr schlecht bestellt gewesen. Da nämlich England noch weit mehr als Deutschland auf die ungehörte überseeische Einfuhr von Lebensmitteln und Rohstoffen angewiesen ist, so hätte die Tätigkeit der französischen Kreuzer verhängnisvolle Folgen für das englische Volk haben können. Diese Erwägungen hätten die englische Regierung erst recht zum Eintreten für den völligen Handelschutz veranlassen müssen, um so mehr, als England seinen französischen Widersacher sehr leicht durch Wegnahme wertvoller Kolonien zum Nachgeben zwingen könnte. Wenn England nun trotzdem nicht für den völligen Schutz des Privateigentums eintritt, so geschieht dies lediglich aus Rücksicht auf Deutschland und seine auf fallenden Flottenrüstungen. Rame es nun zu einem Kriege zwischen England und Deutschland, so hätte England nur ein Mittel, seinen Gegner zur Nachgiebigkeit zu zwingen, eben die Vernichtung des deutschen Seehandels. Wäre dieser jedoch durch internationale Verträge geschützt, dann befände sich England in einer wenig beneidenswerten Lage. Es könnte uns keine wertvollen Kolonien wegnehmen, weil wir solche eben nicht besitzen; es könnte auch keine Truppen nach Deutschland werfen, weil eine Landung an den deutschen Küsten unmöglich ist und weil auch unser Landheer jeder englischen Infanteriemenge weit überlegen ist. England wäre also zur völligen Ohnmacht verurteilt, wäre ganz auf die Defensive beschränkt. England tritt also gerade der deutschen Flottenrüstung wegen gegen den Schutz des Privateigentums ein; es hat sich aber andererseits — darin zeigt sich die Geschicklichkeit der englischen Diplomatie — durch die Entente mit Frankreich gesichert.

Deutschlands Politik ist also eine geradezu absurde. Während Deutschlands geniale Staatsmänner vorgeben, daß die Flotte zum Schutze des Handels in Kriegzeiten nötig wäre, ist es gerade die deutsche Flottenpolitik, die England und Frankreich zusammenschweißt hat und die die Hoffnung auf einen wirklichen Schutz des Privateigentums zur See zu schanden macht!

## Die Polizei von Hannover vor Gericht.

Der Prozeß, der am Dienstag und Mittwoch vor der Strafkammer zu Hannover gegen fünf Angeklagte geführt wurde, die bei den Wahlrechtsdemonstrationen des 31. Januar großen Unfug und einige andere kleine Delikte begangen haben sollen — den Ausgang haben wir gestern schon gemeldet — ist in derselben charakteristischen Weise wie so viele andere Prozesse verlaufen, die als die Nachspiele zu Wahlrechts- und anderen Demonstrationen von Zeit zu Zeit inszeniert werden. Auch in Hannover gebaren die freisinnigen Verge eine lächerliche Mause. Schon in der Voruntersuchung schrumpfte das furchtbare Verlesungsmaterial gegen die zahlreichen „Anführer und Tumultuanten“, die die Polizei eifrig verhaftete und gegen die sie in fieberhafter Tätigkeit Zeugnisse herbeizuschaffen bemüht war, auf so gut wie nichts zusammen. Das Ergebnis der monatelangen angestrengten Tätigkeit der Staatsanwaltschaft und des Untersuchungsrichters war schließlich die Anklage gegen die fünf, die nun vor Gericht standen, und gegen zwei von diesen konnte die Anklage, die der Staatsanwalt schließlich aufgebaut hatte, nicht im vollen Umfange aufrecht erhalten werden. Die Urteile, die endlich herausgelassen sind, zeigen, daß wachstümlich von Anstreich und ähnlichen gefährlichen Dingen am 31. Januar nicht die Rede gewesen ist, selbst wenn man diese Urteile ohne jede Kritik hinimmelt.

Der Versuch, das Verhalten der Polizei, das Blinde Dreinhalten mit dem Säbel auf Unbewehrte, auf friedliche Demonstranten und Passanten durch die gerichtliche Feststellung schwerer Ausschreitungen oder bedrohlicher Absichten der Demonstranten zu rechtfertigen, ist also total mißlungen. Der Prozeß hat im Gegenteil erwiesen, daß die polizeiliche Säbelerei, die selbst von bürgerlichen Blättern kritisiert wurde, völlig ungerechtfertigt war, daß nicht der mindeste Anlaß zu solchen brutalen Vorgehen vorlag. Diese Feststellung ließ sich trotz aller Bemühungen des Vorsitzenden, jede Bekundung rücksichtslos abzuschneiden, die über das, wessen die fünf Angeklagten beschuldigt waren, auch nur um Haarsbreite hinausging. Er begegnete sich da mit einem eigenartigen Ergebnis der Voruntersuchung. Eine ganze Reihe von Leuten, die anfänglich viel schlimmerer Dinge beschuldigt war, als jene fünf, die schließlich vor Gericht erscheinen mußten, wurde außer Verfolgung gesetzt. Diese Leute sollten während der eigentlichen Polizeischlacht selbst ihre strafbaren Handlungen derüben haben, bei einer Anklage wider sie hätte sich also Beweisaufnahme über das Verhalten der Polizei in der Schlacht, über ihre Heldentaten gegen Flüchtende und Besetzte schlechterdings nicht umgehen lassen. Anders wars bei den fünf, deren strafbare Handlungen in das Vorspiel der Schlacht fielen.

Aber trotz der heißen Bemühung des Vorsitzenden und der merkwürdigen Fügung in der Voruntersuchung entging die Polizei ihrem Schicksal nicht. Freilich, sobald einer der 50 Zeugen, die die Angeklagten hatten laden lassen, erzählen sollte, daß die Schuppleute ohne Grund blank gezogen und eingehauen hätten, wurde er von dem Vorsitzenden unterbrochen mit den seltsamen Worten: „Das interessiert uns nicht!“ Der Verteidiger, Genosse Rechtsanwalt Frank-Rannheim, verlangte einen Gerichtsbeschluss darüber. Die Glaubwürdigkeit der als Zeugen erschienenen Polizisten hänge von der Aufklärung des ganzen Vorfalles ab. Die Polizei habe ein Interesse daran, die Sache von Anfang an recht gefährlich darzustellen, damit ihr späteres, brutales Vorgehen gerechtfertigt werde. Das Gericht lehnte den Antrag ab. Selbst der national-liberale „Hannoversche Courier“ bedauert diese Einschränkung der Beweisaufnahme.

Die Polizeiaussagen lauteten denn auch gefährlich genug. Aber selbst wenn ihnen nicht die Aussagen aller Zivilzeugen, auch der an der Sache Anteil unbeteiligten, direkt widersprochen hätten, so hätte schon der Inhalt dem Gericht bedenklich erscheinen müssen. Der Polizeikommissar Sachse z. B. erklärte bei seiner Vernehmung, er habe nach der Aufforderung an die Menge einen Stock hieb auf den Helm erhalten! Aber keiner seiner Getreuen — er war von etwa 30 Schuppleuten umgeben — hat etwas davon gesehen.

Der Polizeikommissar Jörn überraschte durch die Aussage, er habe gesehen, wie das Publikum gegen die Schuppleute ankämpfte (!) und sie an die Brust faßte. Er mußte diese seine Erfindungen dann Kleinlaut zurücknehmen. Ein Schuppleute Hilpert will schauernd gehört haben, daß die Demonstranten an der Sofienstraße den Beamten zugerufen hätten: „Muthunde! Handhacker!“ während der Wachtmeister Wernon ausfragt, die Leute hätten sich durchaus ruhig und anständig benommen.

Aus den Aussagen der Zivilzeugen sind die folgenden bemerkenswert.

Der Zahnarzt Scharnotsch beschwor, daß er gesehen habe, wie zahlreiche „Schuppleute“ auf die vor dem Postgebäude am Boden liegenden, wehrlosen Männer und Frauen mit scharfem Säbel wiederholt einhieben. Dem Zeugen Bruno Paul, der sich zur Flucht gewendet, wurde von hinten durch einen Säbelhieb die rechte Hand schwer verletzt. Dem Zeugen Charles Meyer, der aus der Kirche gekommen und zufällig in die Menschenmenge geraten war, wurde durch einen Schuppleute Säbel eine schwere Verletzung am Hinterkopfe beigebracht. Die Leitung der Polizeiaktion muß ganz kopflos gewesen sein; der Menge wurde keine Minute Zeit gelassen, sich zu entfernen, nachdem der Waffengebrauch angebroht war. Ob die dreimalige Aufforderung zum Verlassen des Platzes überhaupt erfolgt ist, erscheint sehr fraglich. Der Polizeikommissar Sachse und zwei Schuppleute versichern, die Aufforderungen seien erfolgt, laut, deutlich, für jeden vernehmbar. Von den über 40 Zivilzeugen hat aber nicht ein einziger die drei Aufforderungen benommen, obwohl der größte Teil davon in den vorderen Reihen, in nächster Nähe der Polizei, stand.

Für den Laienverstand wird es unter diesen Umständen schwer verständlich sein, daß das Gericht bei einem Angeklagten (Zimmermann) annahm, er müsse (!!) die Aufforderung gehört haben.

Die Polizei von Hannover kann auf das Ergebnis dieses Prozesses wahrhaftig nicht stolz sein.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. Mai 1909.

### Die großen und die kleinen Müller.

Aus dem Reichstag, 6. Mai. Ein Stück Mittelstandsretterei durch Besteuerung war es, womit heute einmal wieder der Reichstag sich zu befassen hatte. Es handelte sich um einen Zentrumsantrag auf Einführung einer gestaffelten Wühlensumsteuer, die durch stärkere Belastung der großen Müller den mittleren und kleinen Müllern den Konkurrenzkampf erleichtert. Der Zentrumsabgeordnete Sped, der konservative Roefide, der Freikonservative Kamp, der Nationalliberale Reuner und schließlich auch noch für die wirtschaftliche Vereinigung Herr Stauffer, alle äherteten sich für die Erhaltung der mittleren und kleineren Müllern. Die Tatsachen, auf denen sie stützten, bewiesen allerdings, daß genau wie in anderen Wirtschaftszweigen auch in der Müllerei der Kleinbetrieb Schritt vor Schritt dem Großbetrieb weichen muß. Diesen Entwicklungsprozeß, der im Wesen des Kapitalismus liegt, hemmen zu wollen, ist nun allerdings, wie die Erhebung satfam beweist, ein aussichtsloses Bemühen. Das hindert aber die Mittelstandsretter nicht, immer weiter die nämlichen Quacksalberereien vorzuschlagen, die bei anderen Gelegenheiten schon sich als wirkungslos erwiesen haben. Den Großbetrieblern die Wehrproffite, die sie im Vergleich mit den Kleinbetrieblern einheimen, wegsteuern zu wollen, ist eine solche Quacksalbererei, die nie den gewünschten Erfolg haben kann, die Kleinbetrieblere dauernd lebensfähig zu erhalten. Kann doch ein kapitalistisches Staatswesen der Natur der Sache nach in dieser Wegsteuerung niemals so weit gehen, den kleinen Unternehmern wirklich gleiche Konkurrenzbedingungen mit den großen zu schaffen.

In ihrem Eifer, das gute Mittelstandshertz anzubringen, versinken sie in die Beschränkung des Antrages und recht sonderbaren Argumenten. So sprach Herr Roeside den Grob- betrieb mit Ausnahme für die Fabrikation von Kriegs- materialien überhaupt die Erfindungsberechtigung ab. Offenbar hat dieser Grobgrundbesitzer völlig übersehen, daß dann vor allem dem Grobgrundbesitzer der Garauß gemacht werden müßte. Wollte ein Kleinbauer die Uebertragung der Roeside- schen Argumentation auf den Grundbesitz fordern, so würde der Vizepräsident des Bundes der Landwirte aber demütlich sagen, wie weiland Junker Alexander: „Ja Bauer, das ist ganz was anderes!“

Gegen die geplante Mühlenbesteuerung sprach sich bisher nur der Freisinnige K a e m p f aus.

Da die Redemühlen der Mittelstandskretter außerordentlich langsam mahlen, kommt die Sozialdemokratie erst am nächsten Mittwoch zum Wort — so lange ist wieder Ferien-Spiel- raum für die Finanzkommission.

### Reaktion in der Volksschule.

In der Generaldebatte zum Elementarunterrichtswesen kam am Donnerstag unser Genosse V o r g m a n n zu Worte, dessen Rede eine scharfe Kritik der preussischen Volksschule und eine tüchtige An- klage gegen das System Schwarzkopff bedeutet. Unter Zugrunde- legung der schulfachlichen Erhebungen schilderte der sozialdemo- kratische Redner anschaulich den Lehrermangel, das Wesen der Halb- tagsschulen, das namentlich in Schlesien in Wäste steht, wo die Hälfte aller Kinder in solchen Schulen unterrichtet werden, die zu hohe Frequenz der Volksschule, die jammervollen Schulbauten und die Schulaufsicht. Auch gegen die durch die Tagespresse bekannt ge- wordene Absicht, für Berlin das achtschlägige Schulsystem wieder zu befestigen, wandte sich V o r g m a n n, um dann zum Schluß nach einer drastischen Schilderung der gegen die Arbeitervereine beliebten Politik der Kadelside die Notwendigkeit der Wahl von Sozial- demokraten in die Schuldeputationen zu beweisen.

Der sonst so redelustige Ministerialdirektor Schwarzkopff blieb zunächst die Antwort schuldig. Erst nachdem der Pole St i c h e l wieder einige Proben von der Germanisierungspolitik der Regierung im Osten zu besten gegeben und nachgewiesen hatte, daß die Lehrer zu Spionendiensten gegenüber den Geistlichen ver- anlaßt werden, erhob sich der Vertreter des Ministers, um eine Streikvereinbarung gegen Polen und Sozialdemokraten vom Stapel zu lassen, ein buntes Durcheinander von hurrapatriotischen Schrajen und törichten Ausfällen gegen diese beiden Parteien, durch die er die Mehrheit des Hauses zu lebhaftem Beifall begeisterte.

Auch zwei „freisinnige“ Reden mußte das Haus über sich ergehen lassen, die eine von dem freisinnig-konfessionellen Kompromiß- kandidaten für Nieder- und Oberbarnim Herrn Dr. S c h e p p, die andere von dem Direktor Ernst (fr. Vg.). Ersterer verlangte die Zulassung der Volksschullehrer zum Universitätsstudium und das beschleunigtere Tempo des Ausbaus des Systems der Kreis- schul- inspektoren im Hauptamt, und wandte sich gegen unsere Forderung der Entfernung des Religionsunterrichts aus der Schule, weil er darin — man höre und staune — eine Kapitulation des Staates vor der Kirche erblickt. Herr E r n s t brachte den Fall des Lehrers Kimpel zur Sprache, der, weil er gemeinsam mit unserem Genossen Dr. Quard in einer Volksversammlung gegen das Volksschulunter- richtungsgesetz gesprochen hatte, gemahnt worden ist. Als echter Freisinnsmann protestierte er zuerst gegen die Maßregelung, um hinterher, nachdem Herr S c h w a r z k o p f das Vorgehen der Regierung ver- teidigt hatte, in einer persönlichen Bemerkung sich dagegen zu ver- wahren, als ob er es etwa billige, daß die Lehrer mit Sozial- demokraten in einer bestimmten Frage zusammengehen. Ein komischer Stanz, dieser Herr Ernst, der, obwohl selbst Schulmann, es in der Ordnung findet, daß seinen Kollegen die staatsbürgerlichen Rechte verknümmert werden!

Nachdem die Generaldebatte durch einen Schlußantrag ihr gewaltsames Ende gefunden hatte, wurde die Spezialberatung auf den Abend vertagt. Am Freitag soll die Sitzung ausfallen, damit die Kommissionen arbeiten können.

### Neue Kompromißverhandlungen.

W a l o w s Demissionsdrohung ist von niemand ernst genommen worden, höchstens daß sich bei einigen Freisinnigen der chronische Angstzustand in einen akuten gewandelt hat. Es wäre also gar nicht nötig gewesen, die Öffentlichkeit durch eine zweite offiziöse Meldung beruhigen zu lassen, wonach zwar der Herr Kanzler ernstlich in Erwägung ziehe, von seinem Amte zurückzutreten, aber dafür keinen äußersten Termin in Aussicht genommen habe. In der Tat ist es auch vorläufig noch nicht so weit und so leicht wird das deutsche Volk seinen Kanzler nicht los werden.

Zunächst ist trotz aller stolzen Beteuerungen eine Vertagung bis zum Herbst sehr wohl möglich und wenn Zeit gewonnen ist, so ist bei der Palklosigkeit der bürgerlichen Parteien schon sehr viel gewonnen. Wird doch jetzt bereits die Parole aus- gegeben, die Erbschaftsteuer sei doch gar nicht das Wichtigste; wichtig sei nur, daß 100 Millionen durch den Besitz auf- gebracht werden, damit den Liberalen der Verrat, 400 Millionen indirekte Steuern zu bewilligen, ermöglicht werde. Es sind auch bereits Verhandlungen zwischen der Regierung und den Konservativen im Gange, um doch noch eine Einigung herbeizuführen. Als Vermittler werden Reichstagspräsident Graf Stolberg, der Abg. Arendt und Herr v. Jedlitz genannt. Das Kompromiß soll folgendermaßen geplant sein: Die Konservativen stimmen für eine Erbschaftsteuer, die sich auf kinderlose Ehegatten beschränkt; ferner stimmen sie für eine Wertzuwachssteuer. Dagegen hofft man, daß die Freisinnigen für das Brannt- weinmonopol eintreten werden, in dem die Liebes- gabe, gegen die sich die freisinnige Opposition in erster Linie richtet, nicht in offener, sondern in versteckter Form enthalten ist. Die Verhandlungen sind noch nicht zum Abschluß gelangt, aber möglich ist es schon, daß etwas Ähnliches zusammengebracht wird. Die Charakterlosigkeit des Freisinn, die da mit Recht vorausgesetzt wird, wird vielleicht den Konservativen doch noch zu dem Triumph verhelfen, in allem Wesentlichen, in der Er- raffung der Liebesgabe und der Befreiung der Kinder von der Erbschaftsteuer, ihren Willen erreicht, der Regierung ihre Macht demonstriert und den liberalen Blodgenossen aufs neue und schwerer als je zuvor gedemütigt zu haben.

### Die Rechte der preussischen Landtagsabgeordneten

sollten aus Anlaß der Strafvollstreckung an dem Abgeordneten Genossen Liebknecht erweitert werden, die reaktionäre Mehrheit hat aber nicht beliebt, auf diese Forderung ein- zugehen.

Soeben ist der Bericht der Justizkommission über den sozialdemokratischen Antrag betreffend Änderung des Artikels 84 der Verfassung erschienen. Die Sozialdemo- kraten verlangten, nachdem das Haus den Antrag auf Ver- zürkung des Genossen Liebknecht abgelehnt hatte, eine Ab- änderung der Verfassung in dem Sinne, daß kein Mitglied

der Kammer ohne deren Genehmigung während der Sitzungs- periode zum Zwecke der Strafvollstreckung verhaftet werden dürfe, sowie daß auch jede Straffast eines Mitgliedes für die Dauer der Sitzungsperiode aufgehoben werden muß, wenn die Kammer es verlangt.

Die Kommission hat nicht nur diesen und einen ähnlichen Antrag der Freisinnigen mit großer Mehrheit ab- gelehnt, sondern auch einen im Laufe der Verhandlungen von anderer Seite gestellten Antrag, die Regierung zu er- suchen, sich mit dem Bundesrat über die Einbringung eines Reichsgesetzes ins Einvernehmen zu setzen, durch das die Voll- ziehung der Straffast gegen Mitglieder parlamentarischer Körperschaften während der Dauer der Sitzungsperiode aus- zusetzen ist.

### Kündigung des deutsch-amerikanischen Handels- vertrages.

Die Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika hat dem kaiserlichen Vorkäufer am 30. v. M. amtlich mitgeteilt, daß sie durch das noch in der Beratung begriffene neue Zolltarifgesetz genötigt sein werde, die auf Grund des amerikanischen Tarifgesetzes vom 24. Juli 1897 abgeschlossenen Handelsabkommen außer Wirksamkeit zu setzen. Demgemäß beabsichtige sie auch das deutsch-amerikanische Handelsabkommen vom 22. April bis 2. Mai 1907 zu kündigen. Die formelle Kündigung wird voraussichtlich erst nach dem Zustande- kommen des neuen Zolltarifgesetzes erfolgen.

### Gegen die Schiffsabgaben.

Der Zentralverein für die deutsche Dampfschiffahrt trat gestern Abend im preussischen Abgeordnetenhaus zu einer außerordentlichen Hauptversammlung zusammen, um zu dem Gesetzentwurf betreffend die Einführung von Schiffsabgaben auf den natürlichen Wasser- strassen Stellung zu nehmen. Von Parlamentariern waren die Abg. Dr. Veumer, Hirsch und Schmedding erschienen. Das Referat erstattete der Generalsekretär des Vereins Rogozky-Berlin. Er schilderte die bisherigen Schritte, die zur Einführung von Schiffsabgaben unternommen wurden und ging dann zu einer Kritik des vor- liegenden Gesetzentwurfes über. Der Gesetzentwurf gebe über die Höhe der Abgaben keine Auskunft und es bestehe deshalb das Be- denken, daß andere als stromfischalische Interessen maßgebend sein werden. Von den Interessenten werde am meisten beklagt, daß bei der Zusammenlegung von Strömen keine Anhaltspunkte dafür bestehen, wo die Regulierungskosten des freien Flusses aufhören und die der künstlichen Wasserstrassen anfangen. Einer der wichtigsten Punkte, der am meisten von den Interessenten beanstandet werde, bestehe in der Mitwirkung der Schiffsabgabebeteiligten an den zu bildenden Zweckverbänden. Es sei wohl noch nicht dagewesen, daß die Interessenten selbst mithelfen sollten, um sich neue Steuern zu schaffen. Zum Schluß legte der Referent folgende Re- s o l u t i o n vor:

„Der Verein erachtet es als durchaus unzulässig, daß bei Be- rechnung der Tarife auch Kosten solcher Anlagen, die im Interesse der Landeskultur erfolgen, für den Strombau verrechnet werden. Der Zentralverein erhebt die Forderung, daß bei der Herstellung der Abgabentarife diejenigen Fahrzeuge befreit bleiben, für die die Vornahme der Arbeiten keinerlei Erleichterung im Verkehr bedeutet. Damit die Abgabe nicht für einseitige fiskalische Zwecke Ver- wendung findet, erachtet es der Zentralverein für zulässig, daß die höchst zulässigen Sätze der Abgaben für Wasserstrassen eben- falls durch Reichsgesetz festgelegt werden. Zu fordern ist ferner, daß den Interessenten eine bessere Mitwirkung bei den Strom- bauten, bei der Tarifbildung und bei der Verwendung der Ab- gaben zugesichert wird. Wegen die Inanspruchnahme für die bis zum 1. April noch nicht vollendeten Anlagen erhebt der Zentralverein Einspruch. Da die Einführung von Abgaben auf den bedeutendsten Strömen Deutschlands durch rechtliche Verträge ausgeschlossen ist, muß ferner Einspruch erhoben werden, daß die Abgabe inner- halb Deutschlands oder der Bundesstaaten auf einzelnen Wasser- strassen eingeführt wird.“

Es folgte eine sehr rege Diskussion. Stadtrat Dr. Weill- Karlsruhe ist überhaupt für Ablehnung des ganzen Entwurfes, da dieser nicht zur Hebung der Schiffahrt beitrage. — Handelskammer- syndikus Professor W i r m i n g h a u s - Köln führt aus, daß ohne Einführung der Schiffsabgaben die Verbesserung von großen Verkehrsstrassen nicht möglich sei. Der ganze Entwurf stelle ein verkehrsfreundliches Prinzip dar. Voraussetzung sei nur, daß nicht die eigennützigen agrarischen und eisenbahnschlossischen Tendenzen Geltung erlangen. Der Entwurf habe mit großen Hemmnissen zu kämpfen gehabt. Die geäußerten Befürchtungen würden nicht zutreffen, denn es liegen ausreichende Erklärungen des preussischen Ministers vor, denen man glauben könne. (Lebhafter Widerspruch, vereinzelte Zustimmung.) Oberbürgermeister Ritter-Mannheim erklärt sich gegen das Gesetz als Ganzes. — Abg. Veumer-Düsseldorf warnt vor allzu großer Vertrauensseligkeit gegenüber der Regierung und rät, als praktische Politiker der Resolution des Vor- standes zuzustimmen. — Major P l a t e - Alen ist gegen die Schiffsab- gaben und erklärt den Entwurf für unannehmbar. — Direktor F r e y - Mannheim meint, daß die Süddeutschen sich durch die Ver- sprechungen der preussischen Regierung irreführen lassen.

Nach mehrstündiger Debatte wurde ein Antrag des Major a. D. P l a t e, daß Schiffsabgaben unter allen Umständen zu verwerfen sind, mit 146 gegen 78 Stimmen angenommen.

### Eine sozialpolitische Debatte in der Hamburger Bürgerschaft.

Sozialpolitische Debatten großen Stils haben in Hamburgs Bürgerschaft (Landesparlament) folgende Anträge der sozialdemo- kratischen Fraktion herbeigeführt:

1. Die Arbeitszeit in Staatsbetrieben auf höchstens neun Stunden festzusetzen und in ohne Unterbrechung arbeitenden Be- trieben eine dreifache Schicht von je acht Stunden einzuführen, sowie den Schichtwechsel so einzurichten, daß jedem Arbeiter wenigstens in jeder dritten Woche eine 36stündige Auszeit mit Einschluß des Sonntags zur Verfügung steht;
2. anzuordnen, daß dauernd beschäftigte Staatsarbeiter mit Wochen- oder Monatslöhnen angestellt werden, die mindestens so hoch zu bemessen sind, wie sie durch bestehende Verabredungen zwischen Unternehmern und Arbeitern des gleichen Berufs fest- gesetzt sind, aber nicht unter 27 M. pro Woche und für in Tage- lohn beschäftigte Arbeiter von voller Leistungsfähigkeit nicht unter 4,50 M. pro Tag betragen und bei längerer Beschäftigungs- dauer in bestimmten Perioden erhöht werden;
3. auch den im Aufhendienste beschäftigten Beamten, Diakonen und Arbeitern, denen bislang ein regelmäßiger Erholungsurlaub nicht gewährt ist, einen regelmäßigen Erholungsurlaub zu ge- wahren.

Schon vor vier Jahren ist auf Grund eines Antrages unserer Fraktion ein Ausschuß eingesetzt worden, der Untersuchungen an- stellen sollte über die Verhältnisse in den Staatsbetrieben und deren Reformbedürftigkeit. Das Ergebnis dieser „gründlichen“ Arbeit steht aber im ungeklärten Verhältnis zu der Länge der Tagung.

In der Debatte, die drei volle Abend in Anspruch nahm, kamen drei Anschauungen zur Geltung: die sozialdemokratische, die scharf- macherische und die „bermitleidende“ bürgerlich-sozialpolitische, deren Hauptstörer die Linkliberalen Dr. Petersen und Dr. v. Brabant sind. Dr. Petersen verlangte im Höchsthalle eine Arbeitszeit von 9 1/2 Stunden, einen Mindestlohn von 4,50 M. und einen Erholungsurlaub von mindestens einer Woche im Jahre.

Die Vertreter der Partijergeschlechter mit nach Hunderttausenden zählendem Einkommen, Dr. Rönneberg und Dr. Albrecht, finden einen Tagelohn von 4 M. pro Tag für einen sehr auskömmlichen. und warnten in Rücksicht auf die Privatindustrie vor dem dunklen Sprung in den Zukunftsstaat, vor dem ein glütiges Gesicht die Geldadrepublik bewahren möge.

Die Anträge der Sozialdemokraten wurden von den Genossen Schaumburg, Baeplov, Stolten und Weinheber vertreten, wobei sie unter Hinweis auf sozialpolitisch fortgeschrittene Gemeinden die Rückständigkeit Hamburgs auf dem bezogenen Gebiete schilderten.

Die Regierung des Liberalen Dr. Petersen, man solle in dem Arbeiter nicht nur die Arbeitsmaschine, sondern auch den Menschen erblicken, wurde von den Bürgerschaftsabbolaten, den getreuen An- wälten des industriellen wie Handels- und Niederkapitals, gewaltig krumm genommen, die Jahrzehnte alte Radenhalter gegen die Ver- längerung der Arbeitszeit ins Feld führten, und sozialistische und liberale Ideen, Kautsky und die Verelendungstheorie usw. in einen Topf warfen und ein gräßliches Ragout zusammenmengen.

Schließlich wurden die sozialdemokratischen und liberalen An- träge abgelehnt und folgende Anträge angenommen:

1. durch Verordnung diejenigen Grundzüge festzulegen, welche die gemeinsame Grundlage der Arbeitsordnungen für Staats- arbeiter bilden sollen, sowie anzuordnen, daß dauernd beschäftigte Staatsarbeiter in Wochen-, Monats- oder Jahreslohn mit be- stimmten Alterszulagen anzustellen seien;
  2. anzuordnen, daß den vom Staat dauernd beschäftigten Akkordarbeitern eine angemessene Vergütung für alle in der Woche fallenden Feiertage gewährt werde.
- Außerdem gelangte der vom Ausschuß vorgeschlagene Erholungs- urlaub von drei bezw. sechs Tagen zur Annahme.

### Ein auffälliges Verbot.

Den Reichstagsjournalisten ist der Aufenthalt in der großen Rotunde der Wandelhalle des Reichstags untersagt worden. Diese Maßregel hat namentlich auf die ausländischen Journalisten, die eine solche Verbannung in ihren Heimatländern nicht gewöhnt sind, einen recht eigenartigen Eindruck gemacht. Gründe für dieses Verbot sind nicht bekannt; vielleicht darf man aber annehmen, daß der altdeutsche Journalist Dr. Liman wesentlich zum Erlaß des Ver- botes beigetragen hat. Man konnte ihn häufig stundenlang in der Rotunde promenieren sehen, mitunter hatte er auch Besuch bei sich und bald sprach er den einen, bald den anderen Abgeordneten an. Diese Verabredung haben sich vermutlich bürgerliche Abgeordnete ver- boten und es ist nur bedauerlich, daß die Journalisten in ihrer Ge- samtheit für die Unart eines Einzelnen büßen müssen.

### Abgeordneter Paasche und die Spirituszentrale.

Der Abgeordnete Paasche stellte am Donnerstag in der Steuer- kommission fest, daß er zu dem Direktor der Spirituszentrale Unrecht in keinerlei verwandtschaftlichem Verhältnis stehe und daß er auch weder direkt noch indirekt an einem Brennereibetriebe be- teiligt sei. —

### Die Ereignisse in der Türkei.

#### Der Generalissimus schreibt der Kammer ihren Arbeitsplan vor.

Konstantinopel, 5. Mai. Deputiertenkammer. Der Präsident teilte ein Schreiben des Generalissimus Schewket Pascha mit, wonach die Untersuchung ergeben habe, daß die albanesischen Deputierten Ismail Kemal und Ruffid, beide Mit- glieder der liberalen Union, geplant haben, einen Aufstand in Albanien herbeizuführen. Schewket ersuchte die Kammer, einen Beschluß darüber zu fassen, ob die beiden Deputierten verfolgt werden können. Die Kammer überwiegt die Angelegenheit einer Kommission. Der Präsident gab ferner bekannt, daß der Großwesir auf Ersuchen Schewket Paschas die Kammer aufforderte, ein Preh- gesetz und ein Streikgesetz fertigzustellen, da der Belagerungszustand nicht eher aufgehoben werden könne. Der Großwesir teilte außerdem mit, der Sultan werde den Eid auf die Verfassung vor dem Parlament nach der Schwertumgürtung ablegen.

Soeben setzte die Kammer die Beratung der Verfassungs- revision fort und beriet insbesondere über das Recht des Sultans, die Kammer im Falle eines Konfliktes mit der Regierung auf- zulösen, und über das Recht der Deputierten, Gesetze einzubringen und über die Dauer der Kammersektion zu beschließen. —

#### Die türkischen Frauen.

Konstantinopel, 6. Mai. Eine offizielle Ankündigung des Polizeiministers besagt, daß türkische Frauen auf der Straße tief verschleiert gehen und keine gegen die Moral ver- stoßende Kleidung tragen sollen. Der Zweck dieser und anderer Verfügungen ist zweifellos der, auf die Stimmung der alt- türkischen Bevölkerung Rücksicht zu nehmen, die von der letzten Umwälzung eine Verleugung der Religion und der Sitte befürchtet und ihr andauernd feindlich ge- sinnt ist. —

#### Ein früherer Günstling verurteilt.

Konstantinopel, 6. Mai. Der frühere Kommissar in Sofia Nedžad Welkame ist zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden, weil er vier in Untersuchungshaft befindliche Armenier hat prügeln lassen. Der Beweis für die Beschuldigung, daß er Häftlinge auch foltern ließ, wurde nicht erbracht. —

#### Die Forderungen der Albaner.

Saloniki, 6. Mai. Eine in Debre abgehaltene Versammlung der angesehensten Albanerführer beschloß, telegraphisch von der türkischen Kammer für Albanien und Mazedonien völlige Auto- nomie zu verlangen. Sollte dies abgelehnt werden, so werde der allgemeine Aufstand proklamiert und nach Saloniki marschiert werden, um den Sultan Abdul Hamid zu bestreiten, der diese Zu- geständnisse bereits früher gemacht habe.

#### Ausfahrungen in Anatolien.

Paris, 6. Mai. Die Agence Havas meldet aus Konstantinopel, die Lage in Anatolien sei außerordentlich besorgnis- erregend. Die Anrufen, an denen die Behörden mit- schuldig seien, nähmen größere Ausdehnung an und die Truppen seien ohne Manneszucht. Es verlautet, daß furchtbare Ausfahrungen vorgekommen seien.

### Frankreich.

#### Eine neue Provokation.

Paris, 6. Mai. Eine Abordnung der Post- beamten unter Führung des Sekretärs des Syndikats der Telegraphen-Arbeiter Pauron begab sich heute in das Ministerium des Innern, traf aber Clemenceau, der leidend ist, nicht an. Die Delegation wurde nicht empfangen. Pauron wurde vom Amte suspendiert, weil er heute früh nicht zum Dienst angetreten war.

#### Umwandlung in eine Gewerkschaft.

Paris, 6. Mai. In einer heute abgehaltenen geheimen Versammlung beschloßen die Post- und Telegraphenbeamten, ihre Vereinigung in ein Syndikat umzuwandeln.

**Ein Aufruf.**

Paris, 6. Mai. „Humanität“ veröffentlicht einen Aufruf des Ausschusses des Syndikats der Post- und Telegraphenarbeiter, worin erklärt wird, daß das Syndikat die Idee eines mutwilligen Streiks entschieden zurückweist; sollten aber die Drohungen und Rechtsverweigerungen der Regierung andauern, so hoffe es, daß die Mitglieder des Syndikats auf das erste Signal hin ihre volle Pflicht tun würden.

**England.**

**Die Budgetdebatte.**

In der gestrigen Sitzung des Unterhauses wies Ministerpräsident Asquith mit glücklicher Pointierung die Einwände der Opposition gegen die Steuern der Reichsjurid. Im Budget siehe nichts, was sich nicht mit einer gesunden Finanzpolitik und der nationalen Entwicklung in Übereinstimmung befände. Was Balfours Erklärung angeht, fuhr der Minister fort, daß das Kapital aus dem Lande herausgedrängt werde, so frage ich, wohin soll es denn gehen? In Deutschland, das sich im vollen Genuße eines ungeheuren wissenschaftlich begründeten Wohlstandes befindet, sieht sich der Finanzminister einer Lage gegenüber, mit der verglichen Lloyd Georges Aufgabe beinahe ein Kinderspiel ist. In Frankreich bereitet Calloux eine Einkommensteuer für die Zukunft vor, während die Vereinigten Staaten einen neuen Zolltarif herausbringen und sich zugleich einem beträchtlichen Defizit gegenüber befinden, als Großbritannien je aufzuweisen hatte. Jedes Kulturland der Welt befindet sich zurzeit unter dem doppelten Druck der Kriegsausgaben und der sozialen Reformen vor der Notwendigkeit, neue Steuerquellen zu erschließen. Wenn alle Vorschläge Lloyd Georges zur Ausführung kommen, so wird in keinem Lande der Welt das Kapital weniger der Unsicherheit ausgesetzt sein als im freihändlerischen Großbritannien.

Später nahm das Haus mit 832 gegen 179 Stimmen eine Resolution an, wonach der Leezoll weiter im gegenwärtigen Bezuge erhoben wird.

**Eine Friedensbetenerung.**

London, 6. Mai. Bei einem Bankett der Newspaper Society hielt Staatssekretär Grey eine Rede, in der er unter anderem sagte: Was die Beziehungen der Mächte zu einander betrifft, so sind wir in ein verhältnismäßig ruhiges Fahrwasser geraten. Wir liegen friedlich vor Anker, was von jeder unserer Wünsche war. Wir halten die Angelegenheiten der auswärtigen Politik abseits von den Parteifragen. Wir sind uns bewußt, daß unsere Zukunft durch die ungeheure Ausdehnung des Reiches so sehr in Anspruch genommen wird, daß wir keinen auf weitere Expansionspläne gerichteten Wunsch haben; wir wünschen vielmehr, das Reich zu entwickeln und mit unseren Nachbarn in Frieden zu leben. Was wir brauchen, sind nicht Streitigkeiten, sondern eine ruhige auswärtige Politik.

**Die serbischen Königsmörder.**

London, 6. Mai. Unterhaus. Der liberale Botschafter wies darauf hin, daß drei serbische Offiziere, die er namentlich bezeichnen und die an dem Königsmorde beteiligt gewesen, jetzt Adjutanten Königs Peters seien, und richtet an den Minister des Auswärtigen die Anfrage, ob im Hinblick auf das Abkommen, das seinerzeit zur Wiederherstellung der diplomatischen Beziehungen zwischen Großbritannien und Serbien geführt hätte, Vorkehrungen getroffen sei, daß der britische Gesandte in Belgrad in seiner persönlichen Eigenschaft nicht mit diesen Leuten in persönliche Berührung zu kommen brauche. Sir Edward Grey erwiderte, daß ihm in bezug auf die genannten Offiziere nichts bekannt, und daß die Erneuerung der diplomatischen Beziehungen Großbritanniens zu Serbien ihr gutes gehabt habe. Er schlug deshalb vor, nicht unnötigerweise von neuem diese Frage zur Erörterung zu bringen.

**Dänemark.**

**Neuwahlen.**

Kopenhagen, 6. Mai. Der Reichstag ist heute geschlossen worden. Die Folketingswahlen wurden auf den 25. d. M. anberaumt.

**Rußland.**

**Demission Stolypin?**

Paris, 6. Mai. „Veit Parisien“ berichtet aus Petersburg, Stolypin habe sich gestern nach Jaroslawo Selo begeben und dem Zaren seine Demission angeboten für den Fall, daß die Frage des Marinegenerals nicht in dem von der Duma angedeuteten Sinne gelöst würde.

**Hegypten.**

**Für die Unabhängigkeit.**

Genf, 6. Mai. Der Privatdozent an der hiesigen Universität Mohamed Fahmi verliest im Namen des Komitees der ägyptischen Jugend eine Einladung zu einem im Laufe des Sommers in Genf abzuhaltenden Kongress, auf welchem die Frage der Unabhängigkeitserklärung Ägyptens erörtert werden soll.

**Marokko.**

**Neue Treibereien.**

Tanger, 6. Mai. Heute wurde hier eine Versammlung europäischer Kaufleute abgehalten, in der eine Darstellung der unheilvollen Lage gegeben wurde, die für den europäischen Handel daraus entspringt, daß Marokko die Äkte von Algiciras nicht zur Anwendung bringt, und daß der Nachschub der Anwendung der Äkte hartnäckigen Widerstand entgegensetzt. Die Versammlung sprach sich einstimmig gegen diese Situation aus und forderte genaue und vollständige Anwendung der Algicirasakte. In das Bureau der Versammlung waren Mitglieder aller Nationen, die in der Versammlung vertreten waren, gewählt worden.

**Aus der Partei.**

Warnung. Immer wieder tauchen Individuen auf, die sich als russische Flüchtlinge ausgeben und versuchen, die Genossen systematisch zu brandstiften. Die betreffenden führen zur Unterstützung ihrer skurrilen Legitimationspapiere, die bei näherer Prüfung sich fast stets als gefälscht herausstellen. Die gefälschten Ausweisepapiere tragen meistens das Bild einer ausländischen Stadt, das nodamals eine Befestigung der Ursprungslegitimation enthielt. Die Fälscher hatten sich bisher peinlich gehütet, die Beglaubigung der Ausweisepapiere mit dem Bild Berlin auszustatten. Das scheint anders werden zu sollen. Die Fälscher gehen jetzt auch in Berlin mit einer Dreistigkeit zu Werke, die kaum ihres gleichen aufzuweisen haben dürfte.

In Mainz ist ein etwa 20 Jahre alter, sogenannter „russischer Flüchtling“ angehalten, der eine Legitimation folgenden Inhalts vorwies:

Berlin, den 28. April 1900.

Inhaber dieses Ausweises, der Genosse Gredeslauf Rogoebow wird hiermit becheinigt als Politischer Flüchtling auf Grund dieser Legitimation und wie empfohlen die Genossen, ihn zu unterstützen.

Mit Parteigruß  
Sekretär  
Genoss. B. Pfannsch.

Sozialdemokratische  
Landespartei Deutschlands  
SW. 68  
Berlin, Lindenstr. 69.

Stempel.

Die plumpe Form des „Ausweises“ machte die Entdeckung der Fälschung leicht, da man in Mainz die Schriftzüge der Genossen Genoss und Pfannsch kennt und weiß, daß die deutsche Sprache nicht im Jargon russischer Schwindler verbalhornen, auch niemals einen Stempel gefälscht haben und am allerwenigsten „Landespartei Deutschlands“ zeichnen würden. Dem Vorzeiger ist sein „Ausweis“ abgenommen worden. Er war der Vereingefasene, wenn seine Angaben richtig sind. Für den Erwerb des „Ausweises“ will er in einer Herberge in Berlin fünf Mark bezahlt haben.

Wir können unsere schon wiederholt erlassene Warnung nur in Erinnerung bringen: man weise jedem im Lande herumreisenden, der auf die Gutmütigkeit der Genossen spekuliert, energisch die Tür.

**Gemeindefähig.**

In Eigersweier bei Offenbach wurden bei den Bürgerauswahlgewahlen der dritten Klasse die vorgeschlagenen sechs Sozialdemokraten ohne Gegenliste gewählt. Die Wahlbeteiligung betrug 50 Proz.

Auch in der zweiten Wählerklasse sind zwei Genossen gewählt.

Unsere Toten. In Mainz starb der Genosse Stadtberordnete Jakob Ziele im 49. Lebensjahre. Er war in der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung seit Jahrzehnten eifrig tätig und hat viel für die Arbeiterfrage in Mainz gewirkt.

**Parlamentarisches.**

**Aus der Budgetkommission des Reichstages.**

(56. Sitzung vom 6. Mai.)

Die Beratung wird bei Klasse 18, Inspektoren bei den Probiantämtern, Remontedepots, Kanaleisekretäre bei der Generalinspektion des Militärerziehungswesens, Inspektoren bei den Kadettenanstalten usw., fortgesetzt und werden die Gehaltsätze von 2000, 2250, 2750, 3200, 3400, 3600 M. angenommen.

Bei der Klasse 19, Registratoren und Journalisten bei der Militärprüfungscommission, Sekretäre bei der Militärkasse, soll nach den Vorschlägen der Parteien das Gehalt 2100—2400—2700—3300—3600 M. betragen. Die Regierungsvorlage forderte für die Sekretäre bei der General-Militärkasse eine Zulage von 150 M. Die Kommission scheidet diese Posten einmütig.

Bei Klasse 20, Garnisonbauwerke der Marineverwaltung mit einem Gehalt von 1800, 2300, 2800, 3200, 3600, 4000 M., beschloß die Kommission, den Höchstsatz von 4000 M. zu streichen.

Bei Klasse 21, Kanaleisekretäre beim Reichstage, Konstruktionszeichner, Bauzeichner beim Reichspostamt, soll das Gehalt 1800 bis 4000 M. betragen. Die Kommission setzte das Höchstegehalt von 4000 M. herab.

Bei der Klasse 22, Oberleuten beim Kanalamt, Werkstättenvorsteher bei den Lustschiffereibattalions, sollen die Gehaltsätze nach der Regierungsvorlage betragen 2000, 3000, 3300, 3600 M. Die Kommission beschloß eine weitere Gehaltsstufe von 4000 M. hinzuzufügen.

Klasse 23, Werkmeister bei den Werften, Bahnhofsvorsteher, Bahnmeister I. Klasse, Werkmeister bei der Reichseisenbahnverwaltung, wird nach den Vorschlägen der Regierungsvorlage mit den Gehaltsätzen von 2000—4000 M. angenommen.

Die Klasse 24 umfaßt nur die Intendanturauffseher mit einem Gehaltsatz von 2000—4200 M. Eine in der Regierungsvorlage vorgesehene jährliche Zulage von 150 M. wurde gestrichen.

Bei Klasse 25, Vektoren, Elementarlehrer, Gesangslehrer bei der Heeresverwaltung soll das Gehalt 1800—4200 M. in Orten mit mehr als 25 000 Einwohnern betragen. Die Kommission beschloß, die obigen Sätze für alle Orte gelten zu lassen.

Bei den Klassen 26, 27a und 27b, Marineoberzahlmeister, Rentanten bei der Heeresverwaltung, Werksinspektoren sollen die Gehälter betragen 2500—4200 M. Die Regierungsvorlage wird einstimmig genehmigt.

Bei Klasse 28, Kanaleisekretäre beim Auswärtigen Amt, beim Reichskolonialamt kam es zu einer ziemlich lebhaften Debatte. Staatssekretär des Auswärtigen v. Schoen verlangte eine Erhöhung der Sätze für seine Beamten, weil diese meist eine bessere Vorbildung als andere Beamte, namentlich aber besondere Sprachkenntnisse besitzen müßten. Die Kommission verwarf jedoch einstimmig auf ihrem Standpunkt und beschloß, es bei den vereinbarten Sätzen von 2400—4200 M. zu belassen.

Klasse 29, Militärgerichtsschreiber bei den Divisionskommandeuren, blieb mit 1800—4500 M. unverändert; die vorgesehene Zulage von 150 M. wurde gestrichen. Desgleichen wurde diese Zulage bei Klasse 30a, welche eine große Anzahl mittlerer Beamten bei den verschiedenen Kommanden umfaßt, verweigert, die Gehaltsätze von 2100—4500 M. einstimmig angenommen. Bei Klasse 30b sollen die Beamten, insofern sie aus den früheren Lebensklassen hervorgegangen sind, eine pensionsfähige Zulage von 300 M. erhalten, die Unterscheidung von Bureaubeamten in I. und II. Klasse beim Reichspostamt soll nach den Beschlüssen der Kommission wegfallen. Die Gehaltsätze betragen 2100 bis 4500 M.

Klasse 31 umfaßt nur die Oberpostpraktikanten; das Gehalt schwankt zwischen 2500—4500 M. Die Kommission beschloß, diesen Beamten die Wohnungsgeldklasse III zu bewilligen.

Die Sätze der Klassen 33—33a, welche 2700—4500 M. in der untersten und 3200—5000 M. betragen, wurden unverändert bewilligt. Desgleichen wurden zum größten Teil ohne Debatte die vorgeschlagenen Sätze bis zu Klasse 66, die eine Befoldung von 14 000 bis 17 000 M. vorsieht, angenommen. Ausgesetzt wurde der Beschluß über einen Antrag, die bei den Eisenbahnbeamten in Etsch-Bohringen übliche Zulage zu streichen. Weiter wurde beschlossen, die Direktoren im Auswärtigen Amt aus der Kategorie der Einzelgehälter herauszunehmen und im allgemeinen Gehaltsstarif einzureihen. Staatssekretär v. Schoen wendet sich gegen diesen Antrag, weil seine Annahme eine Herabsetzung des Gehaltes dieser Herren von 20 000 Mark auf im günstigsten Falle 17 000 M., und unter Umständen auf 14 000 M. bedeute. Ihm wurde aus der Kommission von verschiedenen Seiten erwidert, daß kein Anlaß vorliege, diese Direktoren besser zu stellen als die anderer Reichsämter; wenn sie Reisen ins Ausland machten, so erfüllten sie ihre hohen Kilometergelder, so daß sie auch bei einem hohen Repräsentationsaufwand sicherlich nichts zusetzen würden.

Bei den Einzelgehältern hat die Kommission den Bureauvorstehern bei den verschiedenen Reichszentralämtern ihr Gehalt auf 6000 M. festgesetzt, während die Regierungsvorlage 6600 M. verlangte. Desgleichen wurden die Sätze für den General-Kriegszahlmeister, den Studiendirektor beim Kommando des Kadettenkorps, den General-Postassistenten von 7500 auf 7200 M. ermäßigt. Erhöht wurden die Sätze für den Direktor der Biologischen Anstalt, den zweiten Direktor des Reichsversicherungsamtes von 10 000 auf 10 500 M. und für den ersten Direktor des Reichsversicherungsamtes von 12 000 auf 12 500 M. Desgleichen wurden die Gehälter der Reichsgerichtsräte und Reichsanwälte auf 14 000 von 12 000 M. heraufgesetzt, während es bei den Reichsmilitärgerichtsräten und den Militäranwälten bei dem Regierungsvorschlag von 12 000 M. verblieb. Begründet wurde die Differenzierung in den Gehältern zwischen den Beamten des Reichsmilitärgerichts und des Reichsgerichts damit, daß die letzteren eine viel größere Verantwortung zu tragen hätten.

Nächste Sitzung Freitagnachmittag. Beratung der Befoldungsordnung.

**Die Schen vor der Kontrolle.**

Die Brantweinsteuererhebung gehört zu jenen Materien, bei deren Behandlung die Konservativen eine außerordentliche Empfindlichkeit an den Tag legen. Das hat sich wieder einmal am Donnerstag in der Steuerkommission gezeigt. Die Nationalliberalen sind in der Kommission gespalten. Das erklärt sich daraus, daß der nationalliberale Abgeordnete Sieg Schnapsbrenner ist, die drei anderen nationalliberalen Abgeordneten hingegen nicht. Am ersten man in jeder Sitzung das amüsante Schauspiel, daß der Abgeordnete Sieg die Entzüge seines nationalliberalen Kollegen Dr. Weber

bekämpft. Das tut der nationalliberalen Einigkeit natürlich keinen Abbruch; denn wenn der Geldbeutel in Frage kommt, ist das Prinzip Schweigen.

Das ist so annähernd der einzige Standpunkt, den die Nationalliberalen jederzeit unentwegt hochgehalten haben. So brachte es der Abg. Sieg fertig, den immer weiter sich ausbreitenden Anbau von Obstbäumen zu beklagen, weil er befürchtet, daß aus dem Obst Brantwein gebrannt wird.

Zur Verhandlung kam in der Sitzung u. a. ein nationalliberaler Antrag, der verlangte:

der den einzelnen Brennereien zustehende bezw. zugeteilte Durchschnittsbrand ist den Interessenten seitens der zuständigen Steuerbehörde zur Einsichtnahme zugänglich zu machen.

Dieser Antrag wurde noch dahin erweitert, daß nicht allein der Durchschnittsbrand, sondern auch die Höhe des Kontingents ersichtlich gemacht werden solle. — Zunächst meldete sich niemand zum Wort; die Agrarier natürlich schwiegen in der Hoffnung, daß der Antrag kurzerhand abgelehnt werden könnte. Im letzten Moment meldete sich noch Abg. Dr. Südekum, um eine Lanze für den Antrag zu brechen. Wer z. B. ein Brennereigut kaufe, habe ein großes Interesse daran, zu wissen, welches Kontingent und welcher Durchschnittsbrand für das Gut vorgelesen sei. Davon werde schließlich sein Entschluß, das Gut zu kaufen, abhängig sein. Nun lechte eine außerordentlich lebhafteste Debatte ein; Geheimrat Ray wollte von dem Antrage absolut nichts wissen. Die Abgeordneten Dietrich (konservativ) und Gerold (Zentrum) als Brantweininteressenten bezeichneten den Antrag als einen Eingriff in die Privatverhältnisse, die hier der Öffentlichkeit unterbreitet werden sollen. Man befürchtete allgemein, daß die Beschwerden sich häufen werden, sobald ein Einblick in die Verteilung des Kontingents und des Durchschnittsbrands ermöglicht wird. — Abgeordneter Südekum hielt den Leuten ganz richtig entgegen, daß sie die Liebesgabe einstreichen; die Liebesgabe sei aber keine Privatangelegenheit, denn sie werde aus den Mitteln der Steuerzahler betrieben. Deshalb muß auch die Möglichkeit einer Kontrolle gegeben sein, ob die Verteilung nach gerechten Normen erfolgt. Der konservative Abgeordnete Dietrich ließ sich dabei zu dem an die Sozialdemokraten gerichteten Juris hinreichen: „Ihr habt eben keine Brennereien!“ und der ostelbische konservative Abgeordnete Schulz erklärte sich deshalb gegen den Antrag, weil die Gegner offenbar nur Material zur Agitation haben wollten. Daraus ging ganz klar hervor, daß die großen Schnapsbrenner eine Kontrolle außerordentlich fürchten; denn wenn alles in Ordnung wäre, dann müßten sie die Kontrolle sogar selbst wünschen.

Der Antrag wurde schließlich abgelehnt, denn es stimmten nur 3 Nationalliberale, 3 Freisinnige, 3 Sozialdemokraten und 1 Pole dafür.

Selbstverständlich wird der Antrag bei der Beratung im Plenum wieder eingebracht, schon um die Namen der Abgeordneten festzustellen die für diese agrarische Vertuschungsmethode zu haben sind.

**Soziales.**

**Zahl der Alters- und Invalidenrenten.**

Kauf der im Reichsversicherungsamt gefertigten Zusammenstellung, die auf den Mitteilungen der Vorstände der Versicherungsanstalten und der zugelassenen Kasseneinrichtungen beruht, betrug die Zahl der seit dem 1. Januar 1891 bis einschließlich 31. März 1900 von den 31 Versicherungsanstalten und den 9 vorhandenen Kasseneinrichtungen bewilligten Invalidenrenten (§§ 9, Absatz 2 und 10 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgezetes und 15 Absatz 2 des Invalidenversicherungsgezetes) . . . . . 1 050 231

Davon sind infolge Todes oder Auswanderung des Berechtigten, Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit, Wegzug von Unfallrenten oder aus anderen Gründen weggefallen . . . . . 787 931  
so daß am 1. April 1900 liefen . . . . . 871 303  
gegen . . . . . 868 086

am 1. Januar 1900.

Die Zahl der während desselben Zeitraums bewilligten Altersrenten (§§ 9 Absatz 4 des Invaliditäts- und Altersversicherungsgezetes und 15 Absatz 3 des Invalidenversicherungsgezetes) betrug . . . . . 473 870

Davon sind infolge Todes oder Auswanderung des Berechtigten oder aus anderen Gründen weggefallen . . . . . 828 306  
so daß am 1. April 1900 liefen . . . . . 107 064  
gegen . . . . . 108 687

am 1. Januar 1900.

Invalidenrenten gemäß § 16 des Invalidenversicherungsgezetes (Krankenrenten) wurden seit dem 1. Januar 1900 bewilligt . . . . . 93 882

Davon sind infolge Todes, Wiedererlangung der Erwerbsfähigkeit oder aus anderen Gründen weggefallen . . . . . 74 619  
so daß am 1. April 1900 liefen . . . . . 18 763  
gegen . . . . . 19 087

am 1. Januar 1900.

Beitragsentstattungen sind bis zum 31. März 1900 bewilligt:

a) an weibliche Versicherte, die in die Ehe getreten sind . . . . . 1 848 878  
gegen . . . . . 1 813 891

b) an versicherte Personen, die durch einen Unfall dauernd erwerbsunfähig im Sinne des Invalidenversicherungsgezetes geworden sind . . . . . 5 619  
gegen . . . . . 5 477

c) an die Hinterbliebenen von Versicherten . . . . . 409 789  
gegen . . . . . 400 426

zusammen . . . . . 2 294 236  
gegen . . . . . 2 219 794

bis zum 31. Dezember 1900.

**Die Berufsgenossenschaftsbeamten**

nahmen am Dienstag in einer Versammlung, welche der Verein der Beamten der deutschen Berufsgenossenschaften einberufen hatte, Stellung zur Reichsversicherungsordnung, soweit sich dieselbe auf die Anstellungs- und Gehaltsverhältnisse der Berufsgenossenschaftsbeamten bezieht. — Der Vorsitzende des genannten Vereins, Freiherr v. Steinäder, sagte zu Beginn der Versammlung, der Verein habe es abgelehnt, sich zu beteiligen an einem vom Zentralverband der Bureauangestellten einberufenen Kongress, der die Interessen aller durch die Reichsversicherungsordnung betroffenen Beamten vertreten will. Die Berufsgenossenschaftsbeamten sähen ihre alleinige Vertretung in ihrem Verein. — Zur Tagesordnung selbst führte Freiherr v. Steinäder eine Reihe von Beispielen schlechter Befoldung von Berufsgenossenschaftsbeamten an und betrat die Forderung, daß für diese Beamten eine Dienstordnung aufgestellt werden müsse, welche eine Gehaltskala vorsieht, und den Beamten nach einer gewissen Dienstzeit feste, lebenslängliche Anstellung und Pension zusichert. Die 4000 Beamten von Berufsgenossenschaften — sagte der Redner — verlangen nicht nur gerechten Lohn, sondern eine Sicherstellung ihrer Existenz, die ihnen ein standesgemäßes Auftreten ermöglicht.

Der Versammlung wohnten mehrere Reichstagsabgeordnete verschiedener Parteien bei. Von der sozialdemokratischen Fraktion waren die Abgeordneten Hoch, Robert Schmidt und Stadthagen anwesend.

Der nationalliberale Abgeordnete Wahn und der Zentrumabgeordnete Dr. Fleischer versprachen, die vom Referenten aufgestellten Forderungen zu unterstützen. Auch Genosse Robert Schmidt bezeichnete es als durchaus berechtigt, daß die Berufsgenossenschaftsbeamten eine Regelung ihrer Gehaltsverhältnisse und Sicherstellung ihrer Existenz fordern. Er verwies darauf, daß die Sozialdemokraten im Reichstage schon bei der Beratung des jetzt geltenden Gesetzes für die Verwirklichung dieser Forderungen eingetreten seien. Auch jetzt würden sie natürlich das Wohl der

Angestellten nach Möglichkeit fördern. Die Forderungen: Gehaltskala, feste Anstellung und Pension könnten erfüllt werden. In seinen weiteren Ausführungen gab der Redner zu verstehen, daß die für Lohn und Gehalt arbeitende Bevölkerung in Stände geteilt werde, nicht billige. Ferner sprach Genosse Schmidt sein Bedauern darüber aus, daß der Verein der Berufsgenossenschaftsbeamten die gemeinsame Aktion mit dem Verbande der Bureauangestellten, dem ja auch die Krankenassenbeamten angehören, abgelehnt habe. Berufsgenossenschafts- und Krankenassenbeamte hätten im vorliegenden Falle die gleichen Interessen. Eine gemeinsame Aktion würde viel wirkungsvoller sein als ein getrenntes Vorgehen beider Körperschaften. Wenn auch die Berufsgenossenschaftsbeamten mit der anderen Organisation aus politischen oder sonstigen Gründen nicht zusammengehen wollen, so hätten sie doch, um nach außen hin Eindruck zu machen, in diesem Falle zur gemeinsamen Aktion die Hand bieten sollen.

Freiherr v. Steinäder antwortete darauf: Der Verein der Berufsgenossenschaftsbeamten sei unpolitisch; er könne deshalb nicht zusammengehen mit dem Verbande der Bureauangestellten, der sich politisch betätige. Auch die zwischen den beiden Organisationen geführten heftigen Kämpfe ständen dem Zusammengehen im Wege. Ferner sei für die Berufsgenossenschaftsbeamten maßgebend, daß sie Rücksicht auf ihre vorgesetzten Behörden zu nehmen hätten. Diese könnten ein Abschwenken nach links übernehmen. Die Beamten müßten mit dem Wohlwollen ihrer vorgesetzten rechnen.

Die Versammlung endete mit der Annahme der nachstehenden Resolution:

„Die am 4. Mai in Kellers Festhallen versammelten 1000 Berufsgenossenschaftsbeamten, unterstützt durch gleichlautende Resolutionen der Zweigvereine Bochum, Breslau, Frankfurt, Hannover, Leipzig, Mainz, München, Stuttgart und Halle, erheben entschiedenen Protest gegen die unzureichende Fassung der §§ 777—779 des Entwurfs einer Reichsversicherungsordnung. Sie erblicken in der vorliegenden Fassung nicht nur keine Verbesserung der Rechtsverhältnisse, sondern eine dauernde Schädigung der Existenz der Beamenschaft, welche noch dadurch verschärft wird, daß ihr zwar Pflichten von Staatsbeamten auferlegt, die Rechte derselben aber vorenthalten werden. Die der Reichsversicherungsordnung beigegebene Begründung der unterschiedlichen Behandlung gegenüber den Krankenassenbeamten muß als völlig unzutreffend bezeichnet werden. Wir glauben mit Recht beanspruchen zu können, daß unsere Anstellungs- und Befoldungsverhältnisse nach den für die Verwaltungsdienstleistungen des Reiches, des Staates oder der Kommunen geltenden Bestimmungen geregelt werden. Insbesondere ist es unerlässlich, daß die in dem Entwurf vorgesehene Dienstordnung eine Gehaltskala enthält, daß die Höhe der Gehälter entsprechend denjenigen der Staatsbeamten festzusetzen ist, daß den Beamten unüberragbare Anstellung nach fünf Jahren, mit Pensionsberechtigung nach zehn Jahren und ein Wohnungsgeldzuschuß in Höhe desjenigen der Staatsbeamten gewährt wird.“

Sollten etwa durch Einrichtung von Versicherungsämtern Genossenschafts- bzw. Sektionsbeamte überzählig werden, so müßten in die Reichsversicherungsordnung Bestimmungen aufgenommen werden, daß diese Beamten unter Gewährleistung aller Ansprüche, die sie erworben haben, in einer gleichen oder ähnlichen Dienststellung bei einer Versicherungsbehörde oder einem Versicherungsträger angestellt werden.“

**Zur Reichsversicherungsordnung**  
nahm eine überaus gut besuchte Generalversammlung der Ortskrankenkasse der Bureauangestellten in Berlin Stellung. Nach einem instruktiven Referat des Kassenvorstandes Bauer über: Die Krankenkassen nach der Reichsversicherungsordnung stimmte die Generalversammlung, in der auch die Arbeitgeber stark vertreten waren, einstimmig einer Resolution zu, welche besagt, daß der Entwurf der Reichsversicherungsordnung in Bezug auf die Krankenkassen keinerlei Verbesserungen der Leistungen bringt, wohl aber die fast völlige Vernichtung des den Arbeitnehmern und Arbeitgebern jetzt gewährleisteten Selbstverwaltungsrechtes. Der Kassenvorstand wird deshalb von der Generalversammlung beauftragt, unter Protest gegen die die Selbstverwaltung drohenden Bestimmungen des Entwurfs alles zu tun, um gemeinsam mit den übrigen Krankenkassen der Regierung und dem Reichstage die Wünsche der Kassen in eindringlicher Form zu unterbreiten. Des weiteren wurde der Vorstand beauftragt, den vom 17.—19. Mai in Berlin tagenden Allgemeinen Krankenassen-Kongress zu beschicken und dort für völlige Wahrung des bisherigen Selbstverwaltungsrechtes einzutreten.

**Ueberarbeitete städtischer Arbeiterinnen.**  
Eine auf der Zentrale des Elberfelder Rathhauses beschäftigte Telephonistin bekam dieser Tage am Morgen zwischen 5 und 6 Uhr infolge Uebermüdung, denn sie hatte seit Mittag des vorhergegangenen Tages Dienst getan, einen derartig heftigen Schüttelfrost, daß der Unterkiefer an beiden Seiten aus dem Gelenk sprang. Sie befand sich nun in einer feindlichen benedenswerten Lage. Da sie allein war, konnte sie den Dienst nicht verlassen, weil es nicht ausgeschlossen war, daß irgend eine wichtige Verbindung verlangt wurde. Durch Ausrenkung der Rinnböden war ihr aber die Möglichkeit genommen, zu sprechen und telephonische Hilfe herbeizurufen. So mußte sie denn trotz aller Schmerzen auf ihrem Posten bleiben, bis am Morgen die Pufffrau kam. Erst durch Vermittlung dieser war es ihr möglich, ärztliche Hilfe und für sich Erjaß herbeizurufen. Die Beamtin hatte schon acht Tage lang vom Mittag bis zum anderen Morgen Dienst gehabt. Die Beamtinnen wechseln zwar alle Wochen ab, auch ist etwas Schlafgelegenheit vorhanden, aber die Dienstzeit ist eine unerhört lange: 18 Stunden pro Tag! Die auf der Elberfelder Rathhauszentrale beschäftigten Telephonbeamtinnen stehen in städtischen Diensten der „liberalen“ Stadt Elberfeld.

## Aus Industrie und Handel.

### Verband des Stahlwerksverbandes.

Der Verband des Stahlwerksverbandes betrug im April d. J. in Halbzeug zirka 110 000 Tonnen, Eisenbahnmateriale zirka 132 000 Tonnen, Formeisen zirka 134 000 Tonnen, Gesamtprodukten A zirka 378 000 Tonnen, der Verband im März 1909 Halbzeug zirka 145 000 Tonnen, Eisenbahnmateriale zirka 202 000 Tonnen, Formeisen zirka 171 000 Tonnen, Gesamtprodukten A zirka 518 000 Tonnen. Der Rückgang des Aprilverbandes gegenüber dem Märzverbande dürfte hauptsächlich darauf zurückzuführen sein, daß die Werke größere Mengen bereits im März zum Versand brachten, die eigentlich erst im April hätten verschickt werden müssen.

Auf diesen Umstand haben wir schon hingewiesen, mit dem Bemerkten, daß der verhältnismäßig günstige Märzverband durchaus nicht als Beweis für eine Wendung zum Besseren angesprochen werden dürfe.

**Kein Mecherband.** Die Verhandlungen zwecks Gründung eines Mecherbandes haben sich nunmehr vollständig zerfallen. Damit fällt auch das Projekt einer Syndizierung von Stabeisen.

### Arbeitsloses Einkommen.

Kürzlich sind die Aktien der Hirsch, Kupfer- und Messingwerke, in Höhe von acht Millionen Mark an der Berliner Börse eingeführt worden. Die Deutsche Bank hatte einen Einführungskurs von 140 bis 145 Proz. in Aussicht genommen. Nach wenigen Tagen stand der Kurs schon auf 106 Proz. Legt man diesen für das ganze Kapital zugrunde, dann ergibt sich gegenüber dem geplanten Einführungskurs, der auch schon einen stattlichen Gewinn bedeutete, einen Kursgewinn von zirka 2 Millionen Mark.

Verantw. Redakt.: Carl Wermuth, Berlin-Mittdorf. Inzeratverantw.: Th. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Bornhorts Buchdr. u. Verlagsanstalt.

**Oesterreichs Außenhandel.** Nach dem statistischen Ausweis des Handelsministeriums für den Außenhandel für das österreichisch-ungarische Zollgebiet betrug während der Monate Januar bis März die Einfuhr 633,2, die Ausfuhr 620 Millionen Kronen. Das bedeutet ein Minus von 5,3 resp. 17,2 gegen das Vorjahr. Die Handelsbilanz weist demnach ein Passivum von 118,2 gegen 106,8 Millionen Kronen des Vorjahres auf.

## Abgeordnetenhaus.

### Abschließung vom Donnerstag, den 6. Mai.

Die zweite Beratung des Kultusgesetzes wird fortgesetzt beim Kapitel Elementarschulwesen.

Der Antrag Schiffer (natl.) auf Zulassung der Lehrer zum Schöffennamt, den die Kommission abgelehnt hat, wird zurückgezogen, nachdem sich Abg. Marx (Z.) gegen, Abg. Waldstein (frz. Vg.) für ihn ausgesprochen haben.

Die Abgg. Schenkendorf (natl.) und Dr. Heilig (Z.) treten für eine weitere Förderung des Volks- und Jugendspielwesens ein, was

Ministerialdirektor Schwarzkopff nach weiteren Erfahrungen zusagt.

Ein Antrag Cahensly (Z.), den Kreis Schulinspektor im Hauptamt für Höchst zu streichen, wird abgelehnt.

Dann folgt eine lange Debatte über die höhere Mädchenschulreform.

Abg. Kessel (konf.) spricht gegen die Frauenbewegung, die lediglich der Geschlechterbildung Interesse entgegenbringe.

Abg. Stężanski (Poln.) bespricht polnische Beschwerden.

Ministerialdirektor Schwarzkopff sucht die Beschwerden zu widerlegen.

Abg. Adenhoff (frz.) erklärt sich gegen eine gemeinsame Erziehung beider Geschlechter.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf Sonnabend 11 Uhr.

Schluß: 11¼ Uhr.

## Gewerkchaftliches.

### Zimmer noch Maisfeiernachtlänge.

Auf dem Brannlofenbergwerk Böllig bei Leipzig wurden wegen der Maisfeier die Arbeiter der Tagelohn auf drei Tage ausgesperrt; die Arbeiter der Nachtschicht erklärten sich jedoch mit ihrem Kollegen solidarisch und fuhren nicht an. Die Direktion sah sich deshalb gezwungen, die Aussperrung nach dem ersten Tage aufzuheben.

**Geldstrafen wegen Maisfeierei.** Auf Zeche Königsborn bei Lima-Dortmund wurden 1185 Vergleute, weil sie am 1. Mai gefeiert haben, mit 2 M. bzw. 1,60 M. bestraft.

Im vergangenen Jahre feierten auf derselben Zeche 600 Vergarbeiter ohne Bestrafung.

**Die wegen der Maisfeier ausgesperrten Schuhmacher der „Union“.** Offenbach reichten auf Grund der Aussperrung Lohnforderungen ein. Die Forderungen wurden zur Zufriedenheit der Aussperrten bewilligt, die Differenzen erledigt und die Arbeit wieder aufgenommen.

**Städtische Arbeiter als Streikbrecher** wollte der Münchener Magistrat an Stelle von Asphaltarbeitern einstellen, die infolge der Maisfeier ausgesperrt waren. Der Souleiter des Gemeindegewerksverbandes wurde daraufhin beim Magistrat vorstellig und erlangte, daß die zur Streikbrecherarbeit kommandierten 20 städtischen Arbeiter von der Arbeit entfernt wurden. Das Vorgehen der Verwaltung ist um so wunderlicher, als der Magistrat sonst den Arbeitern die Maisfeier gestattet hatte.

**Das Münchener Gewerbegericht hat als Eingangsamt entschieden, daß die wegen der Maisfeier vorgenommene Aussperrung von 767 Schreibern ein**

### Tarifbruch des Arbeitgeberverbandes

ist, weil sie den bei dem letzten Tarifabschlusse gemachten mündlichen Vereinbarungen widerspreche.

Der Arbeitgeberverband in München ist zur Verhängung der Aussperrung durch die Zentrale in Berlin veranlaßt worden. Da die Arbeitgeber schadenerkennend sind, müssen sie ihre Gefolgschaft, die sie den Berliner Oberstahlfabrikanten leisteten, mit 12 000 M. bezahlen. So viel wird der den Arbeitern durch die Aussperrung entgangene Verdienst ausmachen.

### Berlin und Umgegend.

#### Tarifverhandlungen der Bautischler.

Als vor zwei Jahren der große Kampf in der Berliner Holzindustrie durch Verhandlungen vor dem Einigungsamt zum Abschluß kam, wurde den Arbeitgebern und Arbeitnehmern in der Bautischlerei durch den Spruch des Einigungsamtes aufgegeben, über die Regelung des Akkordtarifs der Bautischler zu verhandeln. Seit jener Zeit sind die Tarifverhandlungen im Gange, aber bis heute noch nicht zum Abschluß gekommen. Bisher sind etwa 350 Positionen des Tarifes erledigt worden. In letzter Zeit ist nun eine Differenz zwischen beiden Parteien entstanden hinsichtlich der Preise für Flügelstüren. Nach dem alten Tarif galt als Normalmaß, dem ein bestimmter Preis entsprach, die Höhe bis zu 2,20 Meter. Für höhere Maße wurde auch ein höherer Preis gezahlt, während für Maße unter 2,20 Meter der Normalpreis derselbe blieb. Jetzt verlangen die Meister, daß die niedrigeren Maße auch mit niedrigeren Preisen bezahlt werden. Die Arbeiter dagegen stehen auf dem Standpunkte, daß dies Verlangen gleichbedeutend ist mit einer Verschlechterung des alten Tarifes. Nach dem Spruch des Einigungsamtes darf aber der alte Tarif nicht verschlechtert werden. Aus diesem Grunde beschloß eine am Mittwoch abgehaltene Versammlung der Bautischler, auf das Verlangen der Arbeitgeber nicht einzugehen, sondern, wenn eine Verständigung in diesem Sinne nicht möglich ist, das Einigungsamt anzurufen.

Ferner besprach die Versammlung einige Fälle unberechtigter Lohnrückerei. Es wurde angeführt, daß Tischlermeister Schirmer, Postener Straße, Fenster besserer Qualität für die Kaiser-Wilhelm-Akademie anfertigen läßt und dafür nur einen Akkordlohn von 27 M. zahlt, während nach dem geltenden Tarif 36 M. gezahlt werden müßten. — In der Tischlerei von Gossow werden Fenster, ebenfalls besserer Arbeit, für den Neubau der Darmstädter Bank sowie für das neue Berliner Rathaus angefertigt und auch unter dem Tarif bezahlt. — Die Versammlung bezeichnete die tarifwidrige Bezahlung in diesen Fällen als ganz besonders verurteilenswert, da nicht angenommen werden könne, daß die Leitungen der genannten Bauten so schlechte Preise zahlen, daß die Tischlermeister die tarifmäßigen Löhne nicht gewahren könnten.

**Achtung, Fleischer!** Die Firma Karl Leske, Peterburger Platz 8 (Berliner Wurst- und Fleischwerke), stellt sich auf den Herrenstandpunkt und hat dem Organisationsdirektor rundweg erklärt, sie entlasse die Gesellen wie es ihr beliebt und lasse sich von niemand Vorschriften machen.

### Deutsches Reich.

#### Der Verband der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter und -arbeiterinnen

wird mit dem 1. Juni d. J. ins Leben treten. Den Vorsitz im Verbandsrat übernimmt der Genosse Georg Schmidt, zurzeit Vorsitzender des Verbandes der Gärtner, Berlin. Die Redaktion des Verbandsorgans „Der Landarbeiter“ ist dem Genossen Franz

Kraß, Arbeitersekretär in Pforzheim, übertragen. **Gaufleiser** sind die Genossen Alfred Gille, Witten i. M. für Mitteldeutschland mit dem Sitz in Magdeburg, Michael Reich-Kriedrichsfelde für Bayern und Jakob Harzer ebenda für Württemberg, Baden usw. Der Sitz des Hauptvorstandes ist Berlin, Engel-Ufer 21 II. Dasselbst erscheint auch das Verbandsorgan. Zuschriften sind zu richten an den Verbandsvorsitzenden Georg Schmidt, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 21 II.

**Die Düsseldorf Schuhmacher** haben vor einiger Zeit Lohnforderungen an die Innung gestellt. Da letztere jede Verhandlung mit den Gehilfen ablehnten, reichten diese die Kündigung ein. Die Kündigungsfrist läuft am kommenden Sonnabend ab und es werden dann rund 200 Schuhmacher in den Streik treten. Zugang von Schuhmachergehilfen nach Düsseldorf ist fernzuhalten.

**Die Maurer in Kamen** sind wegen Nichtanerkennung des Tarifes einmütig in den Ausstand getreten.

**Die Betonarbeiter** Leipzigs haben eine Tarifbewegung eingeleitet; sie fordern: neunstündige Arbeitszeit, einen Stundenlohn für Spezialarbeiter von 60 Pf., für sonstige Arbeiter von 55 Pf., für Ueberstunden einen Zuschlag von 20 Proz., für Nacht- und Sonntagsarbeit von 25 Proz. Für auswärtige Arbeiten erhalten verheiratete Arbeiter eine Extravergütung von 1,50 M. pro Tag, unverheiratete eine solche von 1,00 M. sowie freie Eisenbahnfahrt vierter Klasse. Ferner verlangen die Arbeiter, daß der gesetzlich vorgeschriebene Zustand der Neubauten und Aborte hergestellt werde. Es kommen 250 Arbeiter bei 14 Unternehmern in Betracht.

**Der Streik im Schneidergewerbe Hamburgs** ist beendet. Eine zahlreiche Besuche Versammlung der freien Damen Schneider und Damenschneiderinnen nahm auf Anraten des Vorsitzenden der Ortsverwaltung Spreckberg den Einigungsantrag des Gewerbegerichts in geheimen Abstimmung mit 370 Stimmen gegen 54 Stimmen an. Der Einigungsantrag lautet: „Der alte Tarif bleibt bestehen mit Anschlag der von den beiden Parteien genehmigten Positionen für Anfängerinnen (15 Pf. Stundenlohn). Die Arbeit wird sofort wieder aufgenommen, Maßregelungen finden nicht statt.“ Das nicht eben günstige Resultat ist darauf zurückzuführen, daß eine größere Anzahl junger Mädchen die Fabrik verlassen und die Arbeit ohne vorherige Verständigung mit der Organisationsleitung wieder aufgenommen hatte.

### Achtung, Holzarbeiter!

In der Fuchschen Waggonfabrik zu Röhrbach bei Heidelberg haben sämtliche Maschinenarbeiter wegen Reduktion der Akkordpreise die Kündigung eingereicht. Die Direktion sucht nun in den verschiedensten Gegenden in der bürgerlichen Presse Maschinenarbeiter. Die Holzarbeiter werden ersucht, überall ein wachsames Auge zu haben und zu vereiteln, daß sich Arbeitswillige für die Waggonfabrik anwerben lassen. Zugang ist für sämtliche Holzarbeiter streng fernzuhalten. Deutscher Holzarbeiterverband, Gauvorstand, Frankfurt a. Main.

**Die wegen der Maisfeier ausgesperrten Holzarbeiter Nürnberg** nahmen in einer großen Versammlung neuerdings Stellung zu ihrer Lohnbewegung. Heute wäre die Maisfeieraussperrung abgelaufen, doch zuvor sollten die Unterhandlungen wegen der Forderungen erledigt werden, die auf 5 Pf. Lohnerhöhung pro Stunde, Verkürzung der Arbeitszeit von 64 auf 62 Stunden pro Woche und Freigabe des 1. Mai lauten. Am 30. April haben die Vertreter der Unternehmer erklärt, daß sie in den alternativen Tagen zu weiteren Verhandlungen bereit seien. Als aber die Vertreter der Arbeiter wiederholt versuchten, zu verhandeln, ließen die Unternehmer durch den Sekretär ihrer Vereinigung erklären, daß es den Herren nicht presziere.

Die Versammlung der Arbeiter gab auf dieses brüste Verhalten nach kurzer Beratung die Antwort durch Erklärung des Streikes. Für die Bewegung kommen lediglich in Betracht die in den Bau- und Möbelgeschäften beschäftigten Schreiner und Maschinenarbeiter. Die in den großen Maschinenfabriken (Schudert, Maschinenbau-Aktiengesellschaft usw.) beschäftigten Arbeiter werden nicht berührt. Sie beteiligten sich auch nicht an der Abstimmung. Von den übrigen Anwesenden kamen 663 in Betracht; davon stimmten: 960 für den Streik, 19 gegen den Streik, 4 Stimmen waren unglücklich. An die Aussperrung schließt sich also sofort der Ausstand an.

**Auf der Generalversammlung der polnischen Gewerkschaften,** die dieser Tage in Bochum tagte, kam es zu ziemlich scharfen Auseinandersetzungen zwischen dem Vorsitzenden der polnischen Berufsvereinigung Sosinski und seinem Gegner, dem Reichstagsabgeordneten Johann Brejski-Bochum, Verleger und Bruder des Organs der polnischen Berufsvereinigung. Dieser bezichtigte Sosinski, mit dem alten Vergarbeiterverband zu liebäugeln und sich dort lieber Rat zu holen als bei ihm. Um den Einfluß, den Brejski durch seine Zeitung auf die Mitglieder der polnischen Berufsvereinigung zu ungunsten Sosinskis ausübt, zu brechen, hatte Sosinski unter anderem eine polnische Tageszeitung als Geschenk für den Verband angenommen. Damit war das bei Brejski gedruckte Verbandsorgan gegenstandslos geworden. Das Geschenk wurde aber von den übrigen Verbandsmitgliedern und dem Aufsichtsrat rückgängig gemacht, angeblich, weil auf dem Geschenk mehr Schulden lasteten als vorher angegeben war. Den Bericht erstattete auffälligerweise ein Revisor, dessen Angaben dann vom Hauptfasserer in vielen Punkten für falsch erklärt wurden. Es wurden große Differenzen festgestellt und es kam deshalb zu sehr stürmischen Szenen. — Aus dem Geschäftsbericht des Vorsitzenden Sosinski ist noch zu erwähnen, daß der christliche Gewerbeverein als der schlimmste Gegner der polnischen Gewerkschaften erklärt wurde.

Das Verhalten des Reichstagsabgeordneten Franz Behrens zum Sprachenparagrafen habe es auch der polnischen Berufsvereinigung unmöglich gemacht, sich noch länger mit diesem Ranne in der Siebener-Kommission an einen Tisch zu setzen. Der christliche Gewerbeverein habe mit seiner Weigerung, ein anderes Mitglied in die Siebener-Kommission zu entsenden, die Siebener-Kommission gesprengt.

Schließlich einigten sich die feindlichen Brüder wieder und beschloßen die Verschmelzung der drei Verbände zu einer Zentralorganisation.

### Ausland.

#### Einigung in der schwedischen Sägewerksindustrie.

Die zum 3. Mai angekündigte Klassenauflösung in der schwedischen Sägewerksindustrie, die wegen Lohnstreitigkeiten bei der Kornäs-Sägewerkschaft durchgeführt werden sollte, ist noch rechtzeitig verhindert worden. Unter Mitwirkung der Staatsbeamten zur Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten jenes Distriktes kam Ende der verflochtenen Woche eine neue Regelung der Löhne zustande, die zwar von den direkt beteiligten Arbeitern mit einer sehr geringen Mehrheit abgelehnt wurde, wohl aber die Zustimmung des Sägewerksarbeiterverbandes und auch die der Arbeitgeber fand. Damit bleibt die schwedische Sägewerksindustrie vor der schweren Erschütterung bewahrt, die die Aussperrung der ungefähr 17 000 Arbeiter mit sich gebracht hätte. Das neue Uebereinkommen ist auf drei Jahre abgeschlossen.

In der Bauindustrie Schwedens ist vorläufig sehr wenig Aussicht auf Einigung vorhanden, so daß die Arbeiter dieser Berufe auf die Durchführung der angekündigten Generalaussperrung gefaßt sein muß, wenngleich auch in dieser Angelegenheit die Schlichtungsbeamten sich nochmals bemühen werden, den Streit beizulegen.

**Die Straßenbahnangestellten von Göteborg** stehen in der Lohnbewegung und haben den vom Schlichtungsbeamten gemachten Vermittlungsantrag abgelehnt. Sie haben selbst neue Forderungen gemacht und um weitere Verhandlungen nachgesucht, wollen jedoch, falls auf dieser Grundlage eine Einigung nicht erzielt wird, am Freitag in den Streik treten.

Gaul Singer & Co., Berlin SW. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsbl.

Reichstag.

254. Sitzung vom Donnerstag, den 6. Mai, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratstisch: Kommissare.

Auf der Tagesordnung steht die Beratung des Antrages Sped. n. Gen. (3.) auf Einführung einer kaffeeförmigen Umsatzsteuer für Grohmühlen.

Abg. Sped. (3.): In den letzten zwanzig Jahren hat der Konsum an Getreide erheblich zugenommen, aber die Zahl der Mühlenarbeiter hat um 20 000 abgenommen, eine große Reihe kleiner und mittlerer Mühlenbetriebe sind zugrunde gegangen. Man sagt, das sei durch den Uebergang vom Naturallohn zum Geldlohn bedingt; dabei ist dieser Uebergang längst vollzogen. Weiter sagt man, nur die kleinen Zwergebetriebe seien bedroht, die keine wirtschaftliche Existenzberechtigung mehr haben. Dabei fühlen sich jetzt schon nicht nur kleinere, sondern sogar große Mühlen von den großen Riesendrieben bedroht. Außerdem sind aber auch die kleinen und kleinsten Betriebe wichtige Glieder unseres Wirtschaftskörpers, deren Unterstützung alle staatsverwaltenden Kreise sich zur Aufgabe machen sollten. (Sehr richtig! im Zentrum und rechts.) Man schiebt den Rückgang der kleinen und mittleren Mühlen auf ihre technische Rückständigkeit, aber mit Unrecht. Jedenfalls haben wir alle Veranlassung, zu versuchen, auch die kleinsten Betriebe über Wasser zu halten. Der wahre Grund des Rückganges der kleinen und mittleren Betriebe ist die Ueberproduktion der Grohmühlen weit über den Bedarf. Dabei werden die Grohmühlen noch durch die Gesetzgebung gefördert, durch die Abgabefreiheit für die Schifffahrt, durch die Versicherungsgesetzgebung, welche das kleine und mittlere Gewerbe viel mehr belästigt als die großen, durch die Eisenbahntaxe, indem die Eisenbahnen das feinste Mehl zu demselben Tarif befördern wie das Rohprodukt, das Getreide. Diese Auffassung der kleinen Mühlenbetriebe bildet auch eine Gefahr für unsere Volksernährung, sie führt die Gefahr einer Nahrungskrise herbei, und der Ring kann dann die Preise diktieren. (Sehr richtig! im Zentrum.) Die Schutzölle sollten in unserer Landwirtschaft den Abfall im Inlande ermöglichen, die Grohmühlen aber bereiten diese Wirkung der Schutzölle. Diese Grohmühlen bedeuten auch eine große Gefahr im Kriegesfall, da man die Zufuhr aus wenigen Mehlzentren viel leichter abschneiden kann als aus vielen Tausenden kleinerer Lager. (Sehr richtig! im Zentrum.) Auch für die Arbeiter ist die Auffassung der kleinen und mittleren Mühlen nicht gleichgültig; von den 70 000 in den Mühlenbetrieben beschäftigten Arbeitern werden zwei Drittel brotlos werden und als Preisdrucker auf dem Markt erscheinen. Daß dieser Prozeß durch ein Eingreifen der Gesetzgebung aufgehalten werden muß, dafür haben sich auch eine Reihe von Handelskammern ausgesprochen. Auch der bayerische Landtag hat sich für die Mühlenumsatzsteuer ausgesprochen, und zwar ist dort selbstverständlich als Schutz vor dem Grohkonzern nur die Sozialdemokratie aufgetreten. Die Liegnitzer Handelskammer hat sich gegen die Mühlenumsatzsteuer erklärt, weil sie eine Verschärfung der Besteuerung bedeuten würde. Dieses Votum hat uns dahin gebracht, daß das kleine und mittlere Gewerbe jetzt unter dem Druck des Grohkonzerns. (Lebhaftes Sehr richtig! im Zentrum und rechts.) Die Gewerbesteuerfreiheit auf ein vernünftiges Maß zu beschränken, liegt im Interesse des Mittelstandes. Man verweist auf das Fiasko der bayerischen Mühlenumsatzsteuer. Wahren ist eben kein abgeschlossenes Wirtschaftsgebiet, und deshalb beweist dieses Fiasko nur die Notwendigkeit der Reichsumsatzsteuer für Mühlen. Durch diese muß der Ausdehnung der Grohmühlen ein Ende gemacht und eine Verschiebung der Produktion herbeigeführt werden; das bedeutet dann auch keine Verteuerung des Brotes. Helfen Sie uns in dem Bestreben, den Mittelstand zu fördern. (Lebhaftes Bravo! im Zentrum und rechts.)

Abg. Dr. Köhler (L.) (zur Geschäftsordnung) bittet, einen Antrag der konservativen Partei, der sich inhaltlich mit dem Antrag Sped. deckt, mit zur Debatte zu stellen.

Da Widerspruch nicht erfolgt, wird so verfahren.

Abg. Dr. Köhler (L.): Ich kann mich im wesentlichen meinem Vortrage anschließen. In manchen Betrieben ist die grohkonzernistische Entwicklung notwendig, z. B. beim Bau von Panzerschiffen; in anderen ist sie sehr gefährlich, vor allem in der Nahrungsmittelindustrie. Hier bedeutet die grohkonzernistische Entwicklung eine Art Faulfäule, durch die der Mittelstand ruiniert wird, ohne daß es wirtschaftlich notwendig ist. Dieser Entwicklung setzen wir uns entgegen. Wir dürfen vor gesetzgeberischem Zwang auf dem wichtigen Gebiet der Mühlenindustrie nicht zurückweichen, wir müssen die Einrichtung neuer Grohmühlen und die Ausdehnung der bestehenden

erschweren. In dieser Richtung würde die von uns beantragte stufenmäßig steigende Umsatzsteuer wirken. (Bravo! rechts.)

Abg. Keuner (natl.): Die Forderung nach einer Mühlenumsatzsteuer wird schon seit langem erhoben, aber eine Reihe von Petitionen bekämpfen diese Forderung auch. Meine Freunde sind überzeugt, daß die Binnenmüllerei sich in einer Notlage befindet und daß die Binnenmühlen von den großen Mühlen an den Wasserstraßen aufgekauft werden, wenn die Gesetzgebung ihnen nicht zu Hilfe kommt. Eine Mühlenumsatzsteuer, die eine starke Staffelung zeigt, erscheint als berechtigt und zweckmäßig, aber nur dann, wenn sie im ganzen Reiche, nicht nur in einzelnen Staaten eingeführt wird. Die Frage bedarf jedoch einer eingehenden Prüfung, die nur in einer Kommission erfolgen kann, an die ich deshalb den Antrag zu verweisen bitte. (Zustimmung bei den Nationalliberalen.)

Direktor im Reichsfinanzamt Kühn verliest Zahlen über den Rückgang der kleinen Mühlenbetriebe, über den Fortschritt der mittleren, großen und sehr großen Mühlenbetriebe. Einen erheblichen Rückgang zeigen nur die ganz kleinen Betriebe, die mittleren zeigen einen Fortgang. Die verbündeten Regierungen werden die Statistik noch fortsetzen und verbollständigen, ehe sie zu der Frage der Umsatzsteuer Stellung nehmen.

Bayerischer Bundesratsbevollmächtigter Staatsrat v. Burkhart: Die bayerische Regierung ist stets geneigt, den Mittelstand zu schützen und will gern der Auffassung der kleinen und mittleren Mühlen entgegenkommen, wenn es ohne Eingriff in die Gewerbefreiheit möglich ist. Auch der Mühlenumsatzsteuer ist sie bereit, näher zu treten, doch ist die Voraussetzung, daß kein Eingriff in die Steuergesetzgebung der Einzelstaaten erfolgt.

Abg. Raempf (fr. Sp.): Die von Herrn Direktor Kühn angeführten Zahlen beweisen, daß die mittleren Mühlenbetriebe nicht zurückgehen, wie die Herren Sped. und Dr. Köhler behauptet haben. Aber auch abgesehen davon, ist der Umsatz überhaupt kein Kriterium für die Rentabilität eines Betriebes; jede Umsatzsteuer hemmt den technischen Fortschritt und damit die Grundlagen der fortschreitenden Entwicklung des ganzen Reiches. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Die Konsequenz dieser Steuer wäre die Verteuerung jedes Fabrikbetriebes zugunsten des Handwerks. Die Verteuerung eines einzelnen Zweiges hilft dem Mittelstand gar nicht, wie die Warenhandsteuer deutlich gezeigt hat. Unser Herz schlägt ebenso laut für den Mittelstand wie das Ihrige (nach rechts), wir erzählen aber dem kleinen und mittleren Müller nicht, daß ihm durch die Umsatzsteuer geholfen werden könnte. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Vielleicht kann man ihm auf anderem Wege helfen, etwa durch andere Tarifierung; darüber sind wir bereit, in Erwägungen einzutreten, doch steht das heute nicht auf der Tagesordnung. Im allgemeinen ist die Entwicklung zum Großbetrieb ein wirtschaftlicher Fortschritt, der eine Verbilligung der Herstellungsloskosten mit sich bringt. Das ist auch im Mühlenbetrieb nicht anders; wir müssen ausländisches Getreide einführen, schon um es mit deutschem zu mischen und dieses dadurch zu verbessern. Dazu sind aber nur die Grohmühlen im Stande. Herr Sped. sprach von der Gefahr eines Mehrlinges. Die aus dem Reichsfinanzamt angeführten Zahlen beweisen, daß eine solche Gefahr noch sehr fern ist. Sollte sie in greifbarer Nähe rücken, so würde das Kapital auch ohne staatliches Eingreifen für die notwendige Konkurrenz sorgen. (Zustimmung bei den Freisinnigen.) Herr Sped. bestreitet auch, daß die Mühlenumsatzsteuer das Mehl verteuern würde. Ihr ganzer Zweck ist doch aber, den kleinen und mittleren Mühlen einen größeren Gewinn zu ermöglichen, und das ist doch nur durch Verteuerung des Mehles möglich. (Lebhaftes Sehr richtig! bei den Freisinnigen.) Dem Mittelstand kann nur geholfen werden durch Verbilligung der Lebensmittel, nicht durch Verteuerung der Lebensmittel; der vorliegende Antrag ist aber ein Steinchen auf dem Wege zur Verteuerung der Lebensmittel, wir lehnen ihn daher ab. (Bravo! bei den Freisinnigen.)

Abg. Frhr. v. Camp (Sp.): Würden die kleinen Mühlen eingehen, so müßte der Bauer und Landarbeiter sein Getreide in der Stadt vermahlen lassen und würde dann teureres und schlechteres Brot erhalten als jetzt, wo er in der kleinen benachbarten Mühle mahlen lassen kann. Das soll man bei dieser Frage doch nicht vergessen. Den technischen Fortschritt wünschen auch wir nicht zu hemmen; hier aber handelt es sich um besondere Verhältnisse und um die Volksernährung. Deshalb sind meine politischen Freunde einer verständigen Verteuerung der Grohmühlen nicht abgeneigt; der Konzentrierung kann sehr wohl nähergetreten werden, bei der Brauntweinbrennerei hat sie sich bewährt (Widerspruch links), sie hat dort die kleinen Betriebe vor dem Untergange bewahrt. (Beifall rechts.)

Abg. Stauffer (wirtsch. Vg.): Es handelt sich bei dem vorliegenden Antrag darum, der Müllerei die Wettbewerbsfähigkeit zu er-

möglichen. Tatsächlich sind in den letzten Jahren Tausende kleiner Mühlenbetriebe zugrunde gegangen; dieser unheilvollen Entwicklung entgegenzutreten ist die Absicht des vorliegenden Antrages und deshalb findet er unsere Billigung. (Bravo! bei der Wirtschaftlichen Vereinigung.)

Präsident Graf Stolberg schlägt dem Hause vor, sich bis Dienstag 2 Uhr zu betragen.

Abg. Baffermann (natl.) beantragt, die nächste Sitzung erst Mittwoch abzuhalteln.

Abg. Frhr. v. Camp (Sp.) schließt sich diesem Antrag an.

Abg. Singer (Soz.): Auch wir widersprechen diesem Vorschlage nicht, aber unter der Voraussetzung, daß das Plenum in der nächsten Woche von Mittwoch an die Woche hindurch tagt und in der übernächsten Woche auch am Montag und Dienstag. (Zustimmung.)

Der Präsident Graf Stolberg schließt sich diesem Vorschlage an.

Nächste Sitzung Mittwoch 2 Uhr. (Fortsetzung der heutigen Beratung.)

Schluß 6 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

81. Sitzung, Donnerstag, den 6. Mai, vormittags 11 Uhr.

Die zweite Beratung des Kultusetats wird fortgesetzt beim Titel „Elementarunterrichtswesen“ mit den Anträgen Schiffer (nationall.) auf Zulassung der Volksschullehrer zum Schöffenamtsamt, Abg. Dr. Gottschall (natl.) betreffend gesetzliche Regelung der Schulpflicht, und den konservativen und freisinnigen Anträgen auf verstärkte Heranziehung weiblicher Lehrkräfte für den Elementarunterricht und Vermehrung der Lehrerinnenseminare.

Abg. Frhr. v. Hedlitz (fr.) erklärt sich mit der Ueberweisung des Antrages Gottschall an die Unterrichtscommission einverstanden. Im übrigen bleiben seine Ausführungen auf der Tribüne unverändert.

Abg. Bergmann (Soz.):

Das Lehrerbefolgungsgesetz wird hoffentlich dazu beitragen, den Lehrermangel etwas zu vermindern. Einen großen Teil der Schuld an dem bestehenden Mangel an Lehrern trägt die Tatsache, daß, wie Ministerialdirektor Dr. Schwarzkopff selbst angegeben hat, früher zu wenig Seminare bestanden haben. Der Ansicht, daß es nicht wünschenswert sei, diese Seminare in große Städte zu verlegen, kann ich mich nicht anschließen. Gerade die großen Städte bieten dem Lehrer die vielseitigste Gelegenheit zur Ausbildung. Ich bezweifle, daß der Lehrermangel so leicht zu beseitigen ist. Wenn auch die Zahl der fehlenden Lehrer abgenommen hat, so werden doch noch eine sehr große Zahl von Kindern in Halbtagsschulen unterrichtet. Wenn diese beseitigt werden sollen, was ja auch die Unterrichtsverwaltung als ihr Ziel bezeichnet hat, werden doch wieder erheblich mehr Lehrer gebraucht. Zweifellos ist auch, daß die Frequenz unserer Volksschulen noch viel zu groß ist, und auch die Beseitigung dieses Uebelstandes wird wieder neue Lehrkräfte erfordern und den Lehrermangel deutlicher in die Erscheinung treten lassen. Die Zahl der Lehrerausbildungsstätten bedarf also einer ganz erheblichen Vermehrung. Das Ziel aller einseitigen Pädagogen ist doch, daß nicht mehr als 40 Kinder in einer Klasse unterrichtet werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) In 11 300 Schulen haben 210 000 Kinder heute noch einen Weg von über 1/2 Kilometer zu der Schule zu machen! Auch dieser Zustand ist unhaltbar und seine Beseitigung erfordert neue Lehrkräfte. Dazu kommt, daß nach der Statistik von 1905 für eine große Anzahl von Kindern

überhaupt keine Schulräume vorhanden

sind. Wenn auch in dieser Beziehung damals eine wesentliche Verbesserung zu verzeichnen war, so glaube ich doch, daß eine Statistik, die heute aufgemacht würde, wieder eine Verschlechterung dieser Zustände erweisen würde. In den schlechtesten Provinzen in dieser Hinsicht gehören Posen, Brandenburg und vor allem Schlesien, und da ist es insbesondere der Regierungsbezirk Liegnitz, wo nahezu die Hälfte sämtlicher Kinder in Halbtagsschulen unterrichtet werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Auf die Entwicklung unseres Volksschulwesens auf dem Lande von großem Einfluß sind ferner auch die Unterrichtsräume für Schüler und Lehrer. Es ist ja darauf schon häufig hingewiesen worden. Wir haben gestern in der Unter-

Humor und Satire.

Dem Gardegrenadier Christian Joseph Pinskielt aus Dreifallen, zehn Kilometer hinter Stallupönen, hatte sein Leutnant solange, bis Pinskielt begriffen hatte, eingeprägt, daß ein tüchtiger preukischer Soldat sich stets bereit halten muß, auf Vater und Mutter zu schießen, sobald es der König befiehlt.

Tags darauf war Pinskielt unter Mißnahme seines Gewehrs spurlos verduftet.

Schlau, wie die Militärbehörde ist, wartete sie sieben Tage, bis Pinskielt ganz offenbar und zweifellos fahnenflüchtig geworden war, und telegraphierte dann „dringend“ nach Dreifallen, zehn Kilometer hinter Stallupönen.

Der dortige Gendarm fand den Ausreißer bei seinen Eltern am Kaffeetisch, mit vollen Waden kauend, die treue Fronte zwischen den Anicien und die ganze Familie mit verklärten Gesichtern um ihn herum.

Pinskielt war die Harmlosigkeit selber: er habe sich eben bereit halten müssen, jeden Augenblick auf Vater und Mutter zu schießen! Und — von Berlin aus könne er das nicht ...

Frömmigkeit. „Wie andächtig Sie beten können, Herr Nachbar! Das findet man bei den Männern selten.“ — „Ich muß doch dem lieben Gott dafür danken, daß ich die Wacholderzersetzung bekommen habe und nicht der Schweinehund, der mir gegenüber wohnt.“

Der Freisinnige als Zimmerherr. „Sie kredittieren Ihrem Zimmerherrn schon acht Wochen lang, Frau Meier? Wird er's Ihnen denn auch bezahlen?“ — „O ja! Er sagt, er habe noch große Forderungen ausstehen — bei einem gewissen Willow!“ (Der wahre Jacob.)

Notizen.

Die Lieferfrist. Frhr. Reuters Geburtsstadt, Stabenhagen, will seinem größten Sohne ein Denkmal errichten. In dem Preisausgeschrieben ist eine — Lieferfrist von 1 Jahr vorgegeben. Gegen diese Denkmalsbederei wendet sich der Vorstand der Berliner Bildhauervereingung mit einem berechtigten und begründeten Protest. Hauptsächlich sind die Herren ebenso auf dem Posten, wenn wieder mal für die Berliner Puppenallee eine Allerhöchste Order erteilt wird.

Tschubis Programm. Daß Tschubis nach München geht, ist jetzt ganz sicher. Als sein Programm für die neue Tätigkeit bezeichnen er es: in der Kunst das Höchste zu wollen, die berühmten Münchener Galerien auf die höchste Stufe zu bringen und sie auf dieser Höhe zu erhalten. Einen Raum mit so hochfliegenden Plänen konnte man natürlich in der unmittelbaren Nachbarschaft des alten Schlosses zu Berlin nicht dulden.

Kleines Feuilleton.

Wie die individuelle Form der Handschrift entsteht, darüber gibt Neumann in der „Päd. Reform“ interessante Aufschlüsse. Die individuelle Handschrift ist, so hat schon Preyer gezeigt, kein Produkt der Hand, sondern des Gehirns. Unsere Handschrift ist in Wahrheit Gehirnschrift. Die individuellen Charaktere der Schrift beschreiben dieselben, wenn man den Bleistift mit dem Munde, dem Arme, dem Fuße rechts und links führt. Da hierbei das Gehirn das einzige Organ ist, welches immer beteiligt bleibt, so müssen die individuellen Formen der Schrift durch die Art der motorischen Innervation unserer Bewegung durch das Gehirn bedingt sein. Preyer glaubte, daß jüngere Kinder noch keine individuelle Handschrift besitzen, jedoch hat Ufer gezeigt, daß sehr bald schon beim Schulkinde einzelne individuelle Eigentümlichkeiten der Schrift hervortreten, so daß die kindliche Schrift eine Mittelstellung zwischen natürlicher und künstlicher Schrift hat. Wichtiger als diese Untersuchung Preyers sind die Experimente, mit denen man den Druck der Hand und die Zeitverhältnisse beim Schreiben zu messen sucht. Kraepelin hat dafür eine Schriftwaage konstruiert, bei der man auf einer kleinen Wagchale schreibt, deren Ausschlag auf ein beschriftetes Papier einer langsam rotierenden Trommel gezeichnet wird. Neumann benutzt einen Apparat, der durch doppelte pneumatische Uebertragung der Druckkurve die Handschrift aufzeichnet. Hierbei kann man zugleich die Zeitverhältnisse beim Schreiben messen. Diese lassen sich schon aus dem Verlauf der Druckkurve selbst ablesen. Besser noch verwendet man das Prinzip eines intermittierenden elektrischen Stromes, der das Papier von der Spitze des Bleistiftes beständig perforiert; so kann man, nach der Entfernung der Perforationen von einander, die Schreibzeichen direkt ablesen. Der erwachsene Mensch — das haben diese Untersuchungen ergeben — schreibt mit rhythmischer Verteilung des Druckes auf das Wort. An einer Stelle liegt der Hauptdruck, die übrigen Drucke sind diesem rhythmisch untergeordnet. Auch die Zeitverhältnisse des Schreibens nehmen an diesem Rhythmus teil. Nach Neumanns Beobachtungen wird die betonte Stelle etwas langsamer geschrieben. Daraus folgt, daß der erwachsene Mensch in „Gesamtimpulsen“ schreibt, d. h. er bedarf keiner besonderen Willensimpulse für den einzelnen Buchstaben, sondern nur den allgemeinen Impuls hinwider sich das Schreiben eines ganzen Wortes oder mehrerer Wörter automatisch ab. Ebenso wie wir nicht einzelne Buchstaben lesen, sondern das ganze Wort, so schreiben wir auch nicht mehr die einzelnen Buchstaben, sondern das ganze Wort oder eine Wortgruppe. Der Anfänger schreibt nicht in Gesamtimpulsen, sondern er muß noch so viele Willensimpulse aufwenden, als er Buchstaben zu schreiben hat. Die Entwicklung der kindlichen Handschrift zur individuellen besteht also in der Verdrängung der Einzelimpulse durch Gesamtimpulse.

Som Walfischfang. Der Walfischfang oder die „Walerei“ ist besonders in den letzten Jahrzehnten nach ganz neuen Methoden

ausgebildet worden. Man sendet jetzt keine großen Kreuzer mehr aus, die auf langen Fahrten mit Harpunen dem Wal zu Leibe gehen, sondern man legt da, wo der Walfisch auf seinen periodisch bestimmten Futterplätzen regelmäßig zu erscheinen pflegt, Walfischstationen oder Faktoreien an. So sind an der Westküste von Kolumbien, an der von Alaska und an der Rüste Jannmarts bei Tromsø Fabrikgebäude mit Wohnhäusern entstanden, von denen kleine Dampfer zu kurzen Streifzügen ausgehen. Diese Dampfer haben an Stelle des Bugspriets eine kleine Plattform, auf der eine Harpunantonne steht, deren Gefäß, eine schwere schmiedeeiserne Harpune, ein etwa 7 Zentimeter starkes Tau mit sich reißt. Durch dieses Tau wird der Wal, wenn er glücklich getroffen ist, an das Schiff gefesselt. Die Harpune enthält außerdem in einem besonderen Behälter im Schaft noch eine Sprengladung; wird das Tau durch die Bewegung des verwundeten Wales straff gezogen, so zerbricht ein Glas, dessen Inhalt die Ladung entzündet. Die Walfische bringen der Harpunierer seine Wunde auf den ersten Schlag zur Strecke, häufig aber muß er mehrmals feuern, und es kommt sogar zwischen dem verwundeten Tiere und seinen Jägern zu einer erbitterten und hartnäckigen Verfolgung, so daß dann der Harpunierer, wie in der älteren Zeit des Walfanges, seinem Opfer mit der Handlange den letzten tödlichen Stoß versetzen muß. Als der größte aller Walfische gilt bei den Walfängern des Stillen Ozeans der Schwefelwale, der an der ganzen Pazifischen Küste verbreitet ist. Man hat von ihm Exemplare gefangen, die 20 Meter lang waren und ein Gewicht von 147 Tonnen oder 147 000 Kilogramm erreichten. Sonst werden Pudlowale und Finnwale zahlreich erlegt. Die erlegten Wale werden mit einer Eisenkette, die um ihre Schwanzflosse geschlungen ist, am Bug des Dampfers befestigt und so zur Station gebracht. Dazu müssen sie schwimmend erhalten und darum künstlich aufgeblasen werden, was mittels einer an Bord befindlichen Luftpumpe und eines Gummischlauches, der vorn in eine längere, spitz zulaufende und durchlöcherete Metallröhre endet, bewerkstelligt wird. Das spitze Metallrohr wird dem verwundeten Wal bis zu genügender Tiefe in den Leib getrieben; ist der Kadaver bis zur Schwimmsfähigkeit aufgeblasen, so entfernt man das Rohr und schließt die entstandene Öffnung mit Kalkwasser ab. Sind bei einer Ausfahrt mehr Tiere zur Strecke gebracht, als auf einmal nach der Station hinführt werden können, so befestigt man an jedes, sobald sie aufgeblasen sind, eine Schwimmschale mit einem Fährchen daran, und hält sie je nach Gelegenheit und Bequemlichkeit ein. Das Herausziehen des Fischlavaders wird auf den Walfischstationen mit einer Dampfwinde besorgt; durch eine mechanische Vorrichtung werden die Speckhälften von der Masse der Muskelmasse getrennt, so glatt und rasch abgelöst wie die Schale einer Orange. Das Fleisch und die Knochenmasse dienen zur Tranegewinnung; aus der entfetteten und künstlich getrockneten Fleischmasse sowie aus dem Blut und dem aus den gemahlenen Knochen gewonnenen Mehl wird ein weißlicher Aunfänger hergestellt; selbst das Wasser, in dem das Fett ausgekocht worden ist, dient zur Zubereitung des bekannten „Fischleims“, und so geht nichts von dem Tiere für die Verwertung verloren.

Wahlkommission eine Petition zur Beratung gehabt, die diese Zustände grell beleuchtet. Der Referent meinte, wenn das alles zuträfe, was da gesagt ist, müßte man glauben, die Schule liege bei den Extremisten. Es wurde beschlossen, die Petition einstimmig der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Gibt es doch eine Volksschule, die in einem Landjahr untergebracht ist. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Der Wirt hat ausgemacht, daß bei Hochzeiten und größeren Vergnügungen das Lokal ihm zur Verfügung gestellt wird, so daß also dann die

#### Schule einfach anquartiert

Wirt. Zum Neubau einer Schule, deren Zustand jeder Beschreibung spottet, waren bereits seit längerer Zeit 10 000 M. zur Verfügung gestellt. Bis heute ist aber noch nichts verändert. Wo bleibt da die Aufsicht der Regierung? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Weiter möchte ich die Regierung fragen, ob ihr bekannt ist, daß in Landeshut und Vollenhain in Schlestien ausländische Arbeiter zur Schulsteuer herangezogen sind. Für ein katholisches Kind hat man 17, für ein evangelisches Kind 16 Mark verlangt. Ich frage, auf Grund welcher Bestimmung die betreffende Gemeinde das Recht heruntreibt, eine solche Steuer zu erheben, und ob die Regierung dazu ihre Zustimmung erteilt hat.

Durch die Wälder geht die Meldung, daß geplant wird, für Groß-Berlin das achtklassige System abzuschaffen und zu dem siebenklassigen überzugehen. Es wird behauptet, daß das achtklassige System sich nicht bewährt habe. Auch soll die Regierung in anderen Städten die Zustimmung zur Einführung des achtklassigen Systems verweigert haben. Was die Bewährung betrifft, so liegt ja noch gar keine Möglichkeit vor, darüber etwas festzustellen, denn das System besteht noch viel zu kurze Zeit. Aber wenn es wirklich bisher nicht die gewünschten Erfolge gezeitigt hätte, so liegt die Schuld nicht an dem System, sondern daran, daß unsere Schulordnung ganz falsch aufgebaut ist. Die Aufnahmeklassen haben eine viel zu hohe Frequenz. Wie soll ein Lehrer 68—70 Kinder von ganz verschiedener geistiger Veranlagung mit Erfolg unterrichten können? Das ist ein Ding der Unmöglichkeit. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die zurückgebliebenen Kinder müssen besonders behandelt werden. Sollte man wirklich dazu übergehen, das 7klassige System wieder einzuführen, so würde ich das außerordentlich bedauern. Dadurch würde nur der Anschein erweckt, als ob das Ziel der Volksschule in kürzerer Zeit erreicht würde. In der Tat würde es einen

#### enormen Rückschritt

bedeuten. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Ich habe schon betont, daß die Schulaufsicht eine recht mangelhafte ist. Das liegt auch daran, daß sich die Aufsichtsführenden um viele Dinge kümmern, die sie gar nicht angehen. Ich erinnere an das Vorgehen gegen die Turnvereine der Arbeiterschaft. Das Turnen ist ja jetzt patriotisch geworden und wird von oben eifrig gefördert. Das hurrapatriotische Treiben dort hat bei der Arbeiterschaft Anstoß erregt, und so sind die Arbeiter dazu gekommen, sich eigene Turnvereine zu gründen. Gegen diese Vereine sind eine Reihe von Verfügungen erlassen. Schon 1895 hatte der damalige Minister des Innern v. Köller eine Verfügung erlassen, worin als Maßnahme gegen das Treiben „Staatsgefährlicher Turnvereine“ empfohlen wurde das Verbot der Teilnahme von Schülern an diesen Vereinen, das Fernhalten von Turnlehrern von solchen Vereinen usw. Es kamen dann Verfügungen, wonach die städtischen Turnhallen Arbeiterturnvereinen nicht mehr zur Verfügung gestellt werden sollten. Das ist ein offenkundiger Eingriff in die Selbstverwaltung der Gemeinden. In Friedrichsfelde zum Beispiel hat der Landrat die Gemeinde darauf hingewiesen, daß sie einem Arbeiterturnverein ein Gemeindefeld nicht zur Verfügung stellen dürfe. Ferner ist eine merkwürdige Verfügung des Berliner Provinzial-Schulkollegiums zu verzeichnen an einen Gastwirt in Berlin, Schönhauser Allee. Darin wird dem Wirt unterzagt, Räumlichkeiten zur Erteilung von Turnunterricht an Schülerbeiträgen zur Verfügung zu stellen bei Vermeidung einer Strafe von 100 Mark oder entsprechender Haftstrafe. Das ist ein

#### unerhörter Uebergriff

in das Privatrecht des Einzelnen. Ich weiß nicht, inwieweit das mit der Gewerbefreiheit im Einklang steht. Das Schulkollegium beruft sich dabei auf ganz veraltete Verordnungen. Diese Ausgrabung von alten Verordnungen scheint dem Kultusministerium soviel Arbeit zu machen, daß es die wichtigere Aufsicht über die Zustände in den Volksschulen darüber verläßt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das Turnen ist doch auch dann eine gute Leibesübung, wenn es von Sozialdemokraten ausgeht wird! Wollen Sie der Sozialdemokratie das Turnen überhaupt verwehren, oder wünschen Sie, daß die Sozialdemokraten in patriotischen Turnvereinen eintreten? Dann könnte es zu schönen politischen Konsisten in diesen Vereinen kommen. Dieses Vorgehen wirkt schwer schädigend auf die körperliche Entwicklung der breiten Massen der Arbeiterbevölkerung, die nie und nimmer in diese patriotischen Vereine hineingehen kann, weil ihre politischen Gefühle dort auf das schwerste verletzt werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Trotz dieser Verfolgungen entwickeln sich die Arbeiterturnvereine ganz ausgezeichnet. Wenn heute von einem staatsgefährlichen Turnen gesprochen wird, so ist das ja nichts Neues. Ich erinnere daran, daß der Schöpfer des deutschen Turnens, Jahn, 1819 in den Kerker wandern mußte. Es hieß damals in einer Verfügung: „Seiner Majestät erster Wille sei, daß das Turnen überhaupt ganz aufhöre.“ Erkennt man heute an, daß das Turnen notwendig ist für die körperliche Entwicklung des Volkes, so darf man es nicht mehr in der rückständigen Art wie damals bekämpfen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Ich möchte noch kurz auf die Ausführungen des Herrn v. Jeditz bei der Generaldebatte im Kultusrat zurückkommen. Er schien am Ende nicht mehr zu wissen, was er am Anfang gesagt hatte. Er sagte am Schluß: „Was jetzt geschieht, sind alles Keime, die entwicklungsgefährlich sind, aber auch der Entwicklung bedürfen, damit auch der innere Betrieb unserer Volksschulen auf die Höhe gebracht wird, damit die preussische Volksschule wieder vorbildlich wird für die Volksschulen nicht nur in Deutschland, sondern auch Europas.“ Damit ist unumwunden ausgesprochen, daß die preussische Volksschule heute keineswegs als ein Vorbild angesehen werden kann. Darin stimme ich Herrn v. Jeditz durchaus bei. Dieser Satz steht aber im Widerspruch mit seinen Ausführungen am Anfang, wo er betonte, die Volksschule sei nicht in erster Linie derufen, den Kindern die Kenntnisse beizubringen, die sie für das Leben brauchen. Alle einsichtigen Leute sind anderer Meinung. Ich verweise auf die Ausführungen Humboldts, Schleiermachers und Fichtes über die Bedeutung der Volksschule. Wenn die reaktionären Gedanken des Herrn v. Jeditz Geltung haben, dann werden wir nie das Ziel erreichen, daß die preussische Volksschule auch für das Ausland vorbildlich ist. Von dem Eintritt meiner Parteigenossen in die Schuldeputationen fürchtete Herr v. Jeditz eine Beeinflussung der Entwicklung der Volksschule. Er überschätz offenbar die Bedeutung der Schuldeputationen. Wenn er davon sprach, unser Anspruch male ihn an, also wenn der Einbrecher Zulassung zu der Klassenverwaltung verlange, so will ich auf diese

#### gesamtdulose Keimung

nicht eingehen. Jedenfalls ist es aber eine Usurpation, ein Raub, wenn die herrschenden Klassen allein den Einfluß auf die Volksschule beanspruchen, der der Gesamtheit zusteht. Auf die Dauer werden sie ihre Macht nicht behaupten können. Wir werden so lange kämpfen, bis auch den Vätern und Müttern der Volksschulkinder der ihnen gebührende Einfluß auf die Volksschule gesichert ist. Erst dann wird die Volksschule werden können, was sie sein soll, eine wahre Bildungsstätte des Volkes. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Hg. Schepf (fr. Sp.) tritt für die Zulassung der Volksschullehrer zum Unterstudium ein. In der Schaffung von Kreis- und Schulinspektoren im Hauptamt sollte ein schnelleres Tempo ein-

geschlagen werden. Die Kirche ist bisher immer eine Stiefmutter der Volksschule gewesen. (Widerspruch rechts und im Zentrum. Sehr richtig! links.) Die aus den Schreib- und Klippeschulen hervorgegangenen Volksschulen in den Städten hat die Kirche erst dann als Schulen anerkannt, als sie sich dazu verstanden, Abgaben an die Kirche zu leisten. (Hört! hört! links.) Herrn Hoffmann gegenüber bemerke ich, daß unsere Forderung der Unabhängigkeit der Schule von der Kirche noch nicht die Forderung der Entfernung des Religionsunterrichtes aus der Schule in sich schließt. Die Schule muß auch gemütsbildend wirken, und dazu ist der Religionsunterricht da. (Sehr richtig! bei den Freimüthigen.) Man beruft sich auf die Bremer Lehrer. Aber es stehen nicht alle Bremer Lehrer auf dem Standpunkte der Herren Holzmeier-Scharrelmann, und die deutsche Lehrerschaft hat einen Antrag auf Entfernung der Religion aus der Schule sogar abgelehnt. Wenn Herr Hoffmann meinte, die Lehrer würden in geheimer Abstimmung anders entscheiden, so lege ich Protest ein gegen diesen Vorwurf der Heuchelei. (Bravo! b. d. Freif. Sachsen b. d. Soz.) Die Entfernung des Religionsunterrichtes aus der Schule bedeutet in Wirklichkeit eine Kapitalisation des Staates vor der Kirche, das beweist die Tatsache, daß in Italien die äußerste Rechte dafür eintritt. (Sehr richtig! bei den Freimüthigen.) Richtig ist, daß im Religionsunterricht weniger Wert auf den Gedächtnisstoff gelegt werden müßte. Die Bibel sollte man aus der Schule entfernen, denn sie enthält tafsächlich Stellen, die ein Kind nicht lesen darf. Man sollte Schulbibeln einführen. Das Ziel aller wahren Freunde der Schule muß die Einführung der allgemeinen Volksschule bleiben. (Bravo! links.)

Hg. Stachel (Pole) wirft der Regierung vor, daß sie in den polnischen Provinzen nicht nur Germanisierungs-, sondern auch Protektionspolitik treibe. Die Lehrer werden zu Spionierdiensten gegenüber den Geistlichen veranlaßt. (Hört! hört! bei den Polen.) Die Verordnung, daß mindestens auf der Unterstufe die Kinder in ihrer Muttersprache unterrichtet werden müssen, wird nicht überall befolgt.

Ministerialdirektor Dr. Schwartzkopf: Die von den Vorrednern gegebenen Anregungen sollen geprüft werden. Herrn Stachel erwidere ich, daß auf die polnischen Katholiken von der Unterrichtsverwaltung stets die nötige Rücksicht genommen worden ist. Davon, daß wir die Lehrer zu Spionagediensten gegenüber den Geistlichen anhalten, kann keine Rede sein. Ob die Lehrer polnischer Nationalität sind, ist uns gleichgültig, aber wir verlangen, daß sie zuverlässige Diener des Königs von Preußen sind. Ich kann Herrn Stachel nur bitten, dafür zu sorgen, daß der Widerstand der polnischen Bevölkerung gegenüber den Maßnahmen der preussischen Schulverwaltung aufhöre. Die Unterrichtsverwaltung gibt sich die größte Mühe, die Volksschulverhältnisse in den polnischen Provinzen zu heben. Herrn Vorgmann stimme ich darin bei, daß es eine Aufgabe der Unterrichtsverwaltung ist, immer mehr für Herabsetzung der Klassenfrequenz zu sorgen. Wir sind aber auch in dieser Richtung immer vorgegangen. 1871 entfielen auf eine Lehrkraft 83 Kinder, 1878 61 Kinder, 1896 59 Kinder und 1906 53 Kinder. Gezielt besteht der Wunsch, noch weitere Fortschritte zu machen, aber die Steuerkraft des Volkes hat auch ihre Grenzen. Auch können diese Zustände nicht einfach durch einen Fieberfries der Unterrichtsverwaltung beseitigt werden. Durch die Aufhebung der wenigen bestehenden Zwerghschulen würde nichts gewonnen werden, man würde dann die Kinder 5—6 Kilometer weite Wege machen lassen müssen, damit sie überhaupt Unterricht bekommen könnten. Daß wir Schulbauten haben, die des Neubaus bedürfen, gebe ich zu. Aber, daß auf dem Gebiete in den letzten Jahrzehnten sehr Bedeutendes geleistet ist, wird auch Herr Vorgmann nicht in Abrede stellen können. Daß seitens der sozialdemokratischen Partei sehr energische Anstrengungen gemacht werden, um die Jugend des Volkes schon von unten auf zu ihren Bestrebungen zu bekehren, ist bekannt. In welchem Sinne das geschieht, dafür sind die Beweise wiederholt vorgebracht worden. Redner verliest einige Lieder aus dem sozialdemokratischen Turnersiederbuch. Daß eine solche Bestimmung den Kindern beigebracht wird, können wir nicht zulassen. (Abg. Hoffmann (Soz.): Die Wahrheit wollen Sie nicht zulassen?) Nein, das ist nur eine agitatorische Verheißung gegen die Einrichtungen des bestehenden Staates und es ist Pflicht der Unterrichtsverwaltung dagegen vorzugehen. (Bravo! rechts.)

Hg. Graf (fr. Sp.) nimmt den Generalsekretär Leos gegen die Angriffe des Abg. Heß in Schutz und bringt Fälle von Lehrer-mißreglungen zur Sprache. Im übrigen bleiben seine weiteren Ausführungen auf der Tribüne unverständlich.

Ministerialdirektor Dr. Schwartzkopf: Wegen Betätigung liberaler Bestimmung ist noch nie ein Lehrer durch gemäßigere Regelt worden. Dagegen halten wir es mit den Pflichten eines Lehrers nicht für vereinbar, wenn er die Bestrebungen der Sozialdemokratie fördert. Das war der Fall bei dem Lehrer Kimpel, der in Frankfurt a. M. sich mit dem sozialdemokratischen Stadtverordneten Dr. Nardz zusammengetan hat, um in einer Agitationsversammlung gegen das Volksschulunterhaltungsgesetz aufzutreten. Das ist für einen Mann, der die Pflichten eines preussischen Staatsbeamten übernommen hat, unzulässig. (Sehr richtig! rechts; Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ebenjowenig kann es die Unterrichtsverwaltung zulassen, daß die Lehrer durch Unterrichtsverteilung in den sozialdemokratischen Jugendvereinen sich mit der Sozialdemokratie in Beziehungen einlassen. (Bravo! rechts.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen. Abg. Schröder-Rassel (natl.) bedauert, durch den Schluß der Debatte verhindert zu sein, auf den Fall des Lehrers Kimpel einzugehen. (Hört! hört! links.)

Hg. Graf (fr. Sp.) bestreitet, für die Lehrer das Recht in Anspruch genommen zu haben, die Sozialdemokratie zu wirken.

Der Antrag v. Brandenstein und Kessel wird angenommen. Der Antrag Gottschall geht an die Unterrichtscommission. Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf 7 1/2 Uhr abends.

Schluß 4 1/2 Uhr.

## Auch eine Berichterstattung.

Für den französischen Syndikalismus-Konfessionsismus werden ansehnend Ausfahrwege nach Deutschland gesucht. Wertwirdigerweise gerade in einem Augenblick, wo die Eigenschaft der Bestiegenen Richtung, Vorrecht des reinen Anarchismus zu sein, der geeinigten Partei sehr fühlbar geworden ist. Immerhin, die Ware ist noch besser als die Prospekte, womit die Agentur am deutschen Platz für sie Stimmung machen will. Ein nettes Exemplar davon findet sich unter dem Titel „Der Weg zur Macht“ in der Chemnitzer „Volkstimme“. Der Pariser Korrespondent dieses Blattes sucht in diesem „Kadaver“ zum Parlestage in St. Etienne“ die Gründe, warum sich die Lage der Partei verschlechtert hat, und er findet sie im „rückwärtslosen Eingreifen des Genossen Herbö und in der Haltung des Genossen Guesde“. Herbö ist in der Tat so rückwärtslos, sich von seinen alten Pflegevätern nicht an die Kette legen lassen zu wollen; seine freie Willkür sträubt sich gegen eine bloße Wabenheiratsrolle. Aber wie kommt Guesde zu der ihm von dem Korrespondenten der „Volkstimme“ vorgehaltenen Schuld? Vor allem, inwiefern kann seine Haltung auf dem Parlestage die Ursache der ungünstigen Parteizustände sein, wovon doch die Refusallosigkeit und Trübseligkeit des Kongresses nur der Ausdruck ist? Der Korrespondent verlagert eine solche Frage, da ihm offenbar Kongresscouloirgeschichten bedeutender erscheinen als die Methoden des täglichen Kampfes, und erklärt, das Unheil komme von der Annäherung der Guesdisten an die Herböisten. Natürlich fordert diese überraschende Mitteilung eine Erklärung, da doch gerade der Kampf Guesdes und seiner Freunde gegen Herbö und

seinen bunten Anhang notorisch ist. Er gibt also zunächst eine Charakteristik der Vergangenheit: Die Guesdisten suchen seit zwei Jahren Herbo aus der Partei zu drängen, während dagegen Jaurès und Vaillant ihn hielten, erstens weil hinter Herbö zahlreiche tüchtige Elemente stehen, die nur ihre Sturm- und Drangzeit durchmachen, dann auch, weil Herbö mit ihnen gegen Guesde für die Autonomie der Gewerkschaften und für die antimilitaristische Agitation gegen den Krieg eintrat. Wir sehen davon ab, daß das Verdienst, das sich Jaurès und Vaillant durch die Rettung Herbös erworben haben, nicht einmal dem Korrespondenten überwältigend scheint, da er selbst weiterhin darüber jammert, daß Herbö die Einmütigkeit in der Partei zertrümmert habe und sich dessen noch rühme. Wie soll man aber die Behauptung bezeichnen, daß die Autonomie der Gewerkschaften und die antimilitaristische Agitation gegen den Krieg gegen Guesde habe erfordern werden müssen? Hier treibt der syndikalistische Eifer den Korrespondenten zur Sabotage der Wahrheit. Guesde hat niemals die Autonomie der Gewerkschaften anstreben wollen. Was er und seine Freunde anstrebten, war die Anbahnung gelegentlicher Vereinbarungen von Partei und Gewerkschaft über gemeinsame Interessen — Vereinbarungen, wie sie z. B. in Deutschland zwischen Parteivorstand und Generalkommission getroffen werden und auch in Frankreich selbst tatsächlich an vielen Orten hergebracht sind. Auch die Mehrheit der Parteitage von Limoges und Rancy hat nicht eigentlich gegen die Vorschläge, sondern gegen vermutete Hintergedanken der Guesdisten diskutiert. Was der Korrespondent aber über die antimilitaristische Frage sagt, ist durch die zweideutige Formulierung geradezu eine Unanständigkeit, die ihr Gegenstück nur in der Manier findet, womit der „Tempo“ die erwähnte Kooperation von Jaurès und Herbö gegen Jaurès ausbeutet. Die deutschen Leser der Korrespondenz sollen glauben, Genosse Guesde habe den Militarismus und die Agitation gegen den Krieg bekämpft. In Wahrheit ist Guesde nur gegen den Herbö'schen Antipatriotismus und gegen die Festsetzung von Generalfireil und Insurrektion für den Kriegsfalle eingetreten — Anschauungen, deren fortgesetzte Propaganda der Korrespondent jetzt selbst als konfus bezeichnet. Und als bestes Mittel gegen den bürgerlichen Militarismus und Chauvinismus hat er den Kampf des organisierten Proletariats um die Staatsgewalt hingestellt, dessen Vorbedingung die von allen ideologischen Seitenzweigen freie sozialistische Erziehung des Proletariats ist.

Nachdem sich der Korrespondent der „Volkstimme“ für seine Zwecke einen Guesde der Vergangenheit konstruiert hat, fällt er sich nun einen Guesde der Gegenwart zurecht: „Auf dem Kongress von St. Etienne erklärte Guesde sich selbst für einen Insurrektionellen, für einen Unständlichen und wiederholte unter dem stürmischen Beifall der Herböisten, daß seiner Meinung nach die kapitalistische Gesellschaft mit Gewalt niedergeschlagen werden müsse. Da Guesde Herbö nicht ausschließen konnte, sucht er den Anstoß an ihn.“ Welch niedlichen Tafsenspielerei! Guesde hat sich in der Tat in einer Unterbrechung von Herbös Rede als Insurgenten bekannt. Aber in dieser Unterbrechung hat er seinen Standpunkt in geradezu klassischer Prägnanz definiert. Was sagte er? Herbö will eine fortgesetzte Agitation mit Generalfireil und Insurrektion als Ziel, für ihn ist das Proletariat die Klasse, die die Legalität brechen und die gewalttätige Lösung provozieren soll. Guesde vertrat genau den entgegengesetzten Standpunkt! An geschäftlichen Beispielen zeigte er, daß es immer die herrschende Klasse ist, die den Boden der Gesellschaft verläßt und in einem Genossenschaftlichen letzten Rettungsversuch unternimmt. Herbö will den fortgesetzten Putz, er verwirft die parlamentarische Aktion, Guesde vertritt im Gegenteil die möglichste Ausnutzung des allgemeinen Stimmrechts. Für Herbö ist die Insurrektion eine Taktik, für Guesde ein unvermeidliches historisches Resultat. Und der Korrespondent der „Volkstimme“ nennt das „im Grunde dieselben Anschauungen“. Wer mag ihm in die Tiefen dieses „Grundes“ nachdringen?

Doch am Ende hätte er die Entschuldigung für sich, daß er in St. Etienne nicht anwesend war und die Guesdistische Intervention auch nicht aus einer wörtlichen Wiedergabe, wie sie der „Tempo“ gebracht hat, kennt. Aber die mala fides liegt zutage, wenn er als Beispiel für den „Anschluß“ Guesdes an Herbö anföhrt, daß sich Guesde mit keinem Wort der Wahl Herbös und seines Bestimmungsgenossen Robert in die Verwaltungskommission widersetzt habe. Der Parteivorstand wird nämlich auf Grund der Proportionalvertretung zusammengesetzt und jede Richtung macht ihre Vertreter namhaft. So lange die Insurrektionellen in der Partei gebildet werden, haben sie Anspruch darauf, in der Verwaltungskommission vertreten zu sein. Daß sie aber gebildet werden, ist nicht das Werk der Guesdisten. Gerade der Guesdist De la Porte hat die Ausschließung Herbös — wie auch Bretons — beantragt. „Mit keinem Wort widerlegt“ haben sich der Wahl der Insurrektionellen auch jene Genossen, die im Korrespondenten einen — von ihnen wirklich nicht verdienten — Ritter gefunden haben. Wenn den Syndikalisten und ihren Freunden die Anwesenheit der Insurrektionellen in der Verwaltungskommission unangenehm ist, so war es doch ihre Sache, einen anderen Wahlmodus zu beantragen und die Vertagung der Diskussion über das Organisationsstatut zu verhindern, umsonst, als sie die Mehrheit hatten. Sind die Syndikalisten durch die freiwilligen Helfer, die sie in der Partei gefunden haben, der „direkten Aktion“ so entzöhnt worden?

Es handelt sich uns an dieser Stelle um eine Klarstellung der Anschauungen, die sich auf dem Kongress kundgegeben haben, nicht um eine Rechtfertigung der tafslichen Kombinationen, die von der einen und der anderen Seite versucht worden sein mögen. Ob die Möglichkeit, den Parteistörenfriede Breton zu beseitigen, ein momentanes Zusammengehen von Guesdisten und Herböisten gerechtfertigt hätte, wollen wir nicht beurteilen, also auch durch die so zahlreichen, ehedem und auch wohl jetzt noch auf anderer Seite kombinierter Majoritätsbildungen nicht als entschieden ansehen. Was sich auch eine Reizung, die Situation in diesem Sinne anzunehmen, geregt haben, so bleibt es darum doch eine wenig geistreiche Vorheit, zu behaupten, Herbös Einfluß sei momentan „nicht zuletzt mit guesdistischer Hilfe“ gestiegen. Wenn jemand daran die Schuld trifft, so doch eher diejenigen, die der Parole der Anarchisten, die Sektionen der Seine-Föderation zu befehlen, gleichmütig gegenüberstanden und schließlich sogar die berühmte Einmütigkeitsresolution von Toulouse nachträglich auf das Maß der anarchisierenden Antiparlamentarier zugeschnitten haben.

Und wie seine Freunde den Toulouser Beschluß anarchisierend zugeschnitten haben, so schneidet der Korrespondent ihre syndikalistischen Formeln für den Chemnitzer Abfah deutsch-revisionistisch zu: „So wohl Herbö wie Guesde erstreben die bequeme, mehr oder weniger katastrophale „Eroberung der politischen Macht“, das heißt der Staatsgewalt, während die Syndikalisten und mit ihnen Jaurès und Vaillant den Sieg allein von der ständigen, täglichen, immer sich erneuernden Aktion der ganzen Arbeiter-

Klasse in allen ihren Klassenorganisationen erhoffen."

Die „Vollstimme“ drückt diesen Satz fett, aber die — Hauptthesen ihres Korrespondenten sind wie Hamlet nicht nur fett, sondern auch kurz von Atem. Von der bequemen Methode Queedes haben wir oben gesprochen, aber wo bleibt bei der „ständigen, täglichen Aktion“, die allein den Sieg bringen soll, der revolutionäre Generalstreik, den die Mehrheit von Vornahme als Ziel der proletarischen Aktion anerkannt hat? Jener berühmte „expropriierende“ Generalstreik, der nach der Meinung vieler der Partei angehöriger Syndikalisten der vorübergehenden „Aktion der ganzen Arbeiterklasse“ gar nicht bedarf und das Werk der „intelligenten, entschlossenen Minoritäten“ sein soll? Und warum sagt der Korrespondent nichts von der sich bis zur Ablehnung steigenden Geringschätzung der parlamentarischen Aktion auf Seiten seiner Freunde? Und von der in ihren Kreisen oft geäußerten Meinung, daß die politische Partei eigentlich überflüssig sei oder werde und am besten im revolutionären Gewerkschaftertum aufgehen sollte? Kleine Verschiebungen mögen im Rohhandel üblich sein, aber ihre Einführung in den Informationsdienst der sozialistischen Presse dürfte wenig erfreulich sein. Es ist wohl nicht ausgeschlossen, ja sogar wahrscheinlich, daß die syndikalistischen Sympathien der französischen Parteimehrheit zu gegebener Zeit wieder in einen ausgeprägten Reformismus umschlagen, aber es ist nicht gut, zwischen Gegenwart und Zukunft eine Brücke aus luftigen Behauptungen zu schlagen.

## Im Mai vor 20 Jahren.

### Ein Gedenktag der Bergarbeiter.

Am 3. Mai 1889, also vor 20 Jahren, löste die Empörung über die schauerhaften Arbeitsverhältnisse im Ruhrbergbau einen Streik aus, der mit Blüheschnele das ganze Revier erfaßte, zu einem Niebenaustande sich auswuchs.

Die Öffentlichkeit hatte keine Ahnung von der nahenden Katastrophe; man stand wie vor einem Rätsel, als plötzlich von über 110 000 Mann zählenden Gesamtbelegschaft wie auf Kommando fast 100 000 die Arbeit niederlegten. Auf den Gruben Königsgrube, Christian Levin und König Ludwig setzte die Bewegung ein, am 5. Mai schlossen sich die Belegschaften der fünf Zechen Konsolidation, Graf Bismarck, Prosper, Unser Fritz und Pluto an. Und wenige Tage später räumte kein Schornstein und kein Schlot mehr, so daß bald die Hüttenwerke ihre Betriebe einstellen, die Hochöfen ausblasen mußten. Der Streik ergriff auch bald die anderen Bergbaubezirke. Im Saarrevier, im Wurmrevier, in Ober- und Nieder-Schlesien, im Zwickauer Revier, selbst in Belgien und Desterreich legten die Bergleute die Arbeit nieder.

Lange schon brodelte und grollte es in der Tiefe; es bedurfte nur eines Anstoßes und die jahrelang aufgeschichtete Empörung, verästelter Jorn über menschenwürdige Behandlung, über vergebliches Bitten um besseren Lohn mußte mit elementarer Gewalt sich Geltung verschaffen. Den äußeren Anlaß zu der Katastrophe gaben schwere Mißhandlungen, mit denen Vorgesetzte auf jede Gelsenkirchener Schleppe und Pferdeträger regierten. Die Gemarterten legten die Arbeit nieder. Da erschien auf Anruf der Zechenverwaltung ein Polizeiaufgebot, das die Streikenden einfach in die Grube hineintreiben sollte. Das wirkte wie ein Funke ins Pulverfaß. Die ältesten Leute kommandierten: Streik! Und der Aufstand Wiberhall, vieltausendfältig!

Die schwersten Verbrechen waren in den letzten Jahrzehnten gegen die Bergleute verübt, als schlimmstes wurde empfunden der Raub der Achtstundensicht. An ihre Stelle war der neun-, zehn-, ja elfstündige Arbeitstag getreten.

Der wirtschaftliche Zusammenbruch im Jahre 1873, der Deutschlands tollste Gründerperiode ablöste, brachte für die Bergleute eine Zeit der Entrechtung und Sklaverei. Zeitweise verdienten hauer höchstens 60 M. pro Monat. Tausende Knappen konnten im Afford nicht mehr als 1,50 Mark pro Schicht verdienen. Monatslöhne von nur 35 Mark waren durchaus keine Seltenheit. Auf sehr vielen Zechen war das Trudhsystem eingeführt worden. Die Bergleute holten ihre Lebensmittel und Waren aus den den Gruben gehörenden Konsumanstalten, erhielten fast nie bares Geld ausbezahlt. Die natürliche Folge dieses Trudhsystems war Korruption, in dessen Sumpf Beamte und Arbeiter zu ertrinken drohten. Ein Schmierystem rih ein, wie man es im Saarrevier kaum gekannt hat. Beschwerden wurden nicht beachtet, oder mit dem — Gummihschlauch „beantwortet“, der fast überall neben dem Puht des Obersteigers oder Betriebsführers hing. Das Mißbrauchssystem, das ungerechte Strafen und Rullen, unheilvolle Knappschastsverhältnisse usw. trugen dazu bei, den Groll der Bergleute zu steigern.

Es bestand keinerlei Absprache über irgendwelche Schritte zur Abwehr der Mißstände, und doch mußte jeder Bergmann bei der Streiknachricht aus Gelsenkirchen: jezt heißt es einig sein; jezt muß der Kampf gewagt werden! Die Knappenvereine hatten für Juni einen Delegiertentag nach Dorstfeld einberufen, um über etwa zu unternehmende Schritte zu beraten. Die Beratung wurde durch die sich überzierenden Ereignisse überflüssig.

Am 3. Mai begann der Streik, schon am 5. Mai war Militär im Ruhrrevier; an manchen Orten traf es vor der Arbeitsniederlegung ein. Bald glück das ganze Ruhrrevier einem großen Heerlager. Die Regierung war durch die Provinzialbehörden völlig falsch informiert, und man sah in den Streikenden nur Rebellen und Verbrecher. Der in Dortmund liegende kommandierende General berichtete auf Anfrage nach Berlin: „Im Ruhrrevier ist alles ruhig, nur die Behörden sind unruhig!“ Trotz dieses nächsternen, verständigen Urteils, das — zu Mäßigungen hätte mahnen sollen, hat das Draufgängertum junger, schneidiger Offiziere schwere Zusammenstöße provoziert, so daß Arbeiterblut in Strömen floß. Auf Reche Kollie bei Gladbeck gab das Militär eine Salve auf Bergleute ab: sieben Arbeiter wälzten sich am Boden, drei waren tot, vier schwer verletzt. Bei einem Zusammenstoß an der Berghalde der Zeche Schleswig bei Affeln wurden zwei Arbeiter und eine Frau erschossen, dazu sechs weitere Arbeiter schwer verletzt. In Bochum stürzte auf der Wahnstraße ein junger siebzehnjähriger Leutnant mit seiner Abteilung vor, plötzlich bemerkte er ein Gerdränge, gleich ließ er eine Salve abfeuern. Wiederum lagen tote und verwundete am Boden. Der schneidige Herr Leutnant glaubte sich durch Bergleute bedroht und ließ in eine Menge Reisender hineinfeuern, die eben mit dem Zuge eingetroffen, den Wahnhof verließen.

Das Bürgerium sympathisierte mit den Streikenden. Aus der Reihe der Bürger kam auch der Vorschlag, eine Deputation an Wilhelm II. zu entsenden. Der Vorschlag fand Anklang und die Bergarbeiter Ludwig Schröder, Friedrich Wunte und August Siegel wurden mit der Aufgabe betraut, die Forderungen

der Bergleute in Berlin zu vertreten. Wilhelm II. hielt die Bekannte Rede, in der er sagte, er werde die Wünsche der Bergleute prüfen lassen, er erwarte aber, daß die Bergarbeiter sich sozialdemokratischen Einflüssen fernhalten würden. Jeder Sozialdemokrat sei ihm gleichbedeutend mit Reichs- und Vaterlandsfeind. Merke er, daß sich sozialdemokratische Tendenzen in die Bewegung mischten, so werde er mit unnaßsichtlicher Strenge einschreiten und seine volle Gewalt in Anwendung bringen.

Den Unternehmern, die sich beiläufig Wilhelm II. für ihre Sache zu gewinnen, sagte er:

„Ich möchte Sie bitten, dafür Sorge zu fragen, daß den Arbeitern Gelegenheiten gegeben werde, ihre Forderungen zu formulieren und sich vor allen Dingen immer vor Augen zu halten, daß diejenigen Gesellschaften, welche einen großen Teil meiner Untertanen beschäftigen und bei sich arbeiten lassen, auch die Pflicht dem Staate und den beteiligten Gemeinden gegenüber haben, für das Wohl ihrer Arbeiter nach besten Kräften zu sorgen, und vor allen Dingen dem vorzubeugen, daß die Bevölkerung einer ganzen Provinz wiederum in solche Schwierigkeiten verwickelt werden. Es ist ja menschlich und natürlich, daß jedermann versucht, sich einen möglichst günstigen Lebensunterhalt zu erwerben. Die Arbeiter lesen Zeitungen und wissen, wie das Verhältnis des Lohnes zu dem Gewinn der Gesellschaften steht. Daß sie mehr oder weniger daran teil haben wollen, ist erklärlich. Deshalb möchte ich Sie bitten, daß die Herren mit dem größten Ernst die Sachlage jedesmal prüfen und womöglich für fernere Zeiten dergleichen vorzubeugen suchen.“

Die Unternehmer dachten keinen Augenblick daran, diese Ratsschläge zu befolgen.

Vergleichsverhandlungen wurden angebahnt, an welchen sich die drei Delegierten der Bergarbeiter Dr. Hammacher, der Vorsitzende des Bergbaulichen Vereins und die freistündigen Abgeordneten Schmidt und Baumbach beteiligten. Es kam das sogenannte Berliner Protokoll zustande, das wohl zur Grundlage eines ehrlichen Friedens hätte dienen können, wenn die „ehelichen Männer“ des Bergbaulichen Vereins (Worte des Dr. Hammacher) nicht die „ehelichen Absichten“ gehabt hätten, die Bergleute zu überdüpeln. Durch das Berliner Protokoll wurde z. B. bestimmt:

„In die achtstündige Normalschicht wird die Einfahrt und Ausfahrt nicht mit eingerechnet. Die Einfahrt wie die Ausfahrt sollen in der Regel jeweilig nicht länger als eine halbe Stunde dauern. Jedensfalls sind Einfahrt und Ausfahrt so zu ordnen, daß der Bergmann nicht länger als acht Stunden unter Tage bleibt.“

Diese Bestimmung erhielt durch Beschluß der Grubenbesitzer-Versammlung in Essen folgende Fassung:

„Die normale Dauer der Schicht unter Tage ist acht Stunden und es soll streng gehalten werden, daß diese Zeit vom Schluß der Einfahrt bis zum Beginn der Ausfahrt nicht überschritten wird. Es wird also in die achtstündige Schicht die Einfahrt wie Ausfahrt nicht mit eingerechnet. Die Einfahrt wie Ausfahrt soll jeweilig in der Regel nicht länger als eine halbe Stunde dauern.“

Die Delegierten der Bergleute vermuteten, daß diese Abänderung eine Hinterhältigkeit bedeute, und sie betonten nochmals, die Schicht unter Tage dürfe nur acht Stunden und die Ein- und Ausfahrt nur eine halbe Stunde dauern. Darauf wurde für den 21. Mai die Wiederanfahrt beschlossen. Bald stellte sich heraus, daß die Bergleute betrogen worden waren. Es sollte bei der neunstündigen Schicht bleiben. Nach Wiederaufnahme der Arbeit sollte auch mit den Bergleuten sofort in Verhandlungen über die Lohnerhöhung eingetreten werden. Auch darin sahen sich die Bergleute getäuscht. Dieselben Herren, die sich vordem so sehr über den Kontraktbruch der Bergleute entrüstet hatten, machten sich jezt des schmachlichsten Vorbruchs schuldig. Abermals legten die Belegschaften im Dortmund, Bochumer und Gelsenkirchener Revier die Arbeit nieder. Es war aber nur ein Aufklacken von nicht langer Dauer. An der Spitze der Streikbewegung stand jezt ein Hans Weber, ein Parteigänger des Zentrums, eine doppelzählige Natur, der abends den Unternehmern die Anfahrt zusicherte und in den Versammlungen der Bergleute den „Krieg bis aufs Messer“ predigte. Durch das Treiben Webers griff Mißtrauen plag und langsam ging der Streik zur Reize. Deshalb forderten am 29. Mai die bekannten Dortmunder Delegierten zur Wiederaufnahme der Arbeit auf. Am 1. Juni war der Ausstand erloschen. So war anscheinend der Streik erfolglos und unheilvoll zu Ende gegangen. Aber nur anscheinend. Schon der Streik an sich war ein Erfolg. Die Bergarbeiter waren sich ihrer Menschenwürde bewußt geworden. Der Streik hatte das Zusammengehörigkeitsgefühl gestärkt und das Klassenbewußtsein geweckt. Der Gedanke, eine Berufsorganisation, einen Bergarbeiterverband zu gründen, fand lebhaften Anklang und wurde schon bald, auf einer Delegiertenversammlung am 18. August 1889 in Dorstfeld, verwirklicht. Im nächsten Jahre fand in Halle der erste deutsche Bergarbeiterkongreß statt; ein Verband für ganz Deutschland wurde gegründet. Die junge Organisation mußte schwere Kämpfe führen um ihre Existenz, jezt hat sie sich zu einer stürmerprobten, achtunggebietenden Macht entwickelt. Im Jahre 1887 hatte die Sozialdemokratie bei der Reichstagswahl im Wahlkreis Dortmund erst 214 Stimmen aufgebracht; 1890, im Jahre nach dem großen Streik, vermehrte sich die Stimmenzahl um das Fünffache, auf 10422. Das Zentrum war überflügelt, die Sozialdemokratie stand an zweiter Stelle und kam mit den Nationalliberalen in die Stichwahl, die uns 17014 Stimmen brachte. Das liberale Mandat wurde für ungültig erklärt und nun rückte in der Ersatzwahl die Sozialdemokratie mit 15 370 Stimmen an die erste Stelle. Ehe die Stichwahl erfolgen konnte, wurde der Reichstag (1893) aufgelöst; unsere Stimmenzahl stieg auf 17 170. Bei der nächsten Wahl im Jahre 1895 — das liberale Mandat war wieder einmal für ungültig erklärt worden — eroberte die Sozialdemokratie das Mandat. Wie man sieht, auch die Erfolge der Sozialdemokratie datieren seit 1889. Die große Masse der Bergarbeiter weiß, daß es ohne Ueberwindung des Kapitalismus keine Befreiung geben kann und daß die Befreiung erfolgen muß durch die Sozialdemokratie.

## Stadtverordneten-Versammlung.

17. Sitzung vom Donnerstag, den 6. Mai 1909, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsteher-Stellvertreter Cassel eröffnet die Sitzung nach 5½ Uhr mit einem Nachruf für den vorgestern verstorbenen Stadtkassenführer Stadtrat Ball.

Der Vorsteher ist auf einen Monat beurlaubt. Eine Reihe weiterer Urlaubsanträge gelangt zur Verlesung.

In die gemischte Deputation zur Beratung von Maßnahmen zur günstigeren Bekalung des Markballeunternehmens sind auch die sozialdemokratischen Stadtverordneten Ewald und Dinke gewählt worden.

Es findet zunächst die Wahl von zwei Mitgliedern des Kuratoriums für das Bestattungswesen statt. Gemeldet waren die Stadtverordneten Kanasse (Soz.), Galland (N. L.), Wolke (Fr.)

(Fr.). Wie der Vorsteher mitteilt, hat Stadtr. Galland seine Meldung zurückgezogen; Stadtr. Kommen (Fr.) schlägt ihn trotzdem zur Wahl vor. Es muß daher zur Teilwahl geschritten werden.

Vor nahezu einem Jahre trat die durch den noch aus dem Jahre 1907 stammenden Antrag Arons (Soz.) in Fluß gebrachte Materie der Neuregelung des städtischen Submissionswesens ins Stadium der Ausschussberatungen. Am 14. Mai 1908 wurde für die Magistratsvorlagen betr. die neuen Geschäftsanteile der Hoch- und Tiefbau-Deputation, sowie die allgemeinen Vertrags- und die Bedingungen ein Ausschuss eingesetzt, dem auch der Antrag Arons mit überwiesen wurde. Von Oktober bis Dezember 1908 hat der Ausschuss in sieben Sitzungen seine Beratungen zum Abschluß gebracht und vom Stadtr. Straß (N. L.) einen sehr umfangreichen Bericht erhalten lassen. Als dieser endlich am 28. Januar 1909 auf die Tagesordnung des Plenums kam, lag eine Zuschrift des stellvertretenden Arbeitgebers in den Baugewerben Groß-Berlins vor, welche die Ausschussbeschlüsse in nicht weniger als 15 Punkten beanstandeten und Gegenorschläge machten. Den Freunden dieser korrekten Verbände in der Besammlung gelang es, die Zurückweisung der Sache an den Ausschuss durchzusetzen, dem dann das spezialisierte Gesuch des stellvertretenden Arbeitgebers noch ein Gesuch gleicher Tendenz des Verbandes der Deutschen Tiefbauunternehmer zur Prüfung zuging. In zwei weiteren im Laufe des März abgehaltenen Sitzungen hat sich der Ausschuss damit befaßt; in allen wesentlichen Teilen sind die verlangten Abänderungen abgelehnt worden. Die Ausschussanträge gehen dahin:

1. Den Geschäftsanteile für die beiden Deputationen mit einigen Änderungen zuzustimmen;

II. Von den Geschäftsanteile für die Vorsteher der Hoch- und Tiefbauämter, sowie von den allgemeinen Vertrags- und den Bedingungen Kenntnis zu nehmen unter gleichzeitiger Neuerung folgender Abänderungsvorschläge:

a) Unternehmer, welche 1. die zwischen den Organisationen der betr. Berufe der Arbeitgeber und Arbeitnehmer vereinbarten Tarife über Lohnhöhe, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen nicht einhalten, oder

2. da, wo solche Tarife in den betr. Vereinen nicht bestehen, nicht die im Gewerbe ortsbüchlichen Löhnen zahlen oder die ortsbüchliche Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen nicht einhalten,

3. ganz oder teilweise ihnen übertragene Arbeiten in Strafanzustalten aufzertigen lassen, von der Uebernahme städtischer Arbeiten und Lieferungen auszuschließen;

b) den § 28 der Allgemeinen Vertragsbedingungen dahin zu ändern, daß bei Streitigkeiten aus Werk- und Lieferungsverträgen Schiedsgerichte an Stelle der ordentlichen Gerichte entscheiden sollen, wie dies im § 29 der Staatsbauverträge vorgesehen ist;

c) ein Ortsstatut vorzulegen, durch welches den Magistrats- und Stadtbauinspektoren in den Sitzungen der Deputationen das Stimmrecht nach Analogie der Magistratsräte und Magistratsassessoren erteilt wird;

d) dafür Sorge zu tragen, daß auf städtischen Bauten zur ersten Hilfe bei Unglücksfällen ein Kasten mit Verbandsmaterial an einer zugänglichen und staubfreien Stelle aufgestellt werde;

e) in die Geschäftsanteile Bestimmungen aufzunehmen, wonach die Nebenanzfertigungen der Tagelohnrechnungen dem Unternehmer innerhalb drei Wochen zurückzugeben sind, damit er hierüber zu erkennen vermöge, ob seine Rechnung zur Zahlung angewiesen oder beanstandet sei, und noch ferner für die Anweisung von Abschlagszahlungen eine Frist von 14 Tagen nach Einreichung eines prüfungsfähigen Antrages einzuhalten ist.

Der Antrag Arons und die erwähnten Eingaben sollen mit der Beschlußfassung über die Vorlagen erledigt sein.

Stadtr. Kettig (N. L.): Keine Freunde werden die Ausschussanträge annehmen; ich selbst, als Mitunterzeichner der Eingabe, hätte noch weitergehende Wünsche, da mich die Ausschussbeschlüsse nicht voll befriedigen. Vor allem hätten wir gern die Streiklausel und das Schiedsgericht in die Verträge hineingebracht und werden in dieser Richtung weiter tätig sein. Im Anschluß haben gerade die Sozialdemokraten die Arbeitgeber auch bei ihren berechtigten Wünschen im Stich gelassen.

Stadtr. Körte (Fr. Fr.) empfiehlt dem Magistrat den Ausschussantrag wegen der Verleihung des Stimmrechts an die Magistrats- und Stadtbauinspektoren zur Berücksichtigung, damit endlich die technischen Mitglieder den juristischen in den Deputationen gleichgestellt werden.

Oberbürgermeister Kirchner: Eine bezügliche Vorlage ist in Vorbereitung.

Eine weitere Debatte entsteht nicht; die Vorlagen werden nach den Ausschussanträgen en bloc fast einstimmig angenommen.

Der Vorsteherstellvertreter Cassel teilt mit, daß bei der vorhin vorgenommenen Wahl nur 60 Mitglieder einen Zettel abgegeben haben. Es sei zweifelhaft, ob die Wahl gültig erfolgt sei, da zur Beschlußfähigkeit 73 Mitglieder gehören. Nach seiner persönlichen Auffassung komme es nicht auf die Zahl der abgegebenen Zettel, sondern auf die Zahl der Anwesenden an. Diese sei nicht festgestellt, jedoch auch an der Beschlußfähigkeit kein Zweifel erhoben worden. Die Frage sei aber freitig.

Stadtr. Singer (Soz.): So kann nach meiner Meinung die Geschäftsordnung nicht angelegt werden. Der Vorsteher schließt daraus, daß kein Zweifel an der Beschlußfähigkeit ausgesprochen worden ist, daß die Versammlung beschlußfähig war. Dieser Schluß ist recht zweifelhaft; es mühten sich dann doch einige Mitglieder der Abstimmung enthalten haben. Mindestens muß man doch verlangen, daß für das Zustandekommen eines gültigen Beschlusses, der sich in Zahlen ausdrückt, die Beschlußfähigkeit gewahrt ist. Weber hier noch in anderen Parlamenten ist nach meiner Erfahrung eine Wahl, wo die beschlußfähige Zahl nicht mitwirkt, für gültig erklärt worden. Eine Wahl soll doch der Ausdruck der Mehrheit einer Versammlung sein. Nach meiner Auffassung mühte also nochmals gewählt werden.

Stadtr. Cassel: Es handelt sich hier auch um die Rechte der Gewählten. Sind wir alle der Meinung, daß wir die Wahl wiederholen müssen, so würde ich von einer förmlichen Abstimmung Abstand nehmen; widerspricht jemand, dann würde ich zur Abstimmung schreiben.

Es wird Widerspruch gegen die Wiederholung der Wahl nicht eingelegt; die vorgenommene Wahl wird als ungeschehen betrachtet. Die Wahl soll in der nächsten Sitzung wiederholt werden.

Die Sommerferien der Versammlung werden auch in diesem Jahre die Monate Juli und August umfassen.

Dem feinergezt von der Mehrheit angenommenen Antrag auf Einsetzung einer gemischten Deputation zur Beratung des Antrags Dr. Gelpke wegen Errichtung besonderer Abteilungen für zahlende Kranke in den städtischen Krankenhäusern ist der Magistrat beigetreten.

Stadtr. Jacobi (N. L.) rügt, daß der Magistrat sich mit diesem Beschluß 2½ Monate Zeit gelassen hat, und ersucht ihn, schneller zu arbeiten.

Die innere Ausschmückung des Rathauses soll durch Ausstattung der Vorhalle zum Sitzungssaal der Stadtverordneten mit Möbeln und Teppichen vervollständigt werden; die veranschlagten Kosten betragen 18 720 M.

Die Vorlage wird ohne Debatte angenommen. An der Paulstraße soll vom Eisenbahnfiskus ein Gelände von 85 200 Quadratmeter für 81,15 M. pro Quadratmeter zur Errichtung von Großmarkthallen für den Obst- und Gemüsehandel erworben werden. Der Fiskus hat den Verkauf davon abhängig gemacht, daß die Stadt die Heideströme und die Döberitzer

Strasse einzieht und der Eisenbahnüberführung für ihre Zwecke als Ersatz überreicht. Die Kosten für den Erwerb der Grundstücke an diesen Straßen soll die Stadt zur Hälfte, d. h. mit 2 1/2 Millionen Mark tragen, so daß der Erwerb des neuen Markthallengeländes am Lehrter Güterbahnhof sich auf zirka 8 1/2 Million Mark stellt.

Stadtv. Dohrenfurth (Fr. Fr.): Der Eisenbahnanschluss mutet uns hier ganz unumgängliche Bedingungen zu. Der Eisenbahnanschluss für die Halle soll uns bloß auf 30 Jahre gesichert sein, da der Fiskus den betreffenden Terrainstreifen möglicherweise für die Erweiterung der Stadtbahn gebraucht. Für die Haldestraße sollen wir ganze 15 M. pro Quadratmeter bekommen, aber die Häuser dort mit erwerben helfen, so daß uns mit der Rente doppelt und dreifach genommen wird, was er mit der Rente gibt. Damit scheint mir die Vorlage ziemlich aussichtslos. Ich beantrage, die Vorlage an einen Ausschuss zur Bestätigung zu überweisen. (Heiterkeit.)

Stadtv. Dr. Preuß (soz.-fortschr.): Die Vorlage ist vom ersten bis zum letzten Buchstaben unannehmbar; der Vertrag ist ein Musterbeispiel für eine societas leonina. Selbst von aller Rentabilität abgesehen, soll ein exorbitant hoher Preis gezahlt werden; wir wissen nicht einmal welchen; man muß ihn als x bezeichnen. Der Magistrat kann nämlich gar nicht sagen, wieviel Zuschlag zu den Kosten noch kommen wird. Das Terrain für das Anschlußgleise soll uns zwar auf 30 Jahre, aber nur gegen halbjährliche Kündigung gegeben werden! Was dann, wenn diese Kündigung erfolgt? Wo bringen wir denn die Anschlußgleise hin? Der Fiskus muß in wunderbarer Weise die Kollage der Stadt aus. Da uns eine absolute Sicherheit für die Ruhbarmachung des Terrains nicht gegeben ist, können wir auf die Vorlage nicht eingehen, auch wenn man kein Ersatzterrain weiß. Die Lage am Lehrter Güterbahnhof ist für den ganzen Osten Groß-Berlins auch keineswegs günstig. Vielleicht läßt sich die Halle mit unserem städtischen Hofenprojekt in eine Verbindung bringen.

Oberbürgermeister Kirschner: In diesem Stadium der Beratung empfiehlt es sich wohl kaum, schon so eingehend die Sache zu erörtern. Die Vorlage ist für die ganze weitere Entwicklung von Berlin von ungemainer Wichtigkeit. In dem Ausschuss werde ich auf die heute gemachten Einwendungen zurückkommen, die dann wohl nicht mehr werden aufrechterhalten werden. Ich bitte Sie, die Vorlage in dem Ausschuss nicht zu bestreiten, sondern eingehend zu prüfen.

Stadtv. Labowitz (N. L.): Spricht sich für Ausschussberatung aus.

Stadtv. Hinge: Die unerhörten Zumutungen des Fiskus unter Ausnutzung der Kollage der Stadt sind ja schon gebührend beleuchtet worden. Die Stadt hat aber andererseits doch die Pflicht und Schuldigkeit, für gute und billige Ernährung der Bevölkerung Sorge zu tragen, und das kann nur durch Erleichterung der Zufuhr erfolgen. Die Unzulänglichkeit unserer jetzigen Markthalleinrichtung ist längst nachgewiesen. Die Markthallenverwaltung hat sich auch nach anderen Terrains umgesehen, aber leider nichts Besseres gefunden. Im Interesse unserer Bevölkerung bitte ich um Prüfung der Vorlage in einem Ausschuss.

Stadtv. Sachs (N. L.): Ich kann mich dem Vorredner nur anschließen.

Die Vorlage geht an einen Ausschuss.  
Die Kur- und Verpflegungskosten in den städtischen Krankenhäusern will der Magistrat bekanntlich von 250 M. pro Kopf und Tag auf 3 M. für einheimische, 3,50 M. für nicht in Berlin wohnende Kranke vom 1. Juli cr. ab erhöhen, und beruft sich dafür auf den Vorgang der staatlichen und stiftlichen Krankenhäuser. Für nicht in Berlin wohnende Kranke, deren Wohnortsgemeinde einen höheren Satz berechnet, soll ein gleich hoher Satz erhoben werden.

Stadtv. Dr. Mugdan (N. L.): Die Vorlage macht keinen sehr angenehmen Eindruck. Es müssen einmal vom hygienischen Standpunkt Bedenken dagegen erhoben werden, weil eine ganze Anzahl von Personen wegen der mehr geforderten 50 Pf. täglich sich leicht abreden lassen wird, die Vorteile einer Behandlung im

Krankenhaus wahrzunehmen. Auch die Krankenkassen werden mit der Ueberweisung von Kranken an Krankenhäuser sparsamer umgehen, namentlich leistungsschwächere Kassen. (Sehr richtig!) Oder die Krankenkassen müssen ihre Beiträge erhöhen. Allerdings ist Berlin in einer Zwangslage. Die Charité und die Vororte haben die Kurkosten erhöht, Berlin muß notgedrungen folgen. Hoffentlich brauchen aber die jetzt vorgeschlagenen Sätze nicht dauernd in Kraft zu bleiben. Nicht ganz korrekt sind die Angaben der Vorlage darüber, wie sich der höhere Satz der Kurkosten in Schöneberg entwickelt hat.

Oberbürgermeister Kirschner: Daß die Angaben der Vorlage nicht richtig sind, ist ein schwerer, völlig unbedingter Vorwurf. Schöneberg hatte bestimmte Sätze festgelegt; wir haben den Fall vorsehen müssen, daß Schöneberg bei den höheren Sätzen blieb.

Stadtv. Singer: Die Ausführungen des Kollegen Mugdan haben mich aufs neue in der Auffassung befestigt, die Konsequenzen einer Rede erst dann zu ziehen, wenn die Rede beendet ist (Heiterkeit). Zuerst hat Herr Mugdan die Vorlage ganz zutreffend kritisiert, zuletzt aber eine Schwankung gemacht und die Notwendigkeit der Annahme der Vorlage mit der Zwangslage der Stadt motiviert. Die Mehrheit der Versammlung kann nicht freigesprochen werden von dem Vorwurf, daß sie förmlich auf eine Erhöhung der Sätze in den Krankenhäusern gedrängt hat. Ich hätte gewünscht, der Magistrat hätte sich bessere Vorbilder als die Charité gesucht. Wir können der Vorlage nicht zustimmen, und zwar wesentlich aus den Gründen, welche der Kollege Mugdan als berechtigt anerkannt hat, um sich dann schließlich doch für die Vorlage zu erklären. Wesentlich die ärmere Bevölkerung hat unter dieser Erhöhung zu leiden. In großem Umfange wird durch die Erhöhung der Kosten die Versorgung im Krankenhause vermindert oder verhindert werden. Die städtischen Krankenhäuser haben doch aber auch den Zweck, durch Vermeidung der Verschleppung von Krankheiten durch schnellere Herbeiführung der Heilung der Allgemeinheit einen Dienst zu leisten. Für diesen Vorteil der Prophylaxe hat die Allgemeinheit auch einen Teil der Kosten zu tragen. Ferner sollen die Krankenhäuser doch auch dem medizinischen Studium und der Ausbildung der medizinischen Praktiker ein Hilfsmittel sein. Die dafür aufzuwendenden Beträge dürfen nicht den Kranken angerechnet werden. Ein ungünstiger Zeitpunkt der Erhöhung als der jetzige konnte zudem nicht gedacht werden. Wir leben in einer Zeit wirtschaftlicher Depression, die sich kaum etwas zu heben beginnt, die Arbeitslosigkeit dauert an; und in so besonders schlechter wirtschaftlicher Lage der großen Masse der Bevölkerung kommt der Magistrat mit einer solchen Vorlage. Was die Krankenkassen angeht, so liefern sie den größten Teil unserer Krankenhauspflanzen. Die heutige Situation der Kassen ist eine recht schlechte; die Vorstände werden sich bestimmen, ob sie wie bisher ihre Kranken in die Krankenhäuser schicken sollen. Man schädigt aber dadurch geradezu den Gesundheitszustand unserer Stadt, wenn bloß in äußersten Notfällen die Krankenhauspflanze angeordnet wird. Eventuell müssen die Kassen die Beiträge erhöhen, wodurch wiederum ein großer Teil der Gewerbetreibenden und der Arbeiter in Mitleidenschaft gezogen wird und namentlich die Arbeiter ihre Notlage verschärft sehen werden. Der Hinweis auf die anderen Krankenhäuser ist nicht durchschlagend. Unsere Krankenhäuser sind doch meist gefüllt und haben wenig oder gar keinen Platz; aber selbst wenn der Zustrom ein größerer würde, weil die Kranken in den anderen Krankenhäusern mehr zahlen müssen, so braucht man doch aus hygienischen und Humanitätsgründen dem Beispiel der anderen nicht zu folgen. Ich befürworte, die Vorlage abzulehnen. Ausschussberatung hätte kaum einen Zweck; hier steht ein Prinzip zur Entscheidung. Die Zweckmäßigkeitserwägungen des Kollegen Mugdan sollten unsere Stellungnahme nicht beeinflussen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Stadtrat Dr. Weigert: Keiner von uns hat geglaubt, daß die Vorlage ungeteilte Zustimmung finden würde, und wir haben sie auch nicht leichten Herzens eingebracht; aber wir müssen den staatlichen Krankenanstalten folgen, um eine unerträgliche Ueber-

füllung abzuwenden und uns nicht zu den Unannehmlichkeiten einer solchen auch noch Kosten aufzuladen.

Stadtv. Dr. Langerhans (N. L.): Ich bitte um Annahme der Vorlage. Die geforderte mögliche Erhöhung ist notwendig.

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): Der Vorredner hat schwere Vorwürfe gegen die Ärzte erhoben. Es ist einfach nicht wahr, daß die Ärzte so leichtsinig Sätze fürs Krankenhaus ausstellen, sondern der Arzt überlegt sich die Sache vorher sehr genau. Noch schärfer trifft der Vorwurf die Ärzte der Krankenhäuser, denn man weiß doch, wie scharf dort die Kontrolle durch die Aufnahmeärzte ist. Stadtrat Weigert irrt in der Annahme, daß unsere Krankenhäuser ausschließlich den Grundsatz befolgen, die Kranken schleunigst wieder herzustellen. Gerade im Virchow-Krankenhaus, das allerdings am komfortabelsten ausgestattet ist, aber auch in den anderen Anstalten werden in erster Linie wissenschaftliche Studien getrieben (Sehr richtig!), und unser Kollege Singer hat vollkommen recht, da hier die Allgemeinheit ein Gewisses zugeben muß. Der Zuschlag, den die Stadt zahlen muß, bedeutet einen Ausgleich in diesem Sinne.

Es sprechen noch die Stadtv. Langerhans, Mugdan, Genosse Singer und Sachs (N. L.), worauf die Annahme der Magistratsvorlage erfolgt.

Für den Empfang von Vertretern der christlichen Kirchen Großbritanniens im Rathaus am Sonnabend, den 12. Juni, mittags 1 Uhr, beantragte der Magistrat die Bewilligung von 200 M. Es ist ein Empfang und eine Begrüßung im Rathaus vorgesehen; englischerseits werden 120, deutscherseits zirka 30 Personen teilnehmen. Den englischen Vertretern soll auch ein Frühstück angeboten werden.

Stadtv. Bergmann (Soz.): Vor einiger Zeit ging durch die Zeitungen die Nachricht, daß vom Vorstand des Deutschen Städte-tages empfohlen worden sei, daß die Stadtverwaltungen sich in der Teilnahme an Kongressen die möglichste Beschränkung auferlegen sollten. Um so weniger kann ich diese Vorlage verstehen. Wir haben uns immer eine gewisse Reserve auferlegt und eine gewisse Repräsentationspflicht Berlins anerkannt; hier kann ich diese aber nicht anerkennen. Schon der Konsequenzen wegen bitte ich diese Vorlage abzulehnen.

Stadtv. Rodler (N. L.): Hier liegt ein mobile officium der Stadt Berlin vor, nachdem die deutsche Geistlichkeit so freundlich in England aufgenommen worden ist. Natürlich muß die Versammlung zu solchen Festlichkeiten in angemessener Weise zugezogen werden; deshalb beantragen wir eine Kommission aus Magistratsmitgliedern und Stadtbediensteten einzusetzen, um ein Programm für den Empfang aufzustellen.

Oberbürgermeister Kirschner: Die Resolution des Städtetages ist unter meiner Mitwirkung zustande gekommen. Aber Ausnahmen werden sich nicht vermeiden lassen. Die Beziehungen zwischen Deutschland und England werden augenblicklich besonders warm gepflegt. Die Sache soll so einfach wie möglich gemacht werden; ich weiß nicht, ob eine besondere Kommission dazu noch nötig ist. Die Vorlage wird mit dem Antrage Rodler angenommen.

Deutscher Arbeiter-Kontinenten-Bund, D. R. Gruppe Berlin. Heute abend 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshause, Engländer 15: Vortrag des Herrn Dr. med. B. Wink über: „Die Kunst, das Leben zu verlängern“.

Amstlicher Marktbericht der städtischen Markthallen-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Markthallen. Markttag: Fleisch-Zufuhr stark, Geschäft still, Preise unverändert, für Schweinefleisch nachgebend. Wild: Zufuhr sehr knapp, Geschäft ruhig, Preise unverändert. Geflügel: Zufuhr genügend, Geschäft lebhaft, Preise lebhaftigend. Fische: Zufuhr ziemlich genügend, Geschäft ruhig, Preise wenig verändert. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Süßfrüchte: Zufuhr mäßig, Geschäft schleppend, Preise wenig verändert.

# A. WERTHEIM

G. m. b. H.

## LEBENSMITTEL

**Rosenthaler-  
u. Oranienstr.**  
soweit der Vorrat reicht:

Zitronen ..... Dtz. 28 Pf.  
Ananas ..... Pfd. 53 Pf.  
Austral. Äpfel 35 Pf.  
Kopf-Salat . . . Stück 5 Pf.  
Frische Gurken 28 Pf.  
Enten ..... Stück 2.45

Brathühner Stück 1.95  
Suppenhühner 2.15  
Zervelatwurst  
in Rinddarm ..... Pfund 1.10  
Salamiwurst  
in Rinddarm ..... Pfund 1.10  
Zwiebelwurst 45 Pf.  
Rotwurst Pfund 45 Pf.

Ein Posten: **EMAILLIERTE GESCHIRRE**  
ZU BESONDERS BILLIGEN PREISEN.



Partei-Angelegenheiten.

Sozialdemokratischer Kreiswahlverein für den Reichstagswahlkreis Nieder-Barnim. Am Sonnabend, den 8. Mai, abends Punkt 8 1/2 Uhr, findet im Restaurant „Schwarzer Adler“...

Schildow-Blantensfelde. (Bezirk Nieder-Schönhausen.) Am Sonntag, den 9. Mai, nachmittags 8 Uhr, findet im Mönchsstübli im Lokale des Herrn Florian Knappe die Wahlvereinsversammlung statt...

Pankow. Generalversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins (Bezirk Pankow) heute, Freitag, 7. Mai, abends präzis 8 1/2 Uhr, bei Großfurt, Berliner Straße 27...

Berliner Nachrichten.

Die Stadtverordneten

waren zu ihrer gestrigen Sitzung in so geringer Zahl erschienen, daß zunächst nicht mal die Beschlussfähigkeit erreicht wurde. Vom Tisch des Vorstandes aus war das leicht zu bemerken...

Der Plan, zur Errichtung einer Großmarkthalle für Obst- und Gemüsehandel ein Gelände an der Paulstraße zu erwerben, wurde von der Versammlung mit sehr gemischten Gefühlen aufgenommen. Nötig ist eine solche Markthalle, das wurde allgemein anerkannt...

Die Erhöhung der Kurkosten auch in den Krankenhäusern der Stadt, das ist das neueste Geschenk, das der minderbemittelten Bevölkerung Berlins vom Stadtfreiwirt gemacht wird. Herr Mugdan, der bekannte „Freund“ der Krankenkassen, setzte gestern auseinander...

Mit der einen Hand wird so das Geld den Minderbemittelten abgenommen, mit der anderen wird es für „Repräsentationspflichten“ hingegeben. Zu all den fremden Gästen, die die Stadt bewirten zu sollen glaubt, kommen nun noch die „Vertreter der christlichen Kirchen Großbritanniens“...

Mai.

Nun ist auch der April vorüber, der Monat, der uns, wie ein Scherzbold mit einem heiteren, einem nassen Auge, bald einen Guss, bald ein Donnerwetter über den Hals jagte...

scheint verschönt in seiner Umgebung von blühenden Ahornen, die aus den Gärten der Ministerien in gelbgrünen Wolken herüberwinken.

Noch herrschen hier und da einige „Vorläufer“ die Situation, jene Gruppe von Pflanzen, die der Botaniker so nennt, weil sie ihre Blüten vor den Blättern entwickeln oder während diese noch klein sind. Da sieht man in Anlagen häufig an kahlen Sträuchern ziemlich große gelbe Blüten...

Fast sieht man das Erdreich dampfen unter der gewaltigen Jellenproduktion, die es jetzt betreibt. Eine graue Grasfläche ist fast über Nacht grün geworden; was eben noch geschlossene Knospe war, ist mit einem Male eine noch grüne, aber schon fertig geformte Blütentraube an einem Fliederstrauch oder Kajanienbaum...

Was ist's, was dieses uralte Zauberpiel der Natur niemals seinen Reiz verlieren, was uns bei seiner Wiederkehr stets von neuem aufatmen läßt? Auf solche Fragen können Worte nicht antworten. Da antwortet nur eine innere Stimme, ein Gefühl. Draußen in Wald und Flur, wo alles sich in neue Gewänder kleidet, die Drossel stötet und der Kukud wieder ruft, dort durchdringt uns die Antwort: Weil wir uns eins fühlen mit dieser Natur, ihrer ein Teil sind und um so stärker an ihr hängen, je mehr die Großstadt sie uns entfremden will.

Die Automobilverordnungen bestimmen einheitlich, daß die für Kraftwagen vorgeschriebenen Signale nur mit einer eintönigen Hupe abzugeben seien. Auf einer Autofahrt des Staatsanwalts Dr. Weismann waren neben Hupensignalen auch Signale mit einem Horn abgegeben worden, welches Dr. Weismann angescholft hatte. Dr. Weismann wurde wegen Uebertretung jener Vorschrift in zweiter Instanz zu einer Geldstrafe verurteilt...

In der Säuglingsfürsorge IV (Raunynstraße 63) war — so melden wir in Nr. 98 — ein Säugling, während er vom Personal getragen wurde, von der Wäge herabgefallen und samt dem Wiegeteller zu Boden gestürzt. An Herrn Dr. Wallin, der der Säuglingsfürsorge als leitender Arzt vorsteht, richtete der Vater des Kindes eine Beschwerde über dieses Vorkommnis. Nach einer Wartezeit von ziemlich drei Wochen hat der Beschwerdeführer nunmehr durch Vermittelung der Waisendeputation die Antwort erhalten, daß die Schuld lediglich die Mutter des Kindes treffe...

Daß an den Einrichtungen der Säuglingsfürsorge IV noch manches unzulänglich ist, ersehen wir auch aus einer anderen Beschwerde, die uns zugegangen ist. Wo Tag für Tag an hundert Mütter mit ihren Säuglingen sich einfinden, da stellen sich begreiflicherweise allerlei Bedürfnisse ein. Wie ihnen abgeholfen wird, das zeigen die Pfützen, die im Wartezimmer bald hier und da entstehen. Eine Möglichkeit, die Kinder regelrecht „abzuhalten“, ist nicht gegeben. Diesem Zweck könnte z. B. ein breites, flaches Becken dienen, das Abfluß zur Kanalisation hätte; aber zur Beschaffung eines solchen hat in der Säuglingsfürsorge bisher wohl das Geld nicht gelangt. Da bleibt den Müttern nur übrig, das dem Säugling entstimmende Naß entweder mit den eigenen Kleidern aufzufangen oder es zu Boden rinnen zu lassen. Doch das Personal der Säuglingsfürsorge IV ist in diesem Punkt sehr fleißig und hält streng auf Sauberkeit. Wo Pfützen sich zeigen, müssen sie weggewischt werden und zwar von den Müttern selber. Das ist nun nicht immer so ganz einfach. Manchmal ist nämlich die Zahl der vorhandenen Mütter so groß, daß die vorhandene Sitzgelegenheit nicht ausreicht. Dann stehen Mütter umher, auf dem einen Arm den bereits entkleideten Säugling, auf dem anderen die Kleider haltend. In solcher Situation ist es schwer, sich auch noch zu bilden und eine Pfütze wegzuwischen. Wenn das unterlassen wird und die Mutter des „schuldigen“ Säuglings nicht sofort zu ermitteln ist, so gibt es zuweilen böse Auftritte mit dem Personal. Daß die Reinigung, die verlangte Reinigungsarbeit auszuführen, nicht sehr lebhaft ist, das erklärt sich noch aus einem anderen Umstande, wieder aus einem Mangel, für den man an maßgebender Stelle kein Auge zu haben scheint. In dem Wartezimmer liegen zwei Schenkerlappen bereit, nur zwei, die dann bald so gründlich durchnäßt sind, daß man sie vor dem Gebrauch auswinden möchte. Manche Mutter scheut davor zurück, diese Lappen zu benutzen. Wer da hilft ihr nichts: sie muß schließlich doch zugreifen, um mit dem tiefenden Lappen die Pfütze — breit zuwischen. Denn in der Säuglingsfürsorge IV wird, wie gesagt, auf Sauberkeit gehalten.

Die Schiller-Gähe.

Diesen Namen hat eine junge Gähe erhalten, die als erster Baum in dem zu schaffenden Schillerpark gestern gepflanzt wurde. Um den Eichbaum wird später ein hochgelegener starker Hügelplatz geschaffen

werden, von dem aus man, abgeschlossen von dem Großstadtgetriebe, auf einer weichen Rundbank sitzend, weite Ausblicke in das Grün des Parks genießen kann.

Ein Schwindel der „anständigen“ Presse.

Durch die gesamte bürgerliche Presse macht seit einigen Tagen folgende Notiz die Runde:

„Ein verbrecherischer „Genosse“.

der frühere Lehrer und Kandidat der Nixdorfer Allgemeinen Ortskrankenkasse, Wilhelm König, hat nach Unterschlagung von etwa 60 000 Mark Kassengeldern, die er auf Kassenplätzen und in Gesellschaft zweifelhafter Damen verbüßte, seine Frau, seine sechzehnjährige Tochter und dann sich selbst erschossen. Im „Vorwärts“ findet sich ein Nachruf des Kassenvorstandes, in dem es heißt: „Wir verlieren in dem Dahingegangenen einen unserer tüchtigsten Beamten, der... sich das Wohl und Wehe (i) der Kasse in selten weitgehendster Weise angelegen sein ließ. Seine Werke sprechen für sich selbst. — Dieser Nachruf im „Vorwärts“ spricht auch für sich selbst.“

An dieser Notiz ist nur wahr, daß Kollegen des aus dem Leben geschiedenen König dem letzteren einen ehrenden Nachruf im „Vorwärts“ widmeten und das voller Ueberzeugung taten, weil ihnen zur Zeit der Veröffentlichung nichts Nachteiliges über den König bekannt war. Durch diese Veröffentlichung eines Nachrufes im Inseratenteil wird aber König noch nicht Genosse; er war es auch nicht, stand vielmehr unserer Partei völlig fern und hat sich sogar gelegentlich in scharfen Wegensay zu ihr gestellt. Will man König einer Partei an die Rockschöße hängen, was nicht unsere Art ist, so müssen sich schon unsere Herren Gegner damit abfinden, den König für eine der Wodparteien zu reklassifizieren.

Die Anglastreppe am Bahnhof Gesundbrunnen hat wieder einmal ein Opfer gefordert. Gestern abend stürzte der 38 Jahre alte Fabrikarbeiter August Hoffmann aus Reinickendorf, als er in Begriff war, die Treppe hinaufzusteigen, rücklings ab. In befürchtungsvollem Zustande wurde er nach der Rettungswache gebracht. Er hatte eine Gehirnerschütterung sowie erhebliche Kopfverletzungen und Quetschungen erlitten.

Ein gefährlicher Kautionschwindler, der auf Kosten der Dresdner Bank seinem Unwesen nachgeht, versucht gegenwärtig junge Leute zu brandischagen. Der Betrüger erläßt Zeitungsanzeigen, in denen er junge Leute als Kassierer zu engagieren sucht. Melden sich dann Resettanten, so fordert der Gauner eine Kautions von 100 Mark, die gleich zu zahlen ist. Leider glückt es auch dem gefährlichen Durchein, Opfer zu finden. Er verpricht ihnen stets eintägliche Kassiererstellen bei der Dresdner Bank. Die Duitungen, die der Schwindler über die erhaltenen Geldsummen ausstellt, unterschreibt er mit dem Namen Th. Förster. Der Betrüger heißt aber nicht Förster, sondern wahrscheinlich Ottomar Wehmann. Vor dem Kautionschwindler kann nur dringend gewarnt werden.

Eine Liebesstragödie. Aus dem Landwehrkanal wurden vorgestern abend an der Pflanzengrabenbrücke die zusammengekommenen Leichen eines Liebespaares gelandet. Der junge Mann ist der 23 Jahre alte Gärtner Otto Schwanz aus der Warthestr. 70 in Nixdorf, das Mädchen die 18 Jahre alte Tochter Elise des Markthelfers Rierich aus der Blumenthalstr. 15. Das Paar war seit Weihnacht verlobt und wollte zu Pfingsten Hochzeit feiern. Nun hatte aber Schwanz, der auf dem Thomaskirchhof arbeitete und in der Warthestraße in Schlafstelle wohnte, früher zu einem Dienstmädchen Anna J. aus der Alten Jakobstraße Beziehungen unterhalten, aus denen ein jetzt zwei Jahre alter Knabe hervorging. Seit einem Jahre kam er seinen Verpflichtungen gegen das Kind, das bei Verwandten der Mutter untergebracht ist, nicht mehr nach. Die Mutter kam deshalb häufig in seine Wohnung und stellte ihn auch auf der Straße zur Rede. Endlich erklärte sie ihm, daß sie die Hilfe des Vormundschafsrichters in Anspruch nehmen werde. Auch an die Eltern der Braut wandte sie sich. Aus diesen Verhältnissen entstanden Schwierigkeiten, die die Heirat zu verhindern oder wenigstens zu verzögern drohten. So kamen die jungen Leute zu dem Entschluß, gemeinsam aus dem Leben zu scheiden. Seit Sonntag wurden sie vermisst. Vorgestern abend fand ein Kanalarbeiter sie als Leichen wieder. Heimlich, ohne daß jemand es gesehen hätte, hatten sie sich zusammengebunden und waren ins Wasser gegangen.

Um einen Kindesmord handelt es sich wahrscheinlich bei einem Leichenfunde, der gestern in dem Hause Helmarstr. 41 gemacht wurde. In einer verfallenen Ecke des Treppenhauses fand ein Mieter ein Paket, das die Leiche eines neugeborenen Kindes männlichen Geschlechts enthielt. Der Leichnam wurde von der Polizei beschlagnahmt und nach dem Schauhaufe gebracht, wo durch die Obduktion festgestellt werden soll, ob der Knabe eines gewalttätigen oder eines natürlichen Todes gestorben ist. Verschiedene Anzeichen lassen das letztere vermuten.

Unter dem Verdacht des Sittlichkeitsverbrechens verhaftet wurde gestern ein Schuhmacher Seidel aus der Straße 800 Nr. 13. Seidel wird beschuldigt, sich an einem dreizehnjährigen Mädchen K., mit deren Mutter er zusammenlebte, geschlechtlich vergangen zu haben. S. bestreitet, sich schuldig gemacht zu haben.

Erfchossen hat sich in der Volkeschen Meierei, Alt-Moabit 98, ein Sergeant der Verkehrstruppen, der dort mit dem Transport von Milch nach dem Ueberschwenmungsgebiete beschäftigt war.

Von einem Postwagen überfahren wurde gestern in der Brandenburgerstraße das 2 1/2 Jahre alte Kind des Kohlenhändlers Schütz. Der Kleine kam so unglücklich unter die Räder des Postwagens zu liegen, daß er noch kurz nach seiner Entlieferung im Hedwigs-Krankenhaus verstarb.

Bei der Raifeier im Brunnen-Theater, Badstr. 58, sind verschiedene Gegenstände gefunden worden, die die Betriber bei Raffale, Adlerstr. 36 („Vorwärts“-Expedition) abholen wollen. Ein bei der Raifeier im Winterloale des Schloßrestaurantis in Weihensee gefundenes Portemonnaie kam in der Parteipedition Sedanstr. 105 in Empfang genommen werden.

Fahrradmarter stahlen am Mittwoch früh vom Hofe des Grundstücks Schönhauser Allee 100 ein dem Elektromotorer Makowski, Weihensee, Leberstr. 3, gehöriges Fahrrad. Er hatte im Lager seiner Firma etwas zu besorgen und stellte sein Rad auf wenige Minuten mit noch zwei anderen draußen auf den Hof. Als er zurückkam, war zu seinem Schreck das wertvolle Rad verschwunden. Es ist ein Fabrikat der Weihenseeer Firma Weichert, Marke „Rieselfahrrad“, rot emaillet, mit gelben Koffschaltern, an den Enden vernickelt und mit Freilaufschrittl. Der Spitzdube hat Fachkenntnis bewiesen, indem er von drei Rädern in der kurzen Zeit sofort das beste herausfand.

Feuerbericht. In der Nacht zum Donnerstag hatte die Berliner Feuerwehr mehrere Wohnungsbrände zu löschen. Um 11 Uhr brannte in der Staliger Straße 60 eine Wohnung in ziemlichlicher Ausdehnung und fast gleichzeitig mußte ein Wohnungsbrand in der Forster Straße 50 gelöscht werden. Peltter, Böbel, Dedden usw. wurden dort ein Raub der Flammen. Durch die Explosion eines Spirituskochers kam in der Rügener Straße 23 in einer Wohnung Feuer aus. Der 12. Zug hatte in der Frobenstr. 81 und Potsdamer Straße 50 zu tun, wo in Wohnungen Möbel, Kleider, alter Hausrat u. a. brannten. Wegen eines Bodenbrandes erfolgte ein Alarm nach der Dunderstraße 2a, wo Balken, Holzverschläge u. a. in Flammen standen. Außerdem wurde die Feuerwehr noch nach der Roppenstr. 27 u. a. Stellen gerufen.

# Vorort-Nachrichten.

Die Charlottenburger Stadterordnetenversammlung beschloß am Mittwoch unter anderem die Magistratsvorlage betreffend die Uebernahme des Elektrizitätswerts in städtische Verwaltung. Die Uebernahme soll zu dem ersten nach dem Verträge möglichen Termin, am 1. August 1910 erfolgen, die erforderlichen Maßnahmen sollen schon jetzt in die Wege geleitet werden. Interessant ist, daß in der Begründung der Vorlage ausdrücklich hervorgehoben wird, daß die Privatunternehmer aus dem Betriebe des Werks mit Ausnahme des ersten Jahres recht erhebliche Gewinne erzielt haben und daß voraussichtlich auch unter städtischer Verwaltung ansehnliche Ueberschüsse sich ergeben werden. Allerdings sollen im Interesse der Rentabilität wesentliche Veränderungen des Tarifs in naher Zeit nicht vorgenommen werden.

Von großem Allgemeininteresse war die sozialdemokratische Interpellation: „Ist dem Magistrat bekannt geworden, daß die Regierung die Ausführung einer Untergrundbahn Kollendorfsplatz—Neue Kanistraße verboten oder eine andere Linienführung der Bahn empfohlen hat?“

Genosse Zietz, der die Interpellation begründete, wies darauf hin, daß in Bezug auf die Untergrundbahnen widerstreitende Interessen verschiedener Gemeinden vorhanden sind und daß die bisherigen Konferenzen zu keinem Ergebnis geführt haben. Schönberg scheidet ja aus dem Streit aus, weil es seine Bahn glatt zum Kollendorfsplatz führen kann. Der jetzt noch bestehende Streit dreht sich zwischen Charlottenburg, Wilmersdorf und der Hochbahngesellschaft. Leider nehme die Regierung Rücksicht auf die Gesellschaft, der durch die Auflösung des Gleisdreiecks sehr hohe Kosten erwachsen würden. Die Regierung betrachte ferner die von Charlottenburg projektierte Linie als Konkurrenzunternehmen. Charlottenburg habe kein Interesse daran, in welcher Art und Weise die Hochbahngesellschaft das Gleisdreieck auflösen solle, die Gemeinden könnten doch nicht herangezogen werden zu den Kosten, die dadurch entstehen, daß eine verkehrte Anlage wieder beseitigt wird. Sollte tatsächlich ein Verbot zum Bau der projektierten Linie ergangen sein, so bedeute das eine schwere Schädigung der Interessen von Charlottenburg. Redner forderte zum Schluß die Versammlung auf, zu erklären, daß sie an dem ursprünglichen Projekt festhalte und alles zu seiner Förderung tun wolle.

Oberbürgermeister Schusterhans erklärte es als unrichtig, daß die Aufsichtsbehörde die Ausführung des Charlottenburger Projekts unterjagt habe, das Ministerium der öffentlichen Arbeiten habe lediglich versucht, einen Ausgleich zwischen den Interessen der beteiligten Gemeinden und der Hochbahngesellschaft zu finden. Bisher sei es zwar noch zu keiner Einigung gekommen, aber die Verhandlungen würden fortgesetzt und er hoffe, daß sich ein Ausgleich ermöglichen läßt. Nebenfalls werde der Magistrat die Interessen der Stadt energisch wahrnehmen.

In ähnlicher Weise äußerte sich Stadtv. Dr. Frenkel namens der liberalen Fraktion.

Auf der Tagesordnung der nächsten Sitzung, am 10. Mai, steht unter anderem eine Interpellation Stadthagen (unpolitisch) und Genossen, die den Magistrat im Hinblick auf die Annahme der Wertzuwachssteuer in Schönberg und auf die geplante Reichwertzuwachssteuer im Mittelteil darüber ersucht, wann er der Versammlung eine Vorlage über die Einführung der Wertzuwachssteuer zu unterbreiten gedenkt. Bisher sind alle Anträge auf Einführung der Wertzuwachssteuer für Charlottenburg stets mit Hilfe der Freunde des Stadtv. Stadthagen zu Falle gebracht. Allerdings gingen diese Anträge immer von Sozialdemokraten aus.

Ein großer Dachstuhlbrand kam gestern gegen Abend in der Dandemannstr. 14 zu Charlottenburg zum Ausbruch. Die Gefahr wurde erst spät bemerkt, so daß bei Anbruch der beiden Dächer 1 und 3 schon der gesamte Dachstuhl des Luergebäudes in Flammen stand. Es herrschte in dem Hause, das von mehr als 50 Mietparteien bewohnt ist, große Aufregung, da die angrenzenden Seitensügel und der oberste Stock stark bedroht waren. Es dauerte über eine Stunde, bevor die Gefahr beseitigt war. Die Entstehungsursache des Feuers ist noch unbekannt, der Schaden jedoch sehr beträchtlich. Die Aufräumungsarbeiten zogen sich bis in die zehnte Abendstunde hin.

Daß auch die hiesige Dreifrauenkasse im vergangenen Jahre unter der Einwirkung der wirtschaftlichen Krise zu leiden gehabt hat, zeigte der in der letzten Generalversammlung gedruckte vorliegende Bericht des Vorstandes sowie die vom Vorsitzenden ergänzende mündliche Mitteilung. Die Gesamteinnahmen betragen — ohne den Bestand vom Vorjahre zu rechnen — 1 334 985,56 M. Die Gesamtausgaben 1 333 061,63 M. An den Reservefonds konnten davon nur 70 512,50 M. abgeführt werden. An die Vorgesetzten wurden 137 010,60 M. gezahlt, für Arzneien und andere Heilmittel mußten 141 918,61 M. aufgewendet werden. Die Ausgaben für Kranfengeld erforderten 557 146,28 M. Die Kur- und Verpflegungskosten in Krankenhäusern 296 286,08 M. und die Verwaltungskosten 108 470,71 M. Die Mitgliederzahl verringerte sich gegen den Bestand im Vorjahre von 31 948 auf 31 447. Und zwar nahm die Zahl der männlichen Mitglieder um 658 ab, während die Zahl der weiblichen Mitglieder um 157, von 9841 auf 9998 stieg. — Die Zahl der Erkrankungsfälle betrug 14 488, auf die weiblichen Mitglieder entfielen davon 4314. Von den männlichen Mitgliedern erkrankten 47,4 Proz., von den Frauen 43,1 Proz. Für 388 564 Krankentage wurde Unterstützung gezahlt. 127 207 Krankentage entfielen davon auf die weiblichen Mitglieder. — 40 Arbeitgeber blieben der Kasse Beiträge in einer Gesamthöhe von 8557,03 M. schuldig. In längeren Diskussionen führte das Projekt für den Bau eines Erholungsheimes der Kasse. Dasselbe soll bei Klosterstraße bei Lindow in der Park errichtet werden. In der Generalversammlung lagen bereits die Pläne vor. Zur Ausführung des Baues glaubt der Vorstand nur 100 000 M. zu bedürfen. Die Debatte drehte sich in erster Linie um die Rentabilität der Anstalt. Darüber ist man sich einig, daß die Kasse nicht zuzahlen muß. Nur über die Höhe der jährlichen Zuschüsse fehlte jede bestimmtere Angabe. Da aber nicht feststeht, ob durch diese jährlichen Veranschlagungen die Kasse nicht in ihren Pflichtaufgaben beschränkt werden würde, wurde der Beschluß über die Angelegenheit noch vertagt. Dagegen wurde der Vorstand beauftragt, eine Rentabilitätsberechnung für die Anstalt aufzustellen und später eine außerordentliche Generalversammlung, die sich weiter mit dieser Frage beschäftigen soll, einzuberufen.

Sodann nahm die Generalversammlung Stellung zu der Reichsversicherungsordnung. Gegen die die bisherigen Rechte der Krankenkassenverkörperungen einschränkende Bestimmungen der Gesetzesvorlage protestierte die Generalversammlung durch die Annahme einer entsprechenden Resolution. Zu dem außerordentlichen Krankentagessamstag am 17., 18. und 19. Mai ordnete der Vorstand aus seiner Mitte drei Delegierte ab.

## Schöneberg.

Der Bau der Untergrundbahn von der Ringbahn nach dem Kollendorfsplatz hat in der letzten Zeit große Fortschritte gemacht. Die Baugrube von der Ringbahn bis zum Baherischen Platz durch die Münchener Straße usw. ist bis zum Viktoria-Luisen-Platz fast vollständig ausgehoben. Ununterbrochen verkehren darin Wagen mit Klappboden, auf denen der überflüssige Boden fortgeschafft wird. In der Speyerer Straße ist der Tunnelbau schon bis zur Eindeckung fortgeschritten. Diese besteht aus Eisenbeton, der aus Kies mit Zement vermischt, an Ort und Stelle mit Maschinen hergestellt wird. In den Straßenkreuzungen sind überall starke Holzbrücken errichtet, damit Straßenbahnen verkehren können. Da ununterbrochen gearbeitet wird, so kann damit gerechnet werden, daß die Untergrundbahn schneller als die Stammbahn vollendet werden wird und daß Ende dieses oder Anfang des nächsten Jahres der Verkehr aufgenommen werden kann.

## Wilmersdorf.

Die Stadterordneten-Versammlung mußte in ihrer Sitzung am Mittwochabend einen der wesentlichsten Gegenstände der Tagesordnung, die Frage der Verpflichtung der Grundbesitzer zur

Regulierung der Bürgersteige, ausfallen lassen, da nach den Mitteilungen des Referenten/Stadterordneten Wüchtemann das Protokoll des Referenten dieser Angelegenheit eingesehenen Ausfertigung nur unvollständig vorhanden war. Aus den weiteren Verhandlungen heben wir die Berichterstattung des Stadterordneten Kietze betreffend die Abnahme der Rechnung über den zweiten Erweiterungsbau der Gemeindegemeinschaft hervor. Nach dem Berichtsjahre ist es bei diesem Bau gar seltsam zugegangen. Ein eigenhändiges Bauprogramm war nicht vorhanden, und so geschah es, daß z. B. eine ganze Anzahl Türen zuviel geliefert wurden, daß die Lieferung der Verbleibenden zu spät erfolgte und was dergleichen mehr ist. Aber in dieser Hinsicht war der Bau doch gewissermaßen von Glück begünstigt, denn erstens stellte sich am Schluß heraus, daß weniger Geld gebraucht worden war, als man im Anfang angenommen hatte, und dann trat der Fall ein, daß die Schule, wenigstens nach der Meinung des Rechnungsausschusses, in gewissen Städten zu nobel hergerichtet wurde. Im Anfang nämlich wurde eine höhere Mädchenschule in den Klassenräumen provisorisch untergebracht, und in Rücksicht darauf waren namentlich die Malerarbeiten vornehmer gemacht worden, als es nach der Ansicht der Revisoren für eine Gemeindegemeinschaft ziemte. Zu der Anschauung, daß sehr viele Gründe dafür sprechen, eine Gemeindegemeinschaft ebenso vornehm herzurichten wie eine höhere Schule, hat man sich in Wilmersdorf noch nicht aufschwingen können.

Eine Petition um Erlass der Lustbarkeitssteuer wurde abgelehnt, jedoch trat der Referent, Stadterordneter Fiedemann, dafür ein, daß die Steuerordnung dem Besuch der in Betracht kommenden Vergnügungen gemäß stufenweise angelegt werde.

Zum Schluß der Verhandlung gab es noch eine Auseinandersetzung über eine Magistratsvorlage, die den Ankauf eines Grundstücks zum Preise von 550 000 M. empfahl. Dies Grundstück soll zur Erweiterung des Gemeindefriedhofes dienen. Während dem Stadterordneten Kietze der geforderte Preis von 810 M. per Quadratmeter zu hoch erschien, glaubten andere Stadterordnete den Ankauf des Grundstückes besonders mit Rücksicht darauf empfehlen zu müssen, daß die Gemeinde ihren eigenen interprofessionellen Friedhof noch auf längere Zeit erhalten könne und nicht den Kirchengemeinden tributpflichtig zu werden brauche. Schließlich wurde die den Ankauf des Grundstückes empfehlende Magistratsvorlage angenommen.

Ueber die Angelegenheit der Wertzuwachssteuer im Wilmersdorfer Stadtparlament haben wir bereits gestern berichtet. Nach dem Verlauf der Verhandlung scheint es, daß gleichwie in Schönberg so auch hier in nächster Zeit diese Steuer eingeführt wird.

## Bübars-Waidmannslust.

Aus der Gemeindevertretung. Die beschlossene Anleihe soll bei der Kreisparasse gegen vier Prozent Verzinsung aufgenommen werden. Bei dem Punkt der Tagesordnung: Erteilung von Bauverlaubnissen zeigte sich wieder einmal, wie vorsichtig man beim Kauf von Grundstücken an unregulierten Straßen sein muß. Der Eigentümer Walter besitzt hier im Orte eine Kolonie, auf der sich eine größere Anzahl, meist kleine Leute, Grundstücke gekauft haben in dem Glauben, späterhin bauen zu können. Jetzt liegen bereits vier Baugesuche vor, die aber abgelehnt werden mußten, weil Herr Walter, welcher noch Besitzer der Grundstücke ist, sich weigert, das Straßennetz aufzulassen. — Bemerkenswert dürfte die Tatsache sein, daß der Amts- und Gemeindevorsteher in der vorigen Sitzung einem Gemeindelehrer den Aufenthalt im Zubörraume unterlagte, diesmal aber die Anwesenheit eines anderen Gemeindelehrers duldete.

## Ober-Schöneweide.

Wertzuwachs- und Umsatzsteuerordnung. In der Sitzung der Gemeindevertretung am nächsten Dienstag wird über die Einführung der Wertzuwachssteuer Beschluß gefaßt werden. Aus dem den Vertretern jetzt zugegangenen Entwurf ist hervorzuheben: Die Umsatzsteuer wird nicht fallen gelassen, sondern zu den alten Sätzen, nämlich 1 Proz. bei bebauten und 2 Proz. bei unbebauten Grundstücken erhoben. Die Wertzuwachssteuer wird bei allen Veräußerungen erhoben, soweit der gegenwärtige Erwerbspreis oder der gemeine Wert des Grundstückes den für den früheren Eigentumswechsel in Betracht kommenden Preis oder Wert um mehr als 10 Proz. übersteigt. Es sollen bei einer Wertsteigerung bis 20 Proz. = 5 Proz., 21—30 Proz. = 6 Proz., 31—40 Proz. = 7 Proz., 41—50 Proz. = 8 Proz., 51—60 Proz. = 9 Proz., 61—70 Proz. = 10 Proz. und sofort bis 20 Proz. bei einer Wertsteigerung von über 100 Proz. zur Erhebung gelangen. Bei bebauten Grundstücken kommt die Steuer nur zur Anwendung, wenn seit dem früheren Eigentumswechsel nicht mehr als 5 Jahre verstrichen sind, bei längerem Zeitraum wird nur die Hälfte der Sätze erhoben. Läßt sich bei der Veranlagung der frühere Erwerbspreis nicht ermitteln, so sind bei einer Besitzzeit von 20 Jahren 3 Proz. und mehr als 20 Jahren 5 Proz. des Veräußerungspreises an Stelle der Wertzuwachssteuer zu zahlen. Dem früheren Erwerbspreis sind hinzuzurechnen: Ausgaben für Verbesserungen, Straßenbaukosten, Entwässerungs- und Kanalisationsanlagen. Von dem jetzigen Veräußerungspreis werden die dem Veräußerer zur Last fallenden Kosten der Veräußerung abgezogen. Für die Steuer haftet der Veräußerer, bei mehreren Miteigentümern diese zusammen. Bei Zwangsversteigerungen kommt die Steuer nicht zur Erhebung, dergleichen bei Schenkungen und in solchen Fällen, bei denen die Beteiligten aus Gründen des öffentlichen Wohles gesetzlich verpflichtet sind oder freiwillig zu Eigentumsveränderungen kommen. Beim Kauf von Grundstücken wird jeder Eigentümer besonders besteuert. Die Meldungen über erfolgten Besitzwechsel sind innerhalb zwei Wochen anzugeben, ebenfalls die zur Festsetzung der Steuern dienlichen Angaben. Jedoch ist die Gemeindeverwaltung an letztere nicht gebunden. Es dürfte fraglich erscheinen, ob der Entwurf, wie er vorliegt, sofortige Annahme findet. Die Progression der Besteuerung ist durchaus unzulänglich. So wird der höchste Gewinn um das Vierfache niedriger belastet als der niedrigste. Die Beratung des Entwurfs in einem Ausschuss wäre daher dringend notwendig.

## Adlershof.

In der Generalversammlung des Wahlvereins erstattete Genosse Gildbrand den Bericht der Gemeindevertreter. Nach dem Bericht des Kassierers steht im ersten Quartal einer Einnahme von 389,25 M. eine Ausgabe von 510,12 M. gegenüber. Es ist somit ein Defizit von 120,87 M. vorhanden. Neu aufgenommen wurden 13 Mitglieder. Die Expedition hatte eine Einnahme von 2098,08 M. und eine Ausgabe von 1801,00 M. zu verzeichnen. Nachdem noch über einige Angelegenheiten verhandelt worden war, forderte Genosse Pigner die Genossen auf, auch in Zukunft mit ungeschwächter Kraft für die Partei tätig zu sein.

## Notowese.

Die von der hiesigen Bevölkerung längst ersehnte Höherlegung des Eisenbahnkörpers scheint nun ein Stück der Wirklichkeit nähergerückt zu sein. Wie in der letzten Gemeindevertreterversammlung Herr Raibin mitteilte, haben sich die Vertreter der Eisenbahndirektion bereit erklärt, den von der Gemeinde eingereichten Entwurf zu befürworten, wenn die Gemeinde folgende Bedingungen erfüllt: Entrichtung eines baren Betrages von 100 000 M., Uebernahme der Unterhaltung des Notoweser Keils der Wabelberger Straße, der Unterhaltung der Unterführungen, der Verlegung der Wabelberger Straße an die Kutsche, sobald dies die Eisenbahnverwaltung verlangt, kostenlose Übergabe des für die Wöschungen notwendigen Terrains, Uebernahme sämtlicher eventueller Entschädigungsansprüche. Die zur Vorberatung der Angelegenheit von der Vertretung gewählte Kommission hat diese Vorschläge einer eingehenden Prüfung unterzogen. Sie gelangte zu der Ansicht, daß das neue Projekt der Gemeinde große Vorteile bieten würde, um so mehr, da außer den uns früher zugehenden Fahrwegunterführungen in der Dorfstraße und im Zuge der Plantagenstraße breite

gepflasterte Fahrwegunterführungen im Zuge der Dorfstraße, im Zuge der Eisenbahnstraße und im Zuge der neu anzulegenden Verbindungstraße zwischen Regow- und Schornhofstraße sowie einen zweiten Bahnhofsausgang an der Dorfstraße geschaffen würden, so daß sich weitere Opfer hierfür rechtfertigen lassen. Die Vertretung gab den von der Kommission gemachten Vorschlägen ihre Zustimmung.

# Aus der Frauenbewegung.

## Die Frauenfrage in den Kolonien

macht unseren Gurratrioten gegenwärtig nicht wenig Sorge. Kürzlich befaßte sich eine Versammlung des Frauenbundes der Kolonialgesellschaft mit dem Problem. Zurzeit bestehen die meisten Ehen dort aus Mischlingen, oder die deutschen Auswanderer heiraten Burenstöchter. Nach den Ausführungen des Hauptmanns Ramsai kamen vor anderthalb Jahren in Deutsch-Ostafrika auf 6000 deutsche Männer nur 1100 deutsche Frauen. Damit nun nicht infolge des Frauenmangels „der deutsche West in Burenland aufsteht“, wollen die Damen versuchen, „für die Zukunft der deutschen Rasse“ dadurch zu sorgen, indem sie Frauen „aller Stände“ für die Kolonien interessieren, ihre Beziehungen zur Heimat regeln und das Schulwesen drüben fördern.

Den pompastischen Reden werden sicher nur kleine Taten folgen. Daß die germanischen Damen den Gesandten „Kolonialatoren“ ändern werden, darf wohl als fraglich gelten. Ob mit der Leitung der Schulen, die man einrichten will, Jesko- oder Dr. Peters-Leute betraut werden sollen, darüber verlaute vorläufig noch nichts.

## Arbeiterinnenschutz in Norwegen.

Gegen die Gesetzesentwürfe des Sozialkomitees des norwegischen Storting zu einigen neuen Schutzbestimmungen für die Arbeiterinnen entfaltete die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen eine lebhaft propagandistische Kampagne im Namen der — Gleichberechtigung der Geschlechter. In diesem Fall handelt es sich um die Gleichberechtigung des Unternehmers auf Ausbeutung der weiblichen wie der männlichen Arbeitskraft. Diese liegt den Damen weit mehr am Herzen, als die Gleichberechtigung in der Wahlrechtsfrage. Sie verlangen, der ganze Sozialentwurf solle vertagt werden und erst im nächsten Storting, wenn das von der Steuerleistung abhängige Frauenwahlrecht seinen Einfluß geltend gemacht hat, zur Verhandlung kommen, damit einige der Damen, unter dem Vorstand der Gleichberechtigung, im Parlament die Interessen des Unternehmertums vertreten können. In der Arbeiterinnenschaft hat die Auffassung der Damen nur ganz wenige Anhängerinnen. Es sind einzelne Druckerarbeiterinnen oder Typographinnen, die da meinen, daß ihre persönlichen Interessen durch das Verbot der Frauennachtarbeit und die Beschränkung der Arbeitszeit auf im allgemeinen 10 Stunden pro Woche allzu sehr leiden würden. In einer Massenversammlung der arbeitenden Frauen, die am Montag in Kristiania stattfand, stimmten nur fünf von allen gegen eine Aufforderung an das Storting, den Gesetzesentwurf mit dem Arbeiterinnenschutz noch in diesem Jahre zur Durchführung zu bringen. Uebrigens läßt der Entwurf auch Ausnahmen zu, so daß z. B. die Arbeitszeit unter gewissen Bedingungen auf 72 Stunden ausgedehnt werden kann, und selbst achtstündige Nachtarbeit für Frauen möglich ist. Unter solchen Umständen tritt das Auftreten der Damen noch schärfer als Ausdruck der Klasseninteressenwahrnehmung hervor.

## Die Tätigkeit der Hausfrau geschlechtlich taxiert.

In neuerer Zeit macht sich in der Beurteilung der häuslichen Frauennarbeit ein Umfchwung bemerkbar. Von alters her ist die hauswirtschaftliche Tätigkeit nicht gebührend gewürdigt worden. Die endlose, aufreibende und teilweise auch sehr schwere Handarbeit galt nichts im Vergleich mit der Tätigkeit des Mannes. Kam der Mann abends nach Hause, so hatte er natürlich gearbeitet und Anspruch darauf, sich zu erholen, auszuspannen und noch obendrein von der Frau bedient zu werden. Die Frau, die in der Regel schon morgens früher aufgestanden war als der Mann, mußte abends noch lange arbeiten, wenn dieser des Tages Last getragen hatte. Das galt bisher als selbstverständlich. Die Anschauungen haben sich allmählich geändert. Eine Entscheidung, die mehr in ihrer prinzipiellen Bedeutung als auch ihrem praktischen Werte die Rechtslage der Frauen verbessert, ist in dem neuen schweizerischen Zivilgesetz festgelegt. Danach spricht das Gesetz der Frau ein Drittel am gemeinsamen Einkommen zu, auch dann, wenn sie nur als Gehilfin oder Hausfrau tätig war.

# Gerichts-Zeitung.

## Lichtbildervortrag keine politische Versammlung.

Der Wahlverein zu Weich veranstaltete im November vorigen Jahres einen Lichtbildervortrag des Genossen Grempe über die Freiheitskämpfe in Rußland. Gegen den Willen des Wahlvereins meldete der Wirt die Darbietung bei der Polizei als Lustbarkeit an. Infolgedessen erschien zu derselben ein Gendarm, der den Lichtbildervortrag für eine nicht angemeldete öffentliche Versammlung zur Erörterung politischer Angelegenheiten hielt und eine entsprechende Anzeige machte. Die Vorstandsmitglieder des Vereins, Weuthmann, Treppe, Dumke und Solbner erstellten darauf ein Strafmandat über je 15 Mark. Das Schöffengericht in Rixdorf, bei dem sie Widerspruch erhoben hatten, bestätigte die Strafmandate. Die dagegen eingelegte Berufung kam gestern vor der Strafkammer zur Verhandlung. Rechtsanwält Dr. Herzfeld, der die Angeklagten vertrat, machte geltend, daß die Schauausstellung keine Versammlung, geschweige eine öffentliche gewesen sei, daß keine Angelegenheiten erörtert worden seien, gewiß nicht politische, und daß die Angeklagten die Schauausstellung nicht veranstaltet hätten, sondern der Verein, daß also nicht ein einziges Merkmal des § 5 des Reichsvereinigungsgesetzes vorliege. Die Strafkammer folgte seinen Darlegungen, sprach die sämtlichen Angeklagten auf Kosten der Staatskasse frei und billigte ihnen auch die Kosten der Verteidigung zu. Begründend führte der Vorsitzende aus, es sei nicht dargetan, daß es sich um eine öffentliche Versammlung und um die Erörterung politischer Angelegenheiten bei der Darbietung gehandelt habe. Es sei nicht widerlegt, daß die Eintrittskarten zum Preise von 20 Pf. nur an Mitglieder und deren Angehörigen abgegeben seien. Wenn auch ein einzelnes Nichtmitglied ohne Einführung durch ein Mitglied dagewesen sein sollte, so sei dadurch die Darbietung noch nicht zu einer öffentlichen geworden. Die Wiedergabe der Bilder aus den russischen Freiheitskämpfen und die einfache Erklärung derselben sei eine Wiedergabe historischer Tatsachen durch Bild und Wort und nicht eine Erörterung politischer Angelegenheiten. Da die rechtliche Frage schwierig gewesen, so seien auch den Angeklagten die Kosten der Verteidigung zugesprochen worden.

## Gegen die Wahlfreiheit

sprach sich in einem Urteil vom 4. Mai das Oberverwaltungsgericht in einem Prozeß aus, der die Anfechtung der Wahl eines Stadterordneten wegen Wahlbeeinflussung verwarf.

Bei den Stadterordneten-Ergänzungswahlen im Herbst 1907 waren in Opladen (Regierungsbezirk Düsseldorf) am Hauptwahltag, dem 28. November, der Betriebsingenieur Giele von der

Eisenbahnwerkstätte und der Schneidermeister Rebeling gewähnt worden. Es waren dies die liberalen Kandidaten. Ihre Hauptgegner, die Zentrumsleute, fochten die Wahlen an. Kamentlich wurden unzulässige Wahlbeeinflussungen geltend gemacht, die Eisenbahnwerker Arbeiter seien durch die Werkverwaltung und insbesondere durch den Ingenieur Giese beeinflusst worden. Am Morgen der Wahl seien an sämtlichen Arbeitsständen der Eisenbahnwerkstätte Flugblätter der liberalen Partei hingeklebt worden, während den anderen Parteien ein derartiges Agitieren in der Werkstätte unmöglich gewesen sei. Dadurch sei gezeigt worden, daß die Werkstättenverwaltung die Wahl der Liberalen wünsche. Der Kandidat Giese habe während der Wahl im Lokal dicht beim Wahlbüchse Aufstellung genommen mit dem Bleistift und Notizbuch in der Hand, habe die Arbeiter der Eisenbahn scharf angesehen und auch einzelne Arbeiter heranzewinkt. (Die Gewinnten sollen nach Gieses Angaben Mitglieder des liberalen Vereins sein.) Ferner wurde behauptet, Giese sei als Betriebsingenieur der Eisenbahn ein Polizeibeamter und daher nicht wählbar. — Die Stadtverordnetenversammlung erklärte auch die Wahlen Gieses und Rebelings für ungültig. Der Bezirksauschuß in Düsseldorf hob jedoch den Beschluß auf und erklärte die Wahlen für gültig.

Die Stadtverordneten-Versammlung legte Verurteilung ein. Ihr Vertreter machte geltend, daß durch das Verhalten Gieses im Wahllokal in Verbindung mit jener Flugblattverbreitung sich mancher Arbeiter habe beeinflussen lassen. Als sie Giese so da stehen sahen mit Bleistift und Papier, hätten sicher manche Arbeiter sich gesagt: „Du mußt Giese wählen beginn. liberal wählen, sonst wirst Du entlassen. Uebrigens habe der Eisenbahnminister bei einer demnächstigen Stichwahl dem Giese telegraphisch den Aufenthalt im Wahllokal unterzagt. (Auf telegraphische Befehle hin.) Der Minister habe auch im Parlament Gs Verfahren mißbilligt.

Das Oberverwaltungsgericht bestätigte am Dienstag die auffällige Verurteilung mit folgender Begründung: In der Verbreitung der Flugblätter in der Eisenbahnwerkstätte könne keine unzulässige Wahlbeeinflussung gesehen werden. Flugblattverbreitungen seien ein Agitationsmittel, das allgemein zugelassen sei. Es könne auch niemand verpflichtet werden, seine Lokaltät allen Parteien zur Verbreitung ihrer Flugblätter zu überlassen. Somit sei es auch egal, wenn nur das Flugblatt einer Partei zugelassen werde. Und Giese habe auch in das Lokal gehen und den Gang der Wahl verfolgen dürfen, denn dem Staatsbeamten stehe, wie jedem anderen, das Recht zu, sich am öffentlichen Leben zu beteiligen. Doch er unzulässig eingewirkt habe, dafür sei nichts erbracht. Wenn gelangt werde, er hätte die Arbeiter scharf angesehen und einige gewinkt, die er als Liberale kannte, so falle das nicht entscheidend ins Gewicht. Nicht jede Wahlbeeinflussung sei unzulässig, sondern nur eine solche, die einen an sich gefestigten Mann wankend machen könne in seinem Entschluß und bestimmen könne, entgegen seiner Absicht zu wählen. Wer sich durch die bloße Anwesenheit seines Vorgesetzten umstimmen lasse, der könne nicht beanspruchen, in seinem Wahlrecht geschützt zu werden.

Diese Entscheidung zeigt, wie notwendig eine absolut geheime Wahl ist und ferner, daß die Gerichte zur Beurteilung über Wahlbeeinflussung wissenschaftlich Abhängiger durchaus ungeeignet sind.

### Ein hartes Gesetz.

§ 278 des Strafgesetzbuchs bestimmt: Kräfte und andere approbierte Medizinpersonen, welche ein unrichtiges Zeugnis über den Gesundheitszustand eines Menschen zum Gebrauche bei einer Verurteilung oder Versicherungsgesellschaft wider besseres Wissen ausstellen, werden mit Gefängnis von 1 Monat bis zu 2 Jahren bestraft. § 279 droht demjenigen, der von einem solchen falschen Zeugnis Gebrauch macht, Gefängnis von 1 Tag bis zu 1 Jahre an. Wegen Vergehens gegen diese Strafbestimmungen wurden gestern der praktische Arzt Dr. S. und ein Fräulein L. vor der 6. Strafkammer des Landgerichts I zur Verantwortung gezogen. Fräulein L. war als Telephonistin bei der Reichspost tätig. Ende August 1907 war sie aus dem Dienst krankheitshalber weggelassen und hatte der Postkassentasse ein Attest des Dr. S. einreichen lassen, in welchem ihr bescheinigt wurde, daß sie an Influenza erkrankt sei und acht Tage arbeitsunfähig sein würde. Ihre Krankheit war aber ganz anderer Art. Wie sich später herausstellte, hatte die L. zur fraglichen Zeit einem Kinde das Leben gegeben. Dr. S. war in seiner ärztlichen Eigenschaft zu ihr gerufen worden und hatte ihr ärztliche Hilfe geleistet. Durch die inständigen Witten der L., die die berechtigende Befähigung hatte, daß sie ihrer Stellung bei der Post verlustig gehen würde, wenn der wahre Grund ihres Wegbleibens bekannt würde, ließ sich Dr. S. bewegen, aus Mitleid das falsche Attest auszustellen. Die Sache ist schließlich aber herausgekommen. — Der Staatsanwalt brachte angesichts der ganzen Sachlage das mildernde Strafmaß, nämlich 1 Monat Gefängnis gegen Dr. S. und 1 Tag Gefängnis gegen die Angeklagte L. in Antrag. — Rechts-

anwalt Dr. Engel bestritt, daß die Postkassentasse eine Behörde im Sinne des § 278 sei und wies darauf hin, daß das Attest ja zweifellos nicht einer gesunden, sondern einer tatsächlich kranken Person ausgestellt worden sei und es sich nur um eine unrichtige Notifizierung des Wegbleibens aus dem Dienst handle. Der § 278 sei aus rein finanziellen Interessen entstanden: er sollte die Behörden davor schützen, daß bei ihnen angeblich gesunde Personen angestellt würden, die tatsächlich ungesund sind und in kurzer Zeit pensioniert werden müssen; auf der anderen Seite sollte für die Versicherungsgesellschaften eine Schutzwehr gegen betrügerische Lebensversicherungen errichtet werden. Einen solchen Fall, wie er hier in Frage stehe, habe der § 278 gar nicht im Auge gehabt. — Der Gerichtshof hielt aber doch die Tatbestandsmerkmale der §§ 278 und 279 für erfüllt und verurteilte die Angeklagten zu der gesetzlich niedrigsten Strafe von 1 Monat bzw. 1 Tag Gefängnis. Der Vorsitzende betonte, daß der Gerichtshof zu seinem Besatzen nicht unter dieses Strafminimum heruntergehen könne. Diese Mindeststrafe erscheine für den vorliegenden Fall viel zu hart, da Dr. S. nicht aus irgend welchen unlauteren Motiven gehandelt, sondern sich von dem Gefühl des Mitleids habe fortziehen lassen. Eine Milderung der Strafe könne aber nur im Wege der Gnade erstrebt werden.

### Heiratschwindel.

Mit einem gefälschten Totenschein seiner Ehefrau hatte der Monteur August Morgenstern einen recht raffinierten Heiratschwindel inszeniert, durch den er eine arme Witwe um ihre geringen Ersparnisse brachte. Vor der 4. Strafkammer des Landgerichts I mußte sich M. gestern wegen Betrugs und schwerer Urkundenfälschung verantworten. Der schon wegen Betrugs mit 6 Monaten Gefängnis vorbestrafte Angeklagte hielt sich im Sommer vorigen Jahres in einem kleinen Dorfe bei Rauen auf. Hier machte er die Bekanntschaft einer Witwe S., die sich mühselig durch ihrer Hände Arbeit mit ihren 5 Kindern durchs Leben schlug. Der Angeklagte verstand es, die etwas leichtgläubige Frau völlig zu umgarnen. Er erzählte ihr, daß er schon einmal verheiratet gewesen sei, seine Frau aber in der Landesirrenanstalt in Neu-Ruppin verstorben sei. Zum Beweise hierfür legte er ihr eine Art Totenschein vor, nach welchem seine Ehefrau schon vor längerer Zeit verstorben war. Dieser Schein war von dem Angeklagten gefälscht worden. Seine Ehefrau, die er in Not und Elend verlassen hatte, lebte in Berlin. Unter dem Vorgeben, sie heiraten zu wollen, lockte er die S. nach Berlin. Hier ließ er sich das Sparatzenbuch, welches noch aus früheren Zeiten stammte, aushändigen, um angeblich Möbel zu kaufen. Er kaufte auch einige Stücke, den größten Teil des Geldes brachte er jedoch in den Kneipen durch. Schließlich kaufte er für 450 M. einen Bierauschank in einer Laubentkolonie, während er den Rest von 130 M. in einer Nacht verjubilte. Vor Gericht war der Angeklagte nur teilweise geständig. Die Strafkammer erkannte mit Rücksicht auf das überaus verwerfliche und frivole Treiben des Angeklagten auf eine Zusatzstrafe von 1 Jahre Gefängnis.

### Streifzettel — keine Beleidigung!

Vor dem Kölner Schöffengericht klagten am Montag 23 gelegentlich des Kertzeireits nach Köln versogene Kertze gegen den Kölner Arzt Dr. Albersheim wegen Beleidigung. Dieser hatte in der Gesellschaft für soziale Reform hinsichtlich der hinzugezogenen Kertze den Ausdruck „Streifzettel“ gebraucht. 10 Klagen wurden abgewiesen, weil ein Schmeiertermin vorher nicht stattgefunden hatte. Der Beklagte wurde freigesprochen, weil er in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt und unter den obwaltenden Umständen eine Beleidigung nicht vorliege.

Die Arbeiterklasse möge sich dieses Urteil merken und bei passender Gelegenheit darauf Bezug nehmen. Was den Kertzen recht, ist den Arbeitern billig. Wenn vor dem Gese alle Kertzen gleich sind, dann müssen auch die Arbeiter, die in berechtigter Erregung Arbeitswillige, die ihnen im Kampf um Erreichung besserer Existenzverhältnisse in den Rücken gefallen, als Arbeitswillige titulieren, im Falle einer Anklage freigesprochen werden.

### Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 22. Heft des 27. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Der Revisionismus und die Internationale. Von Rudolf Hilferding. — Die Stahlbarenhabilitation des Solinger Ambulanzbüros. Eine wirtschaftsgeschichtliche Studie von Johannes Kretzer. (Fortsetzung.) — Konsumierungskritik. Von Hans Hulmann. — Die revolutionäre Romantik und Wien. — Literarische Rundschau: Hermann Bender. Die preussische Politik in ihren Ursachen und Wirkungen. Von R. Kersch. R. Kersch. Die Streiks in Rußland. Von N. R. — Zeitschriftenchau. — Bibliographie des Sozialismus. — Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolportage zum Preise von 2,25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abbestellt werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf. — Bestellungen nehmen jederzeit zur Verfügung. — Dem „Wahren Jacob“ enthält die 10. Nummer des 26. Jahrgangs die beiden farbigen Bilder „Menagerie in Ostpreußen“ und „Der Koran kann alles“, sowie die weiteren Illustrationen „Der deutsche Schöpfung“ (mit Gedicht), „Großes Verdammungsmandat“, „Die Abfertigung der Wesen in der Hölle“, „Alle preussische Soldaten“, „Samuel ersehnt“, „Gefährliche Versuchungen“, „Höllenmenschen“, „Der Bräutigam“, „Jüdische Welt“, „Das Zentrum und die Reichstagsfeier“, „Er hat noch Bedenken“, „Jugendversammlung“ und „Beim Liebesmahl“. Der textliche Teil der Nummer bringt die Gedichte „Der neue Bellar“, „Die türkische Revolte“, „See-

ungeheuer“, „Luz“, „Die amliche Hochachtung“, „Große Zeit“, „Das thauschwache Gewehr“ und außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch die satirischen Revue „Blitz der Dämmer“, „Bemerkung wird lüsten“ von Fritz Singer und die Skizze „Der blum Stroff“ von Hans Gyan. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Marx. Halbmonatsschrift für deutsche Kultur. 1. Jahrgang. 1.20 M. Quartal (6 Hefte) 6 M. A. Langen, München.

Kraiser. Die Krankenpflege im Hause. Heft 19 der Arbeitergesundheitsbibliothek. — Verlag Buchhandlung Vorwärts. Berlin. Preis 20 Pf. in besserer Ausstattung 50 Pf.

Wenn auch die Krankenpflege infolge der ganzen modernen Kulturentwicklung mehr und mehr eine öffentliche Angelegenheit geworden, in Krankenhäusern und Sanatorien verlegt worden ist und durch Berufsleger und -pflegerinnen geschieht, so bleiben doch immer noch zahllose Fälle, in welchen nach wie vor die Familie die Pflege des Erkrankten übernimmt. In diese heutigen Frauen und Mädchen sind für diese ebenso verantwortungsvolle wie schöne Aufgabe allermehstens nicht oder wenigstens nicht genügend geschult. Diesem Mangel will das vorliegende Heft 19 der Arbeitergesundheitsbibliothek abhelfen. Der Verfasser, ein früherer Krankenwärter, gibt in leicht faßlicher Form Anweisungen für die Instandhaltung des Krankenzimmers und des Krankenbettes, die Lagerung und Reinhaltung des Kranken usw.

David Ricardo's Grundrententheorie. Darstellung und Kritik von F. Dapfenhagen. 6 M. G. Reimer, Berlin W. 35.

Der Deutsch: Der Schöpfer Adam und die Territorische Teilung. Uebersetzt von S. Grumbach. Preis 40 Pf. Buchhandlung Volkswissen, Frankfurt a. M.

Jugendgeschichte einer Arbeiterin. Mit einem Selbstworte von August Bebel. Preis 1 M. Verlag von Ernst Reinhardt, München.

Die Insel der Pinguine. Von Anatole France. Deutsch von Paul Wiegler. 387 Seiten.

Wo die Bücher wachsen. Roman von F. Strecker. 2.50 M. H. Walther, Berlin W. 30.

Welt-Pennyporto. Handelspolitische Flugblätter. Heft 6. Preis 1 u. 2 Hefen. Berlin.

Führer ins Leben. Band II: Kind und Gottesdien von R. Müller. (Modern-Pädagogischer und Psychologischer Verlag, Berlin W. 30). Geh. 2.- M., geb. 2.80 M.

### Briefkasten der Redaktion.

Ein juristische Ehrenkünde An der Lindenstraße Nr. 3. zweiter Hof. dritter Eingang. vier Treppen. Das Gebäude ist wochentags abends von 7, bis 9 1/2 Uhr frei. Gestern 7 Uhr Sonnabends beginnt die Ehrenkünde um 6 Uhr. Jeder Auftrag ist ein Sonntags und eine Nacht als Ehrenkünde beizufügen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Bis zur Beantwortung im Briefkasten können 14 Tage vergehen. Gütige Fragen frage man in der Ehrenkünde vor.

Tiger. Warum soll es denn da keine Tiger geben! — W. P. 22. Nicht Hohenlohe, sondern Willow ist Reichsminister. Dieser bezieht 100.000 M. nicht freier Dienstwohnung. — Müller 29. Wie können Ihnen einen anderen Rat nicht erteilen. Weshalb werden Sie sich oder einmal an dem Herrn Pastor Blas in Jöhndorf. — C. M. 28. Der Urlaub muß nachgeholt werden. Voraussichtlich am 1. Juni. — W. P. 309. Der dritte Ordnungsrat hat zur Folge, daß der Präsident des Reichstages das Plenum einberufen läßt, ob der Redner weiter sprechen darf oder nicht. (Geld- oder sonstige Strafen sind ausgeschlossen.) 2. Die Entlassung des Abgeordneten Liebnicht erfolgt voraussichtlich am 1. Juni. — W. P. 20. In Hermanns Verlag, Bauerstraße erscheint das „Verzeichnis der Patente“, amtliches Organ des Kaiserlichen Patentamtes. — S. S. 10. Wegen des Verkaufs alter Bücher müssen Sie sich an einen Antiquar (Buchhändler) wenden. — W. P. 2. Schloffer. Deutscher Arbeiterverband, Charlottenstraße 3. — Kurt Schmidt, Niddorf. Bei Umbau der nötigen Vorrichtung wird das Spind nicht leiden. — M. C. Große Frankfurterstraße. Rein. — G. 3. Jeder sind wir nicht in der Lage, Ihnen einen anderen Rat erteilen zu können. — F. K. 79. Wohl in der Hauptstadt Ulmer-Verlagsgesellschaft. Wollen Sie sich an die Berliner Gewerkschaftskommission, Engländer 15, wenden. — Seemann. Richten Sie Ihr Gesuch an die Redaktion „Der Seemann“, Hamburg, Rebenbüchel 37. — Karlshorst. 3. Das sind zwei verschiedene Branchen. Wenden Sie sich im Bureau der Bühnen- und Gewerkschaften, Engländer 15. — G. M. Die Kaffe befindet sich im Innerecke 32 in Berlin. — J. H. München. Die Stempel sind gleichlautend und erfolgt die Abfertigung bei der Einlieferung. — H. S. 100. Die zukünftige Organisation ist der Handels- und Transportarbeiterverband, Engländer 15. — W. M. Germaniastraße. Rein. — Krenzl. Die Firmen oder deren Vertreter finden Sie im Adreßbuch. Brieflagen sind nicht bekannt. — G. M. 63. Zeilen Sie Ihre Verbindung einem Patentanwalt mit. — Paul Badner. Zentralverband der Handlungsgesellen und Gehilfen, Neue Königl. 36. — S. D., Gießen. „Gewerbe- und Kaufmannsgericht“, monatlich eine Nummer, pro Jahr 4 M. Bestellungen bei der Post. — G. M. 57. Die Einwohner der Kolonie Garmisch finden Sie im Berliner Adreßbuch, 2. Teil, Seite 200. — G. S. 154. Offenbacher Frauenkrankenpflege, Prinzengasse 66, bei Kling. — H. S. 100. In unserem Betriebe nicht. Im übrigen wollen Sie sich an den Zentralverband der Handlungsgesellen und Gehilfen, Neue Königl. 36, wenden. — H. S. 24. Der 1. Juni. — W. P. 12. Ja.

Witterungsüberblick vom 6. Mai 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	W. P. 1909	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	W. P. 1909
Darmstadt	775.00	6	W	6	6	Lobersumma	780.00	2	W	2	2
Frankfurt	775.00	4	W	4	4	Wetzlar	775.00	2	W	2	2
Heidelberg	775.00	4	W	4	4	Worms	775.00	2	W	2	2
Karlsruhe	775.00	4	W	4	4	Speyer	775.00	2	W	2	2
Mannheim	775.00	4	W	4	4	Widder	775.00	2	W	2	2
Stuttgart	775.00	4	W	4	4	Wittlich	775.00	2	W	2	2

Wetterprognose für Freitag, den 7. Mai 1909.

Trocken und vorwiegend besser bei ziemlich scharfen nordöstlichen Winden; außer in den Mittagsstunden kühl. Berliner Wetterbureau.

**Theater.**  
Freitag, den 7. Mai.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Admigl. Opernhaus. Bajazzo. Verheiratet.  
Admigl. Schauspielhaus. Ein Puppenheim.  
Deutsches Haus. Kammerstücke. Der wandernde Mann. (Anf. 8 Uhr.)  
Anfang 8 Uhr.  
Neues königliches Opernhaus. Schwanensee.  
Leipzig. Baumeister Solnek.  
Berliner. Ein Herbstmännchen.  
Schiller O. (Wagner-Theater.)  
Romy.  
Sch. Charlottenburg. Doktor Klaus.  
Friedrich-Wilhelmstadt. Schauspielhaus. Die Siebzehnjährig.  
Neues Schauspielhaus. Kabale Komischer Oper. Fräulein von Belle-Jolie.  
Westen. Die lustige Witwe.  
Neues. Renaissance.  
Tania. Was Heiter erzählt.  
Westens. Kimmere dich um Amelie.  
Lustspielhaus. Im Klubjessell.  
Reines. Moral.  
Gebbel. Krone und Fessel.  
Luisen. Krone und Fessel.  
Trianon. Liebesgemitter.  
Neues Operetten. Der Pigeonbaron.  
Berliner Operetten-Theater SW. Berlin, wie es weint und lacht. (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
Gernhard Kofs. Graf Esz.

**Schauspiel-Theater.** Gefallene Mädchen.  
Apollon. Parfais. Er oder Er. Spezialitäten.  
Metropol. Die oberen Jehnlaufend. Wintergarten. Spezialitäten.  
Carl Haberland. Spezialitäten.  
Passage. Spezialitäten.  
Walhalla. Spezialitäten.  
Folies Caprice. Wein — endlich. Ungerade Lage. (Anf. 8 1/2 Uhr.)  
Reichshausen. Zeitlicher Sänger. Der Kompanieball.  
Kaiso. Das Opernbaum. Spezialitäten.  
Parodie. Siegel siegelt alles. — Alles fürs Kind. Ober: Die Folgen eines Rendezvous. (Anf. 8 1/2 Uhr.)  
Guhad Wehrand. Spezialitäten. (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
Urania. Fäustchen 18/19. Abends 8 Uhr: Von Wabaja bis Kofu.  
Sternwarte. Invalidentr. 57/62.

**Lessing-Theater.**  
Freitag 8 Uhr: Jfen - Jylus: Baumeister Solnek.  
Sonnabend 8 Uhr: Men-Jylus: Hedda Gabler.

**Berliner Theater.**  
Heute 8 Uhr: Ein Herbstmännchen.  
Morgen 8 Uhr: Ein Herbstmännchen.

**Residenz-Theater.**  
— Direction: Richard Alexander. —  
Anfang 8 Uhr.  
Kimmere dich um Amelie.  
Schwank in 3 Akten (4 Bildern) von Rejocan.  
Morgen u. folg. Tage: Die. Vorstellung. Sommerpreise.

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Wagner-Theater.)  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Narziss.  
Trauersp. in 5 Akten v. W. A. Braßvogel. Ende 10 1/2 Uhr.  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
Narziss.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
Ein Volksfeind.  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
Narziss.

**Neues Theater.**  
Anfang 8 Uhr.

**Renaissance.**  
Morgen und folgende Tage: Renaissance.

**Luisen-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
Krone und Fessel.  
Schauspiel in 6 Bildern.

**Apollon Theater.**  
Heute 9 1/2 Uhr: Gastspiel  
**Hartstein**  
in seiner Dürste  
Er oder Er.  
Ab 8 Uhr: Die neuen Spezialitäten.

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater Charlottenburg.  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Doktor Klaus.  
Aufspiel in 5 Akten v. Ad. L. Kronge.  
Sonnabend nachm. 3 Uhr:  
Die Karolinger.  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
Die Welt, in der man sich langweilt.  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
Rechts heram!  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
Die Welt, in der man sich langweilt.

**Theater des Westens.**  
Abends 8 Uhr:  
Die lustige Witwe.  
Sonnabend 3 Uhr: Opernaufführung des Sternischen Konservatoriums.

**Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.**  
Freitag, den 7. Mai, Anfang 8 Uhr:  
Die Siebzehnjährig.  
Sonnabend: Quakersieder.  
Sonntag 3 Uhr: Schlagende Wetter.  
8 Uhr: Lumpenackebandus.

**Hebbel-Theater**  
Königsberger Str. 57/58. Anf. 8 Uhr.  
Arsène Lupin.

**BERNHARD ROSE THEATER**  
Gr. Frankfurter Str. 132.  
Graf Esz.  
Schauspiel in fünf Akten von D. Laube.  
Anfang 8 Uhr. Wochenpreis.  
Sonnabend: Die Spreewald-Räte.

**Lustspielhaus.**  
Abends 8 Uhr:  
**Im Klubsessel.**

**Passage-Theater.**  
Walter Schneider  
der eigenartige Vortragskünstler.  
Bruns-Lebrun,  
der fahrende Sänger.  
**Jaka Jshad**  
Maur. Schlängentänzerin.  
2. u. 3. Konat.  
Das neue Nat-Programm ein voller Erfolg!

**Walhalla-Variete-Theater.**  
Weinbergsweg 19-20, Rosenth. Tor. Anfang 8 Uhr.  
Das große Nat-Programm. Grete Gallus, die beliebte Sourette, u. die übrigen Spg. Im Garten: Freikonzert.

**Königstadt-Kasino.**  
Polzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstraße  
Täglich:  
Wettermanns Braunschau.  
Schwank in 1 Akt.  
Neues Spezialitäten-Programm. The Merrows, Hee & Shaw, Marco & Tadjana, Paulsen, Loren, etc. etc. Anfang Sonntag 8 1/2 Uhr, Montag 7 1/2 Uhr.

**Damms Volkspark-Theater**  
Rundweg am See 74/77.  
Große Vorstellung des  
Sächsischen Volks-Theaters  
nebst Auftreten erst. Spezialitäten  
Zum ersten Male in Berlin.  
Man applaudiert sich 10 Mal.

**W. Noacks-Theater**  
Direction: Rob. Dill. Stammstr. 16.  
Wegen vollständiger  
**Renovierung**  
der Gesamträume geschlossen!  
Wiedereröffnung:  
1. Pfingstfesttag.

# Urania.

Wissenschaftliches Theater.  
Tanzenstraße 48/49.  
Abends 8 Uhr:  
Von Abbazia bis Korfu.

## ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich ab 4 Uhr:  
**Großes Militär-Konzert.**  
Eintritt 1 M.,  
von abends 6 Uhr ab 50 Pf.  
Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

## WINTER GARTEN

Neues Programm!  
**Liane d'Ève.**

Felice Lorraines, leb. Kunstwerk.  
Yetta Rianza, Prima-Ballerina.  
Olympia Desvall, Sportakt.  
Durga, das fliegende Pianino.  
Conway u. Laland, amer. Exzentriker.  
„Kinemacolor“, leb. Photographien  
in natürl. Farben. Neue Bilder-  
serie!  
Tenza Truppa, jap. Zauberer.  
Yetta Rianza, Prima-Ballerina.  
Baggesen, der Urkomische.  
Manola Cadijana, Zigeunerloben.  
Amann, Mimiker.  
Biograph, neueste Aufnahmen.

## Brunnen-Theater

Babstraße 58. Direktion: Willi Voigt.  
Freitag, den 7. Mai 1909:

## Mutterliebe.

Original-Boldtschauspiel mit Gesang  
in 5 Akten von J. Wildard.  
Kasseneröffnung 7 Uhr.  
Anfang 8 1/2 Uhr.

## Stadt-Theater Moabit.

Größter und vornehmster Theater-  
saal Moabits.  
Alt-Moabit 48. (Tel. II 2492.)  
Sonntag, den 9. Mai:

## Das Opfer der Intrige.

Schauspiel in 5 Akten.  
Anfang der Vorstellung 7 Uhr.  
Kasseneröffnung 6 Uhr.  
Vorverkauf von 10-1 Uhr mittags  
im Theater-Restaurant.  
Nach der Vorstellung: **Tanz.**  
Montag, den 10. Mai: **Soiree** der  
Lukigen Zwerge.  
Dienstag, den 12. Mai: **Don**  
Quixote. Benefiz-Vorstellung für  
Herrn Rein.

## Palast-Theater

Burgstraße 24, 2 Minuten vom  
Bahnhof Börse.  
Heute Freitag, den 7. Mai:

Straußensänger-Kampfung zwischen  
277, der Mann mit der Maske, und  
Karl Koranah. Meisteringer von  
Holen.  
Ferner ringen: Grammer, der  
bayerische Hercules, gegen Felgen-  
hauer, Rüdert.  
Schmidt, Reuf, gegen Schmidt,  
Wagdeburg.  
Gadenschmidt, Rusland, gegen  
Gerrmann, Berlin.

Vorher:  
Das brillante Programm.  
Anfang 8 Uhr.  
Anfang der Ringkampfung 9 1/2 Uhr.

## Reichshallen-Theater.

### Stettiner Sänger

(Meysel, Britton,  
Schrader usw.)  
Anfang  
wochentags  
8 Uhr,  
Sonntags  
7 Uhr.

Gustav  
**Behrens-**  
**Theater.**  
Goltzstr. 9.

Das große glänzende

## Mai-

## Programm.

### Brauerei Friedrichshain

Heute Freitag: **Ringkämpfe.** Es ringen folgende Paare:  
**Gambler, Weltmstr., geg. Roberti Raicevich, Weltmstr.**  
**Wiederanfuhrung des Kampfes**  
**Sanders, Neger-Champion, gegen Nitschke, Berlin.**  
(Nitschke weigert sich, den Sieg, welcher ihm durch die Dis-  
qualifizierung des Negers Sanders zugespr. wurde, anzunehmen.)  
**Revanchekampf**  
**Sandor, Ungarn, gegen Annot, Italien.**  
Vor den Ringkämpfen: Das neue ersteklassige Spezialitäten-Programm.  
9 1/2 Uhr: **Anita del Astro,** Gesangs-künstlerin und  
Auftritten von **Charakter-Darstellerin.**  
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf., res. Pl. 1 M., numer. Tisch 2 M.

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abds. 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer 14/15:

## Sitzung der Ortsverwaltung.

Reinickendorf, Schweizer Viertel, im neuen Zentrum,  
in nächster Nähe des Schillerparks und des Schillersees vorzüglich gelegen,  
billige 3-, 2- und 1-Zimmerwohnungen im Vorder- oder Gartenhaufe, mit  
auch ohne Bad, Balkon pp. sofort vermietbar in den Neubauten der Schiller-  
Promenade, Brieger Straße, Rühl-Str., Holländer- und Thumer Straße.

## Tischler-Verein E. H. No. 89.

Sonnabend, den 8. Mai, abends 8 1/2 Uhr, Melchiorstr. 15:  
**Außerordentliche Generalversammlung.**  
Weitere Beschlußfassung der Dampferpartie.  
Zahlreiches Erscheinen erwartet 198/13 Der Vorstand.

Gesundheit ist Reichtum!  
Bade Berlin-Ost im  
**„Bad Frankfurt“**  
Große Frankfurter Str. 136.  
Medizinische Bäder aller Art  
in werktätlich ununterbrochen ge-  
öffneten Sonder-Abteilungen für Damen  
466L und Herren.  
2 Wannenbäder mit je 2 Hand-  
tüchern 75 Pf. (40 Minuten Badeszeit.)  
Lieferant sämtlicher Krankenkassen.

Vom 13. bis 19. Mai 1909  
werde ich im  
**Hotel Quos, Dorotheen-Str. 30.**  
anwesend sein, um 290/16  
**künstliche Augen**  
direkt nach der Natur für Patienten anzufertigen  
und einzupassen.  
**F. Ad. Müller, Augenkünstler**  
aus Wiesbaden.

Nach dem  
Urteil aller Kenner  
ist  
**Bolero**  
die feinste 2 Pl.-  
Zigarette

**Passage-Panoptikum.**  
Lebend!  
Die letzten weiblichen Wesen  
vom Stamme der  
**Azteken!**  
Ohne Extra-Entree!  
Experimente der IV. Dimension.  
Neapol. Briganten.  
Alles ohne Extra-Entree!

**Gastspiel-Theater**  
Köpenicker Straße 68. Heute 8 1/2 Uhr:  
Zum 1. Male:  
**Gefallene Mädchen.**  
Sonnabend: Gefallene Mädchen.  
**Sanssouci,** Kottbuser  
Straße 6.  
Direktion Wilhelm Köhler.  
Jeden Sonntag, Montag,  
Donnerstag:  
Stets neues Programm.  
**Elite-Soiree**  
Frühlings-Kränzchen  
von  
Hoffmanns Nordd. Sängern  
Beg. Sonnt. 5. wochent. 8 U.

**Rassenheide**  
bei Cranicburg.  
300 eingezäunte Parzellen!  
Biefenparz. 200 M. | alle mit Baum  
Landparz. 250 M. | zum Ausbauen!  
Waldparz. 600 M. | zum Ausbauen!  
Dir. e. Schüb. Ing. Forst. Dorf u. Gehöft.  
geleg. — In kurz. 110 St. hier. vert.  
Bequemste Lage u. Stett. Bahn. Abt.  
10.50, 1.12 u. 3.28. 1/2 Std. Fahrzeit.  
Ing. Gustav Wolff,  
Cranicburg, Berliner Str. 62a.  
Bin täglich auf dem Terrain.

Heute Freitag: **Ringkämpfe.** Es ringen folgende Paare:  
**Gambler, Weltmstr., geg. Roberti Raicevich, Weltmstr.**  
**Wiederanfuhrung des Kampfes**  
**Sanders, Neger-Champion, gegen Nitschke, Berlin.**  
(Nitschke weigert sich, den Sieg, welcher ihm durch die Dis-  
qualifizierung des Negers Sanders zugespr. wurde, anzunehmen.)  
**Revanchekampf**  
**Sandor, Ungarn, gegen Annot, Italien.**  
Vor den Ringkämpfen: Das neue ersteklassige Spezialitäten-Programm.  
9 1/2 Uhr: **Anita del Astro,** Gesangs-künstlerin und  
Auftritten von **Charakter-Darstellerin.**  
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf., res. Pl. 1 M., numer. Tisch 2 M.

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:  
Cof. I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Cof. III. Amt 3, 1987.

Montag, den 10. Mai 1909

## Bezirks - Versammlungen für die gesamte Verwaltungsstelle Berlin in folgenden Lokalen:

1. **Weißensee:** Roskopf, Königshaussee 38, abends 8 1/2 Uhr.  
Vortrag des Kollegen Bück über: „Die Reichsfinanzreform“.
2. **Osten-Lichtenberg:** Litzka, Remeler Str. 67, abends  
8 1/2 Uhr.  
Vortrag des Genossen E. Bräcker.
3. **Stralau-Rummelsburg:** Markgrafens-Säle, Mark-  
grafendamm 34, abds. 8 1/2 Uhr.  
Vortrag des Kollegen Busch über: „Ulmer Cromwell und die  
englische Revolution“.
4. **Süden:** Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 1,  
abends 8 1/2 Uhr.  
Vortrag des Genossen Goblenger über: „Die neue Reichs-  
versicherungsordnung“.
5. **Rixdorf:** Hoppes Festsäle, Hermannstr. 49, ab. 8 1/2 Uhr.  
Vortrag.
6. **Westen und Schöneberg:** Wieloch, Grunewald-  
straße 110, abends 8 1/2 Uhr.  
Vortrag des Kol. Thiele über: „Die Reichsversicherungsordnung“.
7. **Charlottenburg:** Volkshaus, Rosinenstr. 3, abds. 8 1/2 Uhr.  
Vortrag.
8. **Steglitz:** Schellhase, Hornstr. 15a, abends 8 1/2 Uhr.  
Vortrag des Kollegen Hilpert über: „Thomas Moore“.
9. **Moabit:** Prachtsäle Nordwest, Wielestr. 24, abends  
8 1/2 Uhr. Vortrag des Genossen Wurst über: „Der  
Gelegenheit über die Reichsversicherungsordnung“.
10. **Norden:** Raabes Festsäle, Kolberger Straße 23, abends  
8 1/2 Uhr. Vortrag des Genossen Ritter über: „Arbeits-  
tammern“.
11. **Norden:** Frankes Festsäle, Söbstr. 19, abends 8 1/2 Uhr.  
Vortrag des Kollegen Eggert über: „Die Stellung der  
Beamten in der Industrie“.
12. **Norden:** Obiglos Festsäle, Schwedter Str. 23, abends  
8 1/2 Uhr. Vortrag des Genossen Stedel über: „Die  
neue Reichsversicherungsordnung“.
13. **Tegel:** Eichbornsäle, Reinickendorf-West, Eichbornstr. 60,  
abends 6 Uhr. Vortrag des Kollegen Hartmann.
14. **Spandau:** Böhle, Sabelstr. 20, abends 8 1/2 Uhr. Vortrag über:  
„Konjunktionslosigkeit und Arbeiterbewegung“.
15. **Oberschöneweide:** Lokal Hasselwerder, abends  
8 1/2 Uhr. Vortrag des Kol. Geger  
über: „Die Grundfrage der kapitalistischen Wirtschaft“.
16. **Köpenick:** Fritz Ritter, Bahnhofstr. 44, abends 8 Uhr.  
Vortrag.

Kuher den Vorträgen steht in allen Versammlungen auf der Tages-  
ordnung:  
**Stellungnahme zu der am 24. Mai stattfindenden  
Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin.**  
Ohne Mitgliedsbuch hat niemand Zutritt!  
Zahlreiches Besuch erwartet Die Ortsverwaltung.

**HERREN KLEIDUNG  
KNABEN KLEIDUNG  
S. LEVY, CHARLOTTENBURG  
SCHARRENSTR. 36**

Neues Operetten-Theater,  
Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr.  
Anfang 8 Uhr.  
Der Zigeunerbaron.

**Dixin** Verbessertes  
im Gebrauch billigstes  
Seifenpulver.  
Erleichtert bedeutend das Waschen und  
ist ohne Zusatz von Seife und Soda zu  
gebrauchen. Ueberall erhältlich.  
Paket 25 Pfg. Alleinige Fabrikanten:  
Henkel & Co., Düsseldorf.

**Enorm billig**  
Unsere Konfektion bietet durch Verarbeitung erstklassiger Stoffe u. Zutaten  
vollständige Garantie höchster Reellität.  
**Jackett- und Paletot-Kleider**  
auch mit Niederrock, aus Colole, Homespun,  
Kamagarn, Tuch und englischen Stoffen 15, 20, 24, 30, 36 M.  
**Selden-Rips-Jacketts u. Paletots**  
15, 21, 26, 36 M.  
**Vornehme Frauen-Mäntel**  
Tuch, Rips u. Seide mit reicher Stickerei . . . 18, 24, 30, 40 M.  
**1000 moderne Paletots**  
aus Covercoat und englischen Stoffen 7, 9, 10, 12, 18, 20 M.  
**Staub- und Reiseumäntel**  
imprägniert und wasserdicht . . . 6, 9, 10, 12, 15, 18 M.  
Elegante Tuchjacketts bis 190 cm lang Golf-Jacken weiss u. farbig 8.75 M.  
Backfischkleider, Backfischpaletots

Deutscher  
Metallarbeiter-Verband  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht,  
daß unser Mitglied, der Schlosser  
**Karl Sedl**  
am 4. d. Mts. an Lungenerleiden  
gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet heute  
Freitag, den 7. Mai, in Reustadt  
in Gassen statt.  
116/16 Die Ortsverwaltung.

Zentral-Verband der Maurer  
Deutschlands.  
Zweigverein Berlin (Bezirk O. I.).  
Den Kollegen zur Nachricht,  
daß unser Mitglied  
**Rudolf Nagel**  
am 4. Mai verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 7. Mai, nachm.  
4 Uhr, von der Halle des Georgen-  
kirchhofes, Landsberger Allee, aus  
statt. 137/10  
Rege Beteiligung erwartet  
Der Vorstand.

**Gesangverein  
„Frisch auf“.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht,  
daß unser Sangesbruder  
**Wilhelm Rausch**  
am Sonntag, den 2. Mai ver-  
storben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am  
Freitag, den 7. Mai, nachmittags  
4 1/2 Uhr, von der Halle des  
Weihenker Kirchhofes aus statt.  
60/12 Der Vorstand.

**Danksagung.**  
Für die uns erwiesene Teilnahme  
bei der Beerdigung meines lieben  
Sohnes und Bruders sagen wir allen  
Kollegen, Parteigenossen und Be-  
tannten, sowie der „Typographia“  
herzlichsten Dank. 24476  
Witwe A. Wathenow u. Tochter.

**Danksagung.**  
Für die so überaus große Teil-  
nahme und Kränzpenden bei der  
Beerdigung meines lieben, unergel-  
lichen Mannes sage ich hiermit allen  
Verwandten, Freunden und Be-  
tannten, insbesondere dem Verein  
der Berliner Weibhelferinnen, dem  
Transportarbeiter-Verband, Ver-  
waltung Berlin II, sowie der Ge-  
nossenschaftsbrauerei Friedrichshagen  
meinen herzlichsten Dank.  
Pauline Beseko geb. Kroll.  
**Danksagung.**  
Allen Bekannten, Verwandten,  
Kolleginnen, dem Verbands, Weib-  
verein und Gesangverein für die  
Beweise inniger Teilnahme bei der  
Beerdigung meines lieben Mannes  
herzlichen Dank.  
Witwe Pauline Verwald.

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt 62/9  
für Haut- und Harnleiden  
Prinzenstr. 41, dicht am  
Moritzplatz  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

**Berliner Arbeiter-  
Radfahrer-Verein**  
Mitglied des Arbeiter-  
Radfahrer-Bundes  
„Solidarität“.

**Touren**  
zum Sonntag, den 9. Mai.  
1. bis 10. Ubt. 5 Uhr: Werber.  
Sammelpunkt: Goldham (Victoria-  
Garten), Alte Luisenstr. 32. Nach-  
mittags 5., 6., 7., 10. Ubt. Wannsee  
(Fährhof).  
1., 4., 9. Abteilung Schwanen-  
damm (Schwanen-).  
2., 3., 8. Ubt. Zehlendorf (Wiesle),  
Goldammer Straße 25. Start 1 Uhr  
an den bekannten Stellen.  
11. Ubt. Section der Goltzstr. 9.  
gehten 13. Mai 7 Uhr Werber.  
Start: Verbandshaus Große Ham-  
burger Straße 18-19.  
**Agitationstour!**  
2., 4., 6., 8. und 10. Ubt. Start:  
Schneberger Rathaus, 4 1/2 Uhr früh.  
Bezirk 21 (Nieder-Barnim). 9. Mai  
Bezirkstour nach Eberswalde. Start:  
9 Uhr in Bernau. 10/16

**Fahrräder! Billig!**  
o./P. 39, 45,  
52, 60, 85 bis  
120 M. p. St.  
Freilauf 3M. mehr  
**5 Jahre Garantie.**  
Laufdecken 1,90, 2,50, 3.-, 4,50  
Luftschlauchel, 50, 2.-, 2,50, 3.-  
Fußpumpen . . . . . 0,60, 1.-  
Pedale 0,50, 0,80, Sättel 1,50, 2.-  
Rahmenbrüche 3,50, Email 3,50  
Fahrradkatalog 127 P. Motor-  
katalog 127 M. gratis u. franco.  
— Wiederverkäufer Rabatt —  
**Willi Hausserr,**  
Berlin 127, Alte Jakobstr. 93.

Lukrative Nebenbeschäftigung.

Nach dem neuesten Adreßbuch der Direktoren und Aufsichtsratsmitglieder gibt es in Deutschland 12 000 solcher Pöfchen. An nähernd der vierte Teil der Aufsichtsratsstellen ist von nur 197 Personen besetzt. Für diese ergibt sich folgende Verteilung:

Table with 4 columns: 1 Person, 44 Mandate, 2 Personen je 20 Mandate, 3 Personen je 19 Mandate. Lists various industrial companies and their respective board members.

Das macht zusammen für 197 Personen 2018 Aufsichtsratsstellen. Die Reformmänner sind Karl Fürstenberg (44), Louis Hagen (42), Eugen Guttmann (35). Nehmen wir an, daß jede Stelle im Durchschnitt nur 10 000 M. einbringe, dann kommt für die Nebenbeschäftigung schon ein ganz hübsches Taschengeld zusammen.

Die Lantien sind aber vielfach bedeutend höher. Das ergeben die nachfolgenden Spezialaufweise von einer Anzahl Aktiengesellschaften aus der Metallindustrie. Dabei ist zu erwähnen, daß die Großbanken noch viel höhere Lantien abstoßen als die gewerblichen Großunternehmen. Es zahlen Lantien pro Aufsichtsrat — die Gesamtsumme der Lantien in Klammern:

Altona, Vereinigte Metallwarenfabriken 3000 (15 000), Altwasser, Carlshütte, Maschinenfabrik, 1590 (7652), Bismarck-Friede, Lothringer Hüttenverein, 23 140 (416 523), Bentrath, Solle, Tellerling u. Cie. 2575 (17 251), Berlin: Allgemeine Elektrizitätsgesellschaft 18 182 (400 000), Siemens u. Halske 22 473 (247 208), Bergmanns Elektrizitätswerke 15 484 (189 352), Ludwig Loewe 3742 (56 126), Fr. Bunte u. Co. 2409 (12 045), Metallwarenfabrik Voer u. Stein 3389 (26 950), Maschinenfabrik Schwarzloppf 17 051 (102 310), Anhalter Maschinenfabrik u. G. 5229 (73 200), Steffens u. Nölle 3000 (15 000), Hahnische Werke 12 833 (98 500), Keyling u. Thomas 3025 (18 148), Hein, Lehmann u. Co. 5903 (41 738), Archimedes 8007 (24 027), Arthur Koppel 4637 (51 004), Drenstein u. Koppel 8803 (97 827), Elektrizitätswerke 11 584 (127 425), Akkumulatorenfabrik 6182 (68 000), Witz u. Genest 3648 (21 887), Fürstenwalde, Julius Witsch 18 031 (108 188), Bismarckhütte, D.-Schl. 26 214 (262 142), Bielefeld, Dürkopp Maschinenfabrik 12 152 (60 769), Bochum, Deutsch-Lugenburgische Berg- und Hütten-G. 6589 (92 251), Verein für Bergbau und Gußstahlfabriken 21 530 (387 548), Brandenburg, Egelhof Fahrradwerke 1500 (4500), Corona Fahrradwerke 1949 (9745), Braunschweig, Eisenbahn-Signal-Anstalt 7083 (35 416), Amme, Bieleke u. Koenen 4168 (12 506), Cassel, Maschinenbaugesellschaft Oed u. Gentel 1605 (8023), Charlottenburg, Maschinenfabrik Freund 4220 (25 318), Chemnitz, Wanderer Fahrradwerke 3314 (23 198), Sächsische Maschinenfabrik Hartmann 2702 (18 918),

German u. Alfred Escher 3800 (18 000), Maschinenfabrik Zimmermann 1337 (6684), Maschinenfabrik Kappel 3318 (16 589), Sächsische Webstuhlfabrik 6786 (33 681), Dortmund, Union 1500 (24 000), Dresden, Schiffswerft und Maschinenfabrik 4937 (19 749), Panzerkassen- und Fahrradfabrik 1773 (10 637), Gebr. Sed, Maschinenfabrik 6444 (32 221), Düsseldorf, Deutsch-Oesterreichische Mannesmannröhren 8314 (99 773), Maschinenfabrik Ralmedy 1989 (11 813), Duisburg-Huhrort, Höhnig 25 814 (774 423), Weidert, Rheinische Stahlwerke 9375 (75 000), Maschinenbau Ziegler 1668 (5000), Düren, Metallwerke 4920 (29 519), Durlach, Maschinenfabrik Brigner 9288 (6500), Eisenhütte Silesia D.-Schl. 7876 (47 257), Eulau, Wilhelmshütte, 1144 (6864), Frankfurt a. M. Hartmann u. Braun 24 667 (123 386), Rahmeyer Werke 25 170 (327 215), Friedenschütte, Ober-Sächsische Eisenbahnbedarfs Aktiengesellschaft 5992 (107 849), Gagenau, Eisenwerke 2908 (14 539), Gassen, Maschinenbau und Eisengießerei 2815 (19 705), Geisweid, Eisenwerke 5880 (29 400), Görlitz, Maschinenbauanstalt 3156 (23 090), Gothaer, Waggonfabrik 1290 (8618), Halle, Maschinenfabrik und Eisengießerei 7807 (38 535), Wegelin u. Gübner 5030 (35 208), Zimmermann, landwirtschaftliche Maschinen 2114 (8455), Halberstadt, Girsch, Kupfer- und Messingwerke 4211 (16 843), Hamburg, Reiherstieg Schiffswerft 2000 (10 028), Elektrizitätswerke 25 762 (128 811), Hamm, Westfälische Drahtindustrie 8584 (59 951), Hannover, Telephonfabrik Berliner 3900 (39 000), Waggonfabrik 3455 (17 247), Maschinenbau A.-G. 16 807 (134 457), Hohenlohehütte, Hohenlohe-Werke 17 523 (157 705), Jägershausen, Thüringische Kabel- und Stahlwarenfabrik 8997 (11 901), Kall, Kesselfabrik Walzwerk Rannstadt 9675 (48 376), Keula, Eisenhüttenwerk 892 (5351), Köln, Waggonfabrik Herbrand u. Co. 7950 (47 700), Koyenau, Eisenwerk, Marienhütte 3286 (19 716), Lauchhammer-Werke 4725 (47 247), Leipzig, Richter u. Co. 8156 (12 623), S. Schneider 5647 (33 882), Regis, Ver. Flaschenfabriken und Stanzwerke 4184 (20 921), Röhre, Schl. u. G. für Bergbau und Zinkhüttenbetrieb 22 599 (298 788), Mannheim, Stahlwerk, 1879 (18 278), Maximilianshütte, Eisenwerk 5714 (40 000), Meßlitz, Vereinigte Metallwarenfabriken 5064 (17 898), Metallwarenfabrik Wihner 6287 (18 861), München, Lokomotivfabrik Krauß u. Co. 18 228 (109 870), Nürnberg, Metallwarenfabrik Bing 5501 (27 504), Victoria-Werke 1188 (7117), Hercules-Werke 1429 (10 000), Oberndorf, Waffenfabrik Mauser 6994 (34 969), Offenbach, Faber u. Schleider 1334 (5835), Dilling, „Kronprinz“, A.-G. für Metallindustrie 24 000 (96 000), Rathenow, Optische Industrie-Anstalt Busch 5293 (21 179), Rombacher Hüttenwerke 35 692 (249 843), Schweinfurt, Deutsche Gußstahlfabrik 6008 (30 840), Schwerte, Ver. Deutsche Ridelwerke 8766 (70 190), Siegen, Walzengießerei Peipers u. Cie. 1536 (7680), Walzengießerei Kölsch 1578 (6311), Solingen, Weyerberg u. Kirchbaum 1210 (8487), Staßfurt, Maschinenfabrik Sauerbrei 971 (6800), Stettin, Nähmaschinenfabrik Stöwer 3349 (16 743), Sundwig, Eisenhütte und Maschinenbau 1958 (9763), Verein. Königs- und Laurahütte 13 109 (144 208), Wetter, Märkische Maschinenbauanstalt Studenholz 2757 (16 543), Witten, Gußstahlwerk 13 112 (104 809), Würzen, Sächs. Bronzewarenfabrik 2241 (8963), Zeitz, Maschinenfabrik und Eisen-

gießerei 4890 (29 840), Zittau, Maschinenfabrik Kiesler 2362 (7085), Zorge, Harzer Werke 1000 (5000), Zwögen, Messelmann-Bohrer-Compagnie 3886 (11 059). Die Aufstellung umfaßt 788 Mandate auf die das hübsche Stämmchen von zusammen 7 1/2 Millionen Mark verteilt wurde. Dazu treten vielfach noch feste Bezüge, die nicht besonders ausgewiesen sind. Die Zahlen beweisen, daß das Jahr 1907-1908 für die Lantienempfänger ein recht zufriedenstellendes war. Wenn nicht dieselben Leute, die Jahrtausende in ihre Taschen stecken, können nicht genug lamentieren über die Begehrlichkeit der Arbeiter.

Das harmonische Verhältnis zwischen den „Löhnen“ der Aufsichtsräte, dem „Verdienst“ der Aktionäre und dem Einkommen der Arbeiter illustrieren folgende Beispiele. Es betrug

Table with 4 columns: Gesellschaft, Dividende, Lantien der Aufsichtsrat, Jahresdurchschnittslohn per Arbeiter. Lists companies like Gußstahlwerk Witten, Lokomotivfabr. Krauß u. Co., etc.

Also jeder Aufsichtsrat bekommt für ein paar Sitzungen im Jahre gerade soviel Trinkgeld, als 6-25 Arbeiter für ein ganzes Jahr angestrengtester Tätigkeit an Lohn erhalten. Und jeder Aufsichtsrat kann die schwere Nebenbeschäftigung in ein oder mehr Duzend Gesellschaften ausüben. Es ist für wahr herrlich eingerichtet in dieser Welt; das heißt, man darf nicht Arbeiter geworden sein. Wollen diese erzielen, daß sie in etwas reichlicherem Ausmaß an dem Segen der Arbeit partizipieren und daß sie nicht vorwiegend die Folgen der Krise zu tragen haben, dann müssen sie unzufrieden sein; „Begehrlichkeit“ ist da zugegen. Solche Lügen üben sie durch Anknüpfen an ihre Organisation, damit diese eine Macht wird, der das Unternehmertum Konzessionen machen muß.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with 6 columns: Wasserstand, am 5. 5., seit 4. 5. am 4. 5., Wasserstand, am 5. 5., seit 4. 5. am 4. 5. Lists various locations like Remel, Liff, Regal, Ansternburg, etc.

+) + bedeutet Wuchs, - Fall, - \*) Unterpegel. Nach telegraphischer Meldung ist neuerdings die Oberelbe bei Kallbor bis heute (7. 5.) auf 560 cm gestiegen und steigt noch weiter.

Unser Lager muss zu Geld gemacht werden

Infolge gerichtlichen Urteils und auf Grund aussergerichtl. Akkordes wird das Warenlager

Professor de Bleue's Bijoux

für Rechnung der Gläubiger verkauft.

Alle Imitationen, als: Perlen, Diamanten, Rubinen etc. gefasst in Ringe, Broschen, Ohrgehänge, Krawattennadeln, Hemdenknöpfe etc., deren Preis

bisher 4 Mk., verkauft wir jetzt für 1 Mk.

das Stück inclusive Fassung

Es ist dies eine sehr selten wiederkehrende Gelegenheit!

106 Leipziger Str. 106

